

- **Gegenwind hält Österreichs Wirtschaft 2024 nahe an der Stagnation.**  
Prognose für 2024 und 2025
- **Österreichische Wirtschaft expandiert mittelfristig nur schwach.** Update der mittelfristigen Prognose 2024 bis 2028
- **Internationale Konjunkturabschwächung trifft Österreich hart.** Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2023
- **Deutliche Straffung der Geldpolitik trägt zur Inflationsdämpfung im Euro-Raum bei**

# WIFO ■ MONATSBERICHTE

## Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

## Editorial Board

**Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma**, Wirtschaftsuniversität Wien

**Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert**, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

**Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD**, Universität Wien

**Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum**, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

**Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber**, Central European University

## Impressum

**Herausgeber:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

**Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:**  
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung  
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,  
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

**Satz:** Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

**Druck:** Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,  
A-8020 Graz

**Chefredakteur:** apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

**Lektorat:** Mag. Christoph Lorenz, BA •  
**Redaktion:** Tamara Fellingner, Tatjana Weber

**Kontakt:** [redaktion@wifo.ac.at](mailto:redaktion@wifo.ac.at)

## Preise 2024

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 295 € • Einzelheft (Printversion): 29,50 €

## Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

**Medieninhaber (Verleger):** Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



## 97. Jahrgang, Heft 4/2024

- 183-197 ■ **Gegenwind hält Österreichs Wirtschaft 2024 nahe an der Stagnation.** Prognose für 2024 und 2025  
Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer  
Die Konjunkturschwäche in der EU trifft vor allem die auf Investitionsgüter spezialisierten Länder Deutschland und Österreich. Die hohen Zinssätze belasten die Investitionsnachfrage ebenso wie die Nachfrage nach Bauleistungen. Um die Jahresmitte 2024 sollte die Wirtschaft sowohl im Euro-Raum als auch in Österreich wieder Fahrt aufnehmen, da die EZB ihre Geldpolitik lockern wird. Für das Gesamtjahr erwartet das WIFO ein weiterhin schwaches Wirtschaftswachstum von nur 0,2%. 2025 beschleunigt es sich auf 1,8%.  
**Headwinds Keep Austria's Economy Close to Stagnation in 2024.** Economic Outlook for 2024 and 2025
- 198 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**
- 199-211 ■ **Österreichische Wirtschaft expandiert mittelfristig nur schwach.** Update der mittelfristigen Prognose 2024 bis 2028  
Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik  
Begünstigt durch den internationalen Aufschwung erholt sich die österreichische Wirtschaft langsam von der Rezession 2023 (-0,8%). Für 2025 erwartet das WIFO ein reales Wirtschaftswachstum von 1¼%. Für 2024/2028 wird ein durchschnittlicher BIP-Zuwachs von 1¼% p. a. prognostiziert (Ø 2010/2019 +1,5% p. a.). Der demografische Wandel verstärkt im Prognosezeitraum die Arbeitskräfteknappheit. Dies trübt einerseits die Wachstumsaussichten, verringert jedoch andererseits die Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenquote wird bis 2028 auf voraussichtlich 5,7% zurückgehen (2024: 6,7%). Der seit Ende 2021 beobachtete kräftige Preisauftrieb (Ø 2022/23 +8¼% p. a.) verlangsamt sich über den Prognosehorizont deutlich (2024: 3,8%) und erreicht 2027 das 2%-Ziel der EZB. Die Defizitquote liegt 2024/2028 bei durchschnittlich knapp 3% des nominalen BIP; die Staatsschuld steigt von 76½% auf gut 78% des BIP.  
**Austria's Economy will only Expand Weakly in the Medium Term.** Update of the Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2024 to 2028
- 213-232 ■ **Internationale Konjunkturabschwächung trifft Österreich hart.** Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2023  
Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Margit Schratzenstaller  
Neben der abklingenden Energiekrise prägten 2023 weiterhin geopolitische Verwerfungen die Entwicklung der Weltwirtschaft. Regional verlief die Konjunktur heterogen. Unter den Industrieländern verzeichneten die USA ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Die westeuropäischen Volkswirtschaften entwickelten sich hingegen schwach, einige erlebten sogar eine Rezession. Dies gilt auch für Österreich, im produzierenden Bereich und einigen Dienstleistungsbereichen ging die Wertschöpfung zurück. Die Teuerung belastete die Kaufkraft der privaten Haushalte, sodass auch die Konsumnachfrage rückläufig war. Durch den Anstieg der Verbraucherpreise stagnierten die realen Bruttolöhne und -gehälter, während die Nettolöhne und -gehälter pro Kopf aufgrund der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen leicht gestiegen sein dürften. Der Preisauftrieb blieb mit 7,8% das zweite Jahr in Folge sehr lebhaft.  
**International Economic Slowdown Hits Austria Hard.** The Austrian Economy in 2023

233-244 ■ **Deutliche Straffung der Geldpolitik trägt zur Inflationsdämpfung im Euro-Raum bei**  
Atanas Pekanov

Die Europäische Zentralbank (EZB) setzte 2023 weitere Schritte zur Straffung der Geldpolitik. Die Bilanz des Eurosystems wurde rascher und stärker reduziert als jene der Federal Reserve Bank oder der Bank of England. Das Kreditvolumen wuchs in Österreich etwas kräftiger als im Euro-Raum, aber weniger deutlich als 2022. Ein Rückgang der Kreditvergabe war vor allem bei Wohnkrediten zu verzeichnen. Die Kreditqualität blieb 2023 trotz der vermehrten Insolvenzen, der trüben wirtschaftlichen Aussichten und der hohen Zinsen hoch. Die Aktienmärkte erwiesen sich angesichts der kräftigen Straffung der Geldpolitik und ausgeprägten geopolitischen Risiken als sehr widerstandsfähig.

**Significant Tightening of Monetary Policy Helps to Dampen Inflation in the Euro Area**

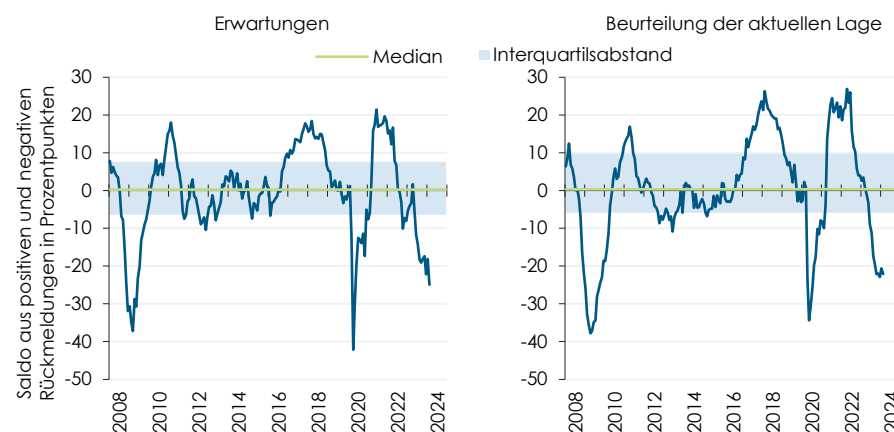
# Gegenwind hält Österreichs Wirtschaft 2024 nahe an der Stagnation

## Prognose für 2024 und 2025

Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer

- Die hohen Zinssätze dämpfen europaweit die Nachfrage nach Investitionsgütern und Wohnbauten. Die heimische Wirtschaft wird daher 2024 nur um 0,2% wachsen.
- Die erheblichen Fortschritte bei der Rückführung der Inflation im Euro-Raum werden es der Europäischen Zentralbank (EZB) erlauben, die Geldpolitik ab Mitte 2024 wieder zu lockern. Ab dem 2. Halbjahr 2024 sollte auch die Konjunktur in der EU wieder Fahrt aufnehmen.
- Von diesem Aufschwung sollten insbesondere Volkswirtschaften mit starker Industrie, wie Deutschland oder Österreich, profitieren. Die Bauwirtschaft dürfte 2024 nach mehreren Jahren der Schrumpfung die Talsohle durchschritten haben. 2025 wird Österreichs Wirtschaft um 1,8% expandieren.
- Die Inflationsrate wird in Österreich in beiden Prognosejahren weiter sinken. Das Beschäftigungswachstum wird sich wegen der Konjunkturschwäche verlangsamen, während die Arbeitslosigkeit weiter steigt. 2025 sollte sich die Arbeitsmarktlage im Gefolge der Konjunkturaufhellung wieder verbessern.

### Stimmungsindikatoren für die österreichische Sachgütererzeugung



**"Der ursprünglich für Anfang 2024 erwartete Aufschwung verzögert sich. Befragungen heimischer Industrieunternehmen zeigten im Februar 2024 eine weitere Eintrübung der Stimmung."**

Sowohl die Lagebeurteilungen als auch die Erwartungen der österreichischen Sachgütererzeuger fallen derzeit fast so pessimistisch aus wie in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 bzw. zuletzt während der COVID-19-Pandemie (Q: WIFO-Konjunkturtest).

# Gegenwind hält Österreichs Wirtschaft 2024 nahe an der Stagnation

## Prognose für 2024 und 2025

Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer

### Gegenwind hält Österreichs Wirtschaft 2024 nahe an der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025

Die Konjunkturschwäche in der EU trifft vor allem die auf Investitionsgüter spezialisierten Länder Deutschland und Österreich. Die hohen Zinssätze belasten die Investitionsnachfrage ebenso wie die Nachfrage nach Bauleistungen. Um die Jahresmitte 2024 sollte die Wirtschaft sowohl im Euro-Raum als auch in Österreich wieder Fahrt aufnehmen, da die EZB ihre Geldpolitik lockern wird. Für das Gesamtjahr erwartet das WIFO ein weiterhin schwaches Wirtschaftswachstum von nur 0,2%. 2025 beschleunigt es sich auf 1,8%.

**JEL-Codes:** E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

**Wissenschaftliche Assistenz:** Astrid Czaloun ([astrid.czaloun@wifo.ac.at](mailto:astrid.czaloun@wifo.ac.at)), Martha Steiner ([martha.steiner@wifo.ac.at](mailto:martha.steiner@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 20. 3. 2024

**Kontakt:** Marcus Scheiblecker ([marcus.scheiblecker@wifo.ac.at](mailto:marcus.scheiblecker@wifo.ac.at)), Stefan Ederer ([stefan.ederer@wifo.ac.at](mailto:stefan.ederer@wifo.ac.at))

### Headwinds Keep Austria's Economy Close to Stagnation in 2024. Economic Outlook for 2024 and 2025

The economic weakness in the EU is particularly affecting Germany and Austria, which are specialised in capital goods production. The high interest rates are weighing on investment demand as well as demand for construction services. Economic activity in both the euro area and Austria should pick up again around mid-2024 when the ECB is expected to ease its monetary policy. For the year as a whole, WIFO expects real GDP growth to remain weak at just 0.2 percent. It will accelerate to 1.8 percent in 2025.

## 1. Einleitung

Die hohen Zinssätze im Euro-Raum dämpfen deutlich die Nachfrage nach Investitionsgütern. Im IV. Quartal 2023 schrumpften in diesem Wirtschaftsraum sowohl die Investitionen in Ausrüstungen als auch die Bauinvestitionen (real, gegenüber dem Vorquartal).

Die auf die Produktion von Maschinen spezialisierten Volkswirtschaften Deutschland und Österreich leiden besonders unter diesem Nachfragerückgang. In beiden Ländern, in denen die Unternehmensstimmung derzeit trüb ist, wird die Wirtschaft 2024 abermals schwächer wachsen als im Durchschnitt des Euro-Raumes. Für Österreich erwartet das WIFO ein Wachstum von lediglich 0,2%.

Die Inflationsrate sank im Euro-Raum deutlich rascher und ausgehend von einem höheren Niveau als in den USA, erreichte bereits im Jänner 2,8% und ging im Februar weiter auf 2,6% zurück. Damit hat sie sich in den letzten Monaten rasch dem 2%-Zielwert der EZB angenähert. Dies wie auch die schwache Konjunktur sollten es der EZB ermöglichen, ab der Jahresmitte 2024 eine Lockerung der Geldpolitik einzuleiten. Von der folgenden Belebung der Investitionsnachfrage

sollten allen voran Deutschland und Österreich profitieren. Mit der Verbesserung der Wirtschaftslage dürfte Österreichs BIP ab der Jahresmitte 2024 expandieren und 2025 um 1,8% wachsen.

Auch in Österreich ist mit einer weiteren Verlangsamung der Inflation zu rechnen. Die Inflationsrate wird nach 7,8% im Vorjahr in diesem Jahr auf 3,8% zurückgehen und 2025 weiter auf 2,7% sinken.

Der Arbeitsmarkt reagiert verzögert auf die Konjunkturflaute. Nachdem die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten 2023 trotz Rezession um 1,2% stieg, ist 2024 nur mehr mit einer Ausweitung um 0,4% zu rechnen. Auf Grundlage der prognostizierten Konjunkturerholung wird 2025 auch die Beschäftigung wieder stärker wachsen (+1,1%). Im Gegenzug sollte die Arbeitslosenquote nach einem vorübergehenden Anstieg auf 6,7% (2024) auf 6,5% zurückgehen (2023: 6,4%; nach nationaler Berechnungsmethode).

Die schwache Konjunktur, vor allem in der energieintensiven Industrie, und der überdurchschnittlich warme Februar tragen zu

einer stärkeren Reduktion der Treibhausgasemissionen bei, als dies in der letzten WIFO-Prognose errechnet wurde. Für 2024 wird ein Rückgang um 2,5% erwartet. In der vorliegenden Vorausschau prognostiziert das WIFO erstmals Kennzahlen zur Einkommensverteilung (siehe Kasten "Beyond GDP: Indikatoren zur Einkommensverteilung") und rechnet ab 2023 mit einem neuerlichen Anstieg der relativen Armutsgefährdung, während die Verteilungsungleichheit in der Tendenz abnehmen wird.

mensverteilung (siehe Kasten "Beyond GDP: Indikatoren zur Einkommensverteilung") und rechnet ab 2023 mit einem neuerlichen Anstieg der relativen Armutsgefährdung, während die Verteilungsungleichheit in der Tendenz abnehmen wird.

## Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2020	2021	2022	2023	2024	2025	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	- 6,6	+ 4,2	+ 4,8	- 0,8	+ 0,2	+ 1,8	
Herstellung von Waren	- 7,3	+ 12,7	+ 4,1	- 2,7	- 1,5	+ 3,3	
Handel	- 3,3	- 1,1	+ 2,1	- 5,8	+ 1,5	+ 2,0	
Private Konsumausgaben <sup>1)</sup> , real	- 8,5	+ 4,2	+ 5,7	- 0,3	+ 1,2	+ 2,1	
Dauerhafte Konsumgüter	- 2,6	+ 3,7	- 0,3	- 3,6	+ 0,5	+ 2,0	
Bruttoanlageinvestitionen, real	- 5,5	+ 6,1	+ 0,1	- 2,4	- 2,0	+ 2,2	
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	- 7,1	+ 9,9	+ 2,0	+ 0,7	- 0,3	+ 2,8	
Bauten	- 3,6	+ 1,8	- 2,0	- 5,9	- 4,0	+ 1,5	
Exporte, real	- 10,6	+ 9,1	+ 11,2	- 0,2	+ 1,2	+ 3,3	
Warenexporte, fob	- 7,7	+ 12,3	+ 7,1	+ 0,7	+ 1,2	+ 3,8	
Importe, real	- 10,0	+ 14,3	+ 7,9	- 1,8	+ 1,6	+ 3,5	
Warenimporte, fob	- 7,2	+ 15,2	+ 5,1	- 2,7	+ 1,5	+ 3,8	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	- 4,1	+ 6,4	+ 10,4	+ 6,7	+ 4,6	+ 4,4	
	Mrd. €	380,89	405,24	447,22	477,25	498,97	521,17
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	3,4	1,6	- 0,3	2,2	2,4	2,4
Verbraucherpreise		+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 3,8	+ 2,7
BIP-Deflator		+ 2,7	+ 2,1	+ 5,3	+ 7,6	+ 4,4	+ 2,6
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 8,0	- 5,8	- 3,5	- 2,4	- 2,9	- 2,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>3)</sup>		- 2,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,1
Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition)							
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		9,9	8,0	6,3	6,4	6,7	6,5
Realwert des BIP pro Kopf <sup>4)</sup>		- 6,8	+ 3,5	+ 1,3	- 0,3	+ 0,0	+ 1,6
Armutsgefährdungsquote <sup>5)</sup>	in %	14,7	14,8	13,8	14,2	14,3	14,4
Einkommensquintilsverhältnis <sup>6)</sup>	Verhältniszahl	4,08	4,27	4,02	4,10	4,06	3,97
Treibhausgasemissionen <sup>7)</sup>		- 7,6	+ 4,6	- 5,7	- 4,6	- 2,5	+ 0,1
	Mio. t CO <sub>2</sub> -Äquivalent	73,91	77,33	72,95	69,57	67,85	67,94

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, Umweltbundesamt. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – <sup>3)</sup> Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – <sup>4)</sup> Nominelles BIP deflationiert mit dem impliziten Preisindex der inländischen Verwendung. – <sup>5)</sup> Anteil der Personen in privaten Haushalten mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle (60% des nationalen verfügbaren Medianäquivalenzeinkommens. Ab 2022: Prognose. – <sup>6)</sup> S80/S20: Verhältnis des gesamten verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in privaten Haushalten im obersten Einkommensquintil zu dem der Bevölkerung im untersten Einkommensquintil. Ab 2022: Prognose. – <sup>7)</sup> 2022: Schätzung gemäß Umweltbundesamt. Ab 2023: Prognose.

## 2. Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft erwies sich 2023 in einigen Regionen als robust, ein breit getragener Aufschwung ließ jedoch bislang auf sich warten. Hohe Energiepreise, Kaufkraftverluste der privaten Haushalte und höhere Zinsen belasteten die Konjunktur, insbesondere in Europa. Eine zurückhaltende Nachfrage nach Kapital- und dauerhaften Konsumgütern schwächte weltweit die Industrie und den Warenhandel. In den Schwellenländern zeigte die Industrieproduktion zwar zuletzt eine aufwärtsgerichtete Dynamik, sie hat allerdings bislang noch nicht auf die Industrieländer und den globalen Warenhandel übergreifen. Mit der De-facto-Unterbrechung des Seehandels durch den Suez-

Kanal sind zudem auch wieder Lieferverzögerungen und ein Anstieg der Transportkosten verbunden, die vor allem den Handel aus Asien nach Europa betreffen, deren Auswirkungen aber bislang noch überschaubar sind.

### 2.1 Robuste Konjunktur in den USA

In den USA expandierte die Wirtschaft 2023 stärker als vielfach erwartet, da von der Fiskalpolitik kräftige Impulse ausgingen. Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte stieg deutlich und hat bisher nicht nachgelassen. Die Bruttoanlageinvestitionen nahmen 2023 ebenfalls kräftig zu, zuletzt sogar

**In den USA bleibt die Wirtschaft auf Expansionskurs. Die weltweite Industrieproduktion zeigt von den Schwellenländern ausgehende Erholungstendenzen, die aber bislang nicht auf die Industrieländer übergreifen haben.**

im Wohnbau, wo die hohen Zinsen davor zu einem deutlichen Rückgang geführt hatten. Das Verbrauchervertrauen ist nach wie vor hoch, begünstigt durch die gute Arbeitsmarktlage und den Anstieg der Realeinkommen. Die lebhaftere Konjunktur trägt wohl auch dazu bei, dass die Inflation in den USA zuletzt kaum mehr nachgelassen hat; zu

Jahresbeginn 2024 lag sie bei über 3%. Allerdings erachtet die Federal Reserve Bank die Veränderung des Deflators für den privaten Konsum als ihre relevante Zielgröße zur Inflationsmessung. Diese lag im Jänner mit +2,4% gegenüber dem Vorjahr deutlich unter jener des Verbraucherpreisindex (+3,1%).

## Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2022 in %		2020 2021 2022 2023 2024 2025						
	Waren- exporte <sup>1)</sup>	Welt-BIP <sup>2)</sup>	BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %						
EU 27	68,7	14,9	- 5,6	+ 6,0	+ 3,4	+ 0,4	+ 0,9	+ 2,0	
Euro-Raum	52,0	10,4	- 6,1	+ 5,9	+ 3,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,7	
Deutschland	29,8	3,3	- 3,8	+ 3,2	+ 1,8	- 0,3	+ 0,2	+ 1,5	
Italien	6,8	1,9	- 9,0	+ 8,3	+ 4,0	+ 0,9	+ 0,6	+ 1,2	
Frankreich	4,0	2,3	- 7,5	+ 6,4	+ 2,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,6	
MOEL 5 <sup>3)</sup>	15,9	2,2	- 3,3	+ 6,2	+ 4,2	+ 0,0	+ 2,2	+ 3,1	
Ungarn	4,0	0,2	- 4,5	+ 7,1	+ 4,6	- 0,9	+ 2,3	+ 2,9	
Polen	3,8	1,0	- 2,0	+ 6,9	+ 5,3	+ 0,2	+ 2,6	+ 3,2	
Tschechien	3,6	0,3	- 5,5	+ 3,6	+ 2,4	- 0,5	+ 1,0	+ 3,1	
USA	6,6	15,5	- 2,2	+ 5,8	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,7	
Schweiz	5,4	0,5	- 2,1	+ 5,4	+ 2,6	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,5	
China	2,7	18,4	+ 2,2	+ 8,4	+ 3,0	+ 5,2	+ 4,4	+ 4,0	
Vereinigtes Königreich	2,6	2,3	- 10,4	+ 8,7	+ 4,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,7	
Insgesamt									
Kaufkraftgewichtet <sup>4)</sup>		52	- 2,0	+ 6,9	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,6	
Exportgewichtet <sup>5)</sup>	86		- 5,0	+ 6,1	+ 3,3	+ 0,8	+ 1,1	+ 2,0	
Marktwachstum Österreich <sup>6)</sup>			- 6,1	+ 11,0	+ 5,7	- 2,5	+ 1,5	+ 4,0	

### Annahmen zur Prognose

Rohölpreis							
Brent, \$ je Barrel		43,2	70,8	98,9	82,2	80	75
Erdgaspreis							
Dutch TTF, € je MWh		9,5	45,9	121,5	40,6	27	29
Strompreis Österreich							
Base, € je MWh		33,2	107,2	261,6	102,2	69	78
Peak, € je MWh		36,0	116,8	275,5	103,9	74	86
Wechselkurs							
Dollar je Euro		1,141	1,184	1,054	1,082	1,08	1,08
Internationale Zinssätze							
EZB-Hauptrefinanzierungssatz <sup>7)</sup> , in %		0,0	0,0	0,6	3,8	4,2	3,4
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %		- 0,5	- 0,4	1,1	2,4	3,1	2,9

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, European Energy Exchange, Eurostat, EZB, HWWI, IWF, OECD, OeNB, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – 1) Österreichische Warenexporte. – 2) Kaufkraftgewichtet. – 3) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – 4) EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2022. – 5) EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2022. – 6) Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – 7) Fixzinssatz.

**Im Euro-Raum dürfte die Wirtschaftsleistung 2024 ähnlich schwach steigen wie im Vorjahr. Industrie und Warenhandel gewinnen im 2. Halbjahr an Schwung. Der Rückgang der Erdgaspreise dämpft die Inflation.**

Angesichts dieser Faktoren wird die Wirtschaft der USA auch 2024 auf Expansionskurs bleiben. Zwar dürften die Zuwächse etwas geringer ausfallen als in der zweiten Jahreshälfte 2023, eine deutliche Verlangsamung der Konjunktur zeichnet sich aber nicht ab. Die Zentralbank der USA dürfte zudem noch vor dem Sommer mit dem Senken der Zinsen beginnen und diesen Kurs bis zum Ende des Prognosezeitraums fortsetzen. Dies wird ebenfalls dazu beitragen, dass das BIP in den USA 2024 um 2,3% und 2025 um 1,7% zulegen.

## 2.2 Aussichten für den Euro-Raum verhalten

Im Euro-Raum kommt die Konjunktur bislang nicht in Schwung, die gesamtwirtschaftliche Produktion stagnierte bis zum Jahresende 2023 fünf Quartale in Folge. In Frankreich und Italien blieb das BIP im 2. Halbjahr 2023 unverändert, und auch in vielen kleineren Euro-Ländern wuchs die Wirtschaft kaum oder schrumpfte sogar. Anhaltend kräftig war die Konjunktur hingegen in Spanien, wo sich die Expansion im IV. Quartal sogar noch etwas beschleunigte. Dort wirkten insbesondere der private und öffentliche Konsum stützend, wogegen die Exporte und die



Investitionen – ähnlich wie in anderen Euro-Ländern – kaum Dynamik erzeugten.

Die Industrieproduktion hat sich in einigen Volkswirtschaften des Euro-Raumes zuletzt etwas stabilisiert, zum Teil auch in den energieintensiven Branchen, deren Produktion zuvor wegen der sprunghaften Verteuerung von Erdgas eingebrochen war. Auch die Unternehmensstimmung und das Verbrauchervertrauen blieben in den letzten Monaten weitgehend stabil, wenngleich sie in einigen Ländern und Branchen nach wie vor schwach sind. Zudem gaben die Erdgaspreise in Europa zu Jahresbeginn 2024 deutlich nach und sind derzeit ähnlich niedrig wie zuletzt Anfang 2023 oder Ende 2018. Dies dürfte die Inflation weiter dämpfen und der EZB Spielräume eröffnen, die Leitzinsen ab dem Sommer kontinuierlich zu senken.

Die Konjunktur im Euro-Raum wird dennoch erst in der zweiten Jahreshälfte 2024 merklich an Schwung gewinnen, sobald Industrie und Warenhandel wieder erstarben. Der private Konsum dürfte schon etwas früher zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beitragen, da die Realeinkommen wegen der deutlich rückläufigen Inflation nunmehr wieder steigen. Alles in allem wird das BIP im Euro-Raum 2024 um 0,7% und damit ähnlich schwach zulegen wie im Vorjahr (+0,4%). 2025 wird sich das Wiedererstarben der Konjunktur in einer höheren Wachstumsrate niederschlagen (+1,7%).

### 3. Österreich: Konjunktur bleibt auch 2024 schwach

In Österreich schrumpften 2023 alle wesentlichen Nachfragekomponenten des BIP in realer Rechnung. Der Export ging um 0,2% zurück, da der leichte Anstieg der Warenausfuhr von einem deutlichen Rückgang der Dienstleistungsexporte konterkariert wurde. Am stärksten rückläufig war die Nachfrage nach Investitionsgütern. Die Bruttoanlageinvestitionen schrumpften 2023 um 2,4%. Neben den Investitionen für Ausrüstungen (-1,7%) brach auch die Nachfrage nach Bauinvestitionen ein (-5,9%).

Auch der private Konsum, der üblicherweise Schwankungen der Konjunktur abfedert, wirkte 2023 nicht stützend. Die hohe Inflationsrate verringerte die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, was einen Rückgang der Konsumausgaben um 0,3% zur Folge hatte. Auch der öffentliche Konsum ging zurück (-0,4%).

Die Schwäche der heimischen Nachfrage traf allerdings nicht nur die inländische Produktion, sondern verringerte auch den Importbedarf. In der Folge sanken die Einfuhren 2023 um real 1,8%. Während der Warenimport abnahm (-2,7%), wurde der Dienstleistungsimport ausgeweitet (+0,9%).

### 2.3 Deutschland im Konjunkturtief

In Deutschland war die Wirtschaftslage Ende 2023 schlechter als in den anderen großen Volkswirtschaften des Euro-Raumes. Das BIP sank im IV. Quartal, nachdem es zuvor mehrere Quartale in Folge stagniert hatte. Vor allem die Exporte und die Investitionen trugen zum Rückgang der Wirtschaftsleistung bei. Der Abschwung in der Industrie zieht sich durch viele Branchen. Im verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft schrumpfte die Wertschöpfung im 2. Halbjahr 2023 deutlich. Die Konjunkturschwäche erfasste am Jahresende aber auch einige Dienstleistungsbereiche; so sank die Wertschöpfung in Handel, Verkehr und Gastgewerbe im IV. Quartal merklich.

Vorlaufindikatoren deuten bislang auf keine Trendwende hin. Die Unternehmensstimmung ist ungebrochen pessimistisch, insbesondere in der Industrie und im Baugewebe. Die Auftragslage hat sich bis zuletzt verschlechtert und die Auftragsbestände werden mehrheitlich als zu gering eingeschätzt. In der ersten Jahreshälfte 2024 wird die deutsche Wirtschaft demnach kaum wachsen; das WIFO senkt seine Prognose für das laufende Jahr von +0,9% auf +0,2%. Erst ab der Jahresmitte dürfte die deutsche Industrie im Sog der Weltkonjunktur allmählich an Schwung gewinnen, wodurch das BIP 2025 um 1,5% steigen sollte.

**Die deutsche Wirtschaft wird 2024 weitgehend stagnieren. Der Abwärtstrend in der Industrie zieht sich durch viele Branchen und dürfte sich nur langsam umkehren.**

#### 3.1 Internationale Konjunkturerholung belebt ab Mitte 2024 den Export

Nach Sondereffekten im Vorjahr, die im IV. Quartal 2023 für einen Anstieg des Warenexports gegenüber dem Vorquartal sorgten, dürfte die Wachstumsschwäche in dieser Nachfragekomponente bis in das Frühjahr 2024 anhalten. Laut WIFO-Konjunkturtest haben sich in der Sachgütererzeugung sowohl die Beurteilung der Auftragsbestände als auch die Erwartungen zu den Exportaufträgen Anfang 2024 nochmals verschlechtert. Die weitere Stimmungseintrübung im I. Quartal, insbesondere in der für den Export wichtigen Investitionsgüterindustrie, lässt für 2024 keine rasche Erholung erwarten.

Die flauere Industrie- und Investitionskonjunktur im Euro-Raum, die sich im überaus schwachen Wirtschaftswachstum Deutschlands spiegelt, belastet auch das Wachstum der österreichischen Exportmärkte. Zusätzlich verschlechtern der Inflationsabstand Österreichs zu wichtigen Handelspartnern und die damit verbundenen höheren Energiepreise die preisliche Wettbewerbsposition. Dementsprechend schätzten die heimischen Industrieunternehmen ihre Wettbewerbsposition zuletzt deutlich ungünstiger ein als in frühe-

**Die österreichische Wirtschaft erlebt 2024 ein weiteres schwaches Jahr: Nachdem das BIP 2023 um 0,8% geschrumpft ist, liegt das Wachstum mit 0,2% nur knapp über einer Stagnation.**

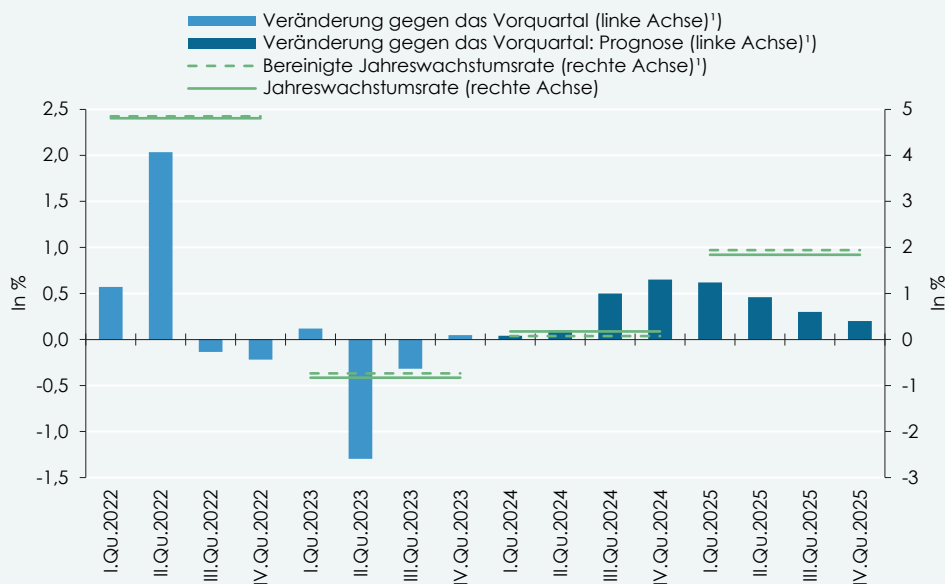
**Die Konjunkturschwäche wird auch im 1. Halbjahr 2024 anhalten.**

ren Umfragen des WIFO-Konjunkturtests, sowohl im Vergleich zu Konkurrenten in der EU

als auch gegenüber der Konkurrenz in Drittländern.

Abbildung 1: **Konjunkturbild Österreich**

BIP, real



Q: WIFO. – 1) Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat.

Übersicht 3: **Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP**

		2022	2023	2024	2025
Wachstumsüberhang <sup>1)</sup>	Prozentpunkte	+ 2,8	+ 0,3	- 0,5	+ 0,8
Jahresverlaufsrate <sup>2)</sup>	in %	+ 2,3	- 1,4	+ 1,3	+ 1,6
<b>Jahreswachstumsrate</b>	<b>in %</b>	<b>+ 4,8</b>	<b>- 0,8</b>	<b>+ 0,2</b>	<b>+ 1,8</b>
Bereinigte Jahreswachstumsrate <sup>3)</sup>	in %	+ 4,8	- 0,7	+ 0,1	+ 1,9
Kalendereffekt <sup>4)</sup>	Prozentpunkte	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,1

Q: WIFO. 2024 und 2025: Prognose. – 1) Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. – 2) Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. – 3) Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – 4) Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

Übersicht 4: **Revision der Wachstumsprognose**

BIP, real

		2024	2025
WIFO-Konjunkturprognose Dezember 2023	in %	+ 0,9	+ 2,0
Datenrevision <sup>1)</sup>	Prozentpunkte	+ 0,1	- 0,0
Prognosefehler für das IV. Quartal 2023 <sup>2)</sup>	Prozentpunkte	- 0,2	+ 0,0
Prognoserevision	Prozentpunkte	- 0,6	- 0,1
<b>WIFO-Konjunkturprognose März 2024</b>	<b>in %</b>	<b>+ 0,2</b>	<b>+ 1,8</b>

Q: WIFO. – 1) Revision der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) durch Statistik Austria gegenüber jenem Stand, der zur Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 2023 herangezogen wurde. – 2) Zum Zeitpunkt der Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Dezember 2023 lagen für dieses Quartal noch keine Werte laut Statistik Austria vor.

## Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	269,00	268,13	270,67	275,37	+ 4,0	- 0,3	+ 0,9	+ 1,7
Private Haushalte <sup>1)</sup>	192,28	191,76	194,06	198,13	+ 5,7	- 0,3	+ 1,2	+ 2,1
Staat	76,73	76,39	76,62	77,23	+ 0,0	- 0,4	+ 0,3	+ 0,8
Bruttoinvestitionen	98,08	92,88	91,01	93,33	- 0,7	- 5,3	- 2,0	+ 2,5
Bruttoanlageinvestitionen	93,02	90,79	88,99	90,97	+ 0,1	- 2,4	- 2,0	+ 2,2
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	29,78	29,27	28,39	28,90	- 0,4	- 1,7	- 3,0	+ 1,8
Bauten	39,49	37,18	35,69	36,23	- 2,0	- 5,9	- 4,0	+ 1,5
Sonstige Anlagen <sup>3)</sup>	23,90	24,78	25,53	26,55	+ 5,0	+ 3,7	+ 3,0	+ 4,0
Inländische Verwendung	367,39	360,66	362,06	369,08	+ 2,9	- 1,8	+ 0,4	+ 1,9
Exporte	234,54	234,19	236,98	244,73	+ 11,2	- 0,2	+ 1,2	+ 3,3
Reiseverkehr	13,11	14,28	14,58	14,89	+ 96,2	+ 8,9	+ 2,1	+ 2,1
Minus Importe	221,75	217,84	221,30	229,06	+ 7,9	- 1,8	+ 1,6	+ 3,5
Reiseverkehr	8,21	9,77	9,89	9,95	+ 57,0	+ 19,0	+ 1,2	+ 0,6
Bruttoinlandsprodukt	380,56	377,40	378,09	385,06	+ 4,8	- 0,8	+ 0,2	+ 1,8
Nominell	447,22	477,25	498,97	521,17	+ 10,4	+ 6,7	+ 4,6	+ 4,4

Q: WIFO, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich militärischer Waffensysteme. – <sup>3)</sup> Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Dieses schwierige Umfeld erlaubt 2024 nur ein Exportwachstum von rund 1,2% (Waren laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung). Mit der internationalen Konjunkturerholung dürfte Österreichs Exportwirtschaft ab Mitte 2024 auf einen Wachstumspfad zurückfinden, wobei die Struktur der Zielländer und der Waren anfangs noch hemmend wirkt.

Die Belebung der Konjunktur bei den wichtigsten Handelspartnern im Jahresverlauf 2024 und das erwartete Anziehen von Investitionsnachfrage und Industrieproduktion auf den Hauptexportmärkten in der EU sollten neben dem Export auch Österreichs Importen wieder Schwung verleihen. Für 2025 erwartet das WIFO ein Wachstum der Exportmärkte von 4%. Unter der Annahme leichter Marktanteilsverschiebungen aufgrund einer Verschlechterung des real-effektiven Wechselkurses sollten 2025 sowohl im Warenexport als auch im Warenimport Wachstumsraten von knapp 4% erzielbar sein.

### 3.2 Industrielle Warenproduktion schwer von Rezession getroffen

Die Rezession im Jahr 2023 traf vor allem Österreichs Warenproduktion hart. Im Gesamtjahr schrumpfte die Wertschöpfung dieses Wirtschaftsbereichs real um 2,7%. Im Vorperiodenvergleich waren in sämtlichen Quartalen Rückgänge zu beklagen.

Aufgrund des schwachen IV. Quartals und der enttäuschenden Entwicklung der Vorlaufindikatoren musste das WIFO seine Prognose für die Industrie für das laufende Jahr deutlich um 1 Prozentpunkt auf -1,5% zurücknehmen. Die Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr zeigt sich in den Indikatoren der Statistik Austria zu den Auftragseingängen. Im November und Dezember sank der Auftragsindex um 9,3% bzw. 5,6% gegen-

über dem Vorjahresmonat. Im Jänner stagnierte er weitgehend (+0,5%). Allerdings sind diese Werte unbereinigt und nominell, wodurch sie die Preisdynamik des letzten Jahres und saisonale Muster vernachlässigen. Im europäischen Vergleich war der Vertrauensindikator für die Industrie in Österreich zuletzt unterdurchschnittlich (Februar 2024: Österreich -15, EU -9, Euro-Raum -10, Deutschland -18). Auch laut Einkaufsmanagerindex (PMI) ist die österreichische Industriekonjunktur sehr schwach. Dies ergab auch der WIFO-Konjunkturtest: Die Konjunkturerwartungen verschlechterten sich im Februar wieder. Der entsprechende Index notierte weit im skeptischen Bereich und so tief wie zuletzt im Mai 2020.

Das WIFO erwartet daher für Anfang 2024 einen weiteren Rückgang der Wertschöpfung der Warenproduktion und erst für das II. Quartal eine vorsichtige Stabilisierung. Entsprechend der Außenhandelsprognose sollte die Trendwende der Konjunktur in der EU ab dem 2. Halbjahr 2024 für eine Besserung der Lage in der Industrie sorgen. Die Wertschöpfung der Warenproduktion dürfte im III. Quartal leicht wachsen. Gegen Jahresende wird sich das Wachstum deutlich verstärken. Für 2025 wird ein Anstieg der realen Wertschöpfung um 3,3% erwartet (2024 -1,5%).

### 3.3 Bauwirtschaft wächst erst 2025 wieder

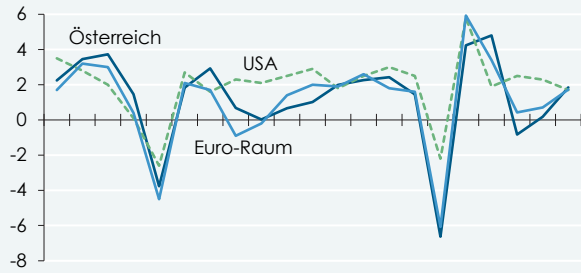
Neben der Warenproduktion ist die Bauwirtschaft in besonderem Ausmaß von der derzeitigen Rezession betroffen. Die hohen Zinssätze belasten im gesamten Euro-Raum die Nachfrage nach Wohnbauten, deren Finanzierungskosten erheblich gestiegen sind. Zudem führte die Inflation zu einer kräftigen Erhöhung der Baupreise, was zusätzlich nachfragedämpfend wirkt.

**Die Exportaussichten werden sich ab der Jahresmitte 2024 verbessern.**

Abbildung 2: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

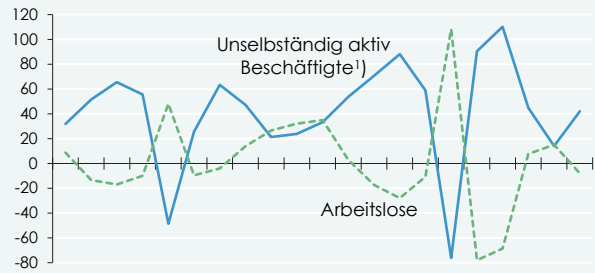
**Wirtschaftswachstum**

In %



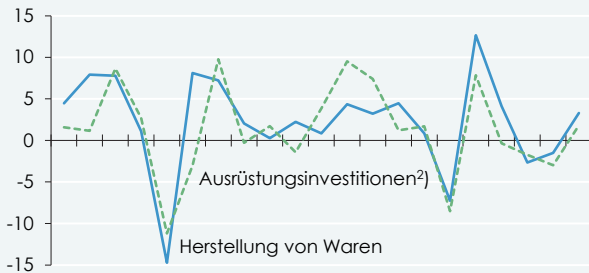
**Beschäftigung und Arbeitslosigkeit**

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



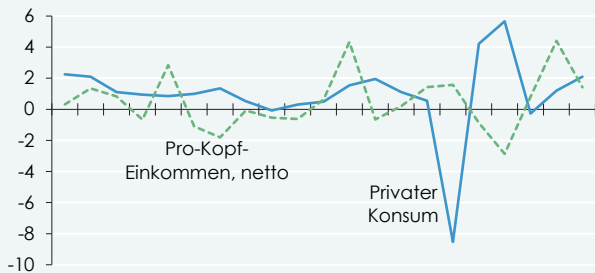
**Produktion und Investitionen**

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



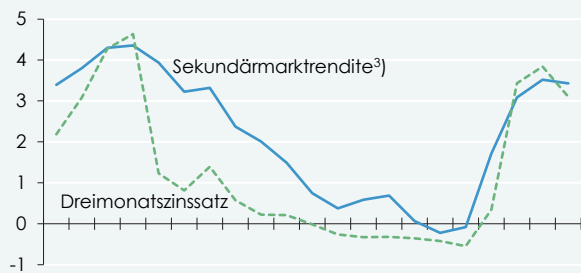
**Konsum und Einkommen**

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



**Kurz- und langfristige Zinssätze**

In %



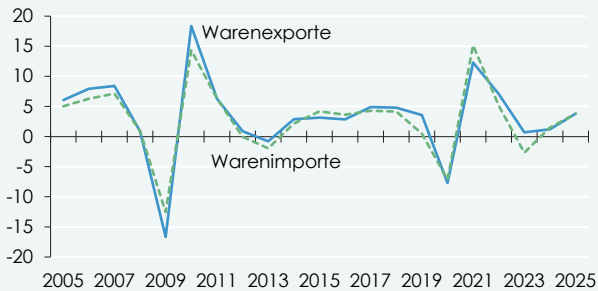
**Preise und Lohnstückkosten**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



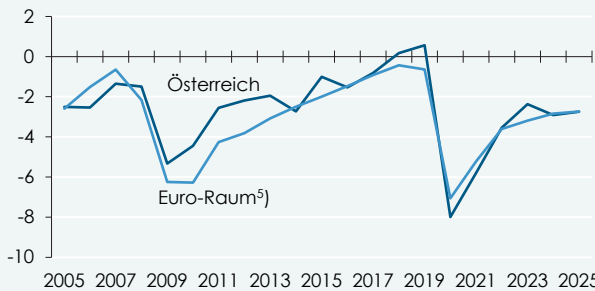
**Außenhandel (laut Statistik Austria)**

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



**Finanzierungssaldo des Staates**

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – <sup>2)</sup> Einschließlich militärischer Waffensysteme. – <sup>3)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – <sup>4)</sup> Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – <sup>5)</sup> Prognose: Europäische Kommission.

## Übersicht 6: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<b>Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)</b>								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,37	4,24	4,24	4,24	+ 6,6	- 2,9	± 0,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	72,17	70,00	68,95	71,22	+ 4,3	- 3,0	- 1,5	+ 3,3
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	9,98	10,15	10,15	10,26	+ 2,2	+ 1,7	± 0,0	+ 1,0
Bauwirtschaft	18,90	18,69	18,02	18,20	- 1,2	- 1,1	- 3,6	+ 1,0
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	39,45	37,16	37,72	38,47	+ 2,1	- 5,8	+ 1,5	+ 2,0
Verkehr	18,21	17,09	17,09	17,35	+ 10,9	- 6,1	± 0,0	+ 1,5
Beherbergung und Gastronomie	12,97	13,31	13,61	13,88	+ 55,3	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,0
Information und Kommunikation	14,30	14,73	15,03	15,33	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,0	+ 2,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	15,85	15,81	15,96	16,16	- 1,2	- 0,3	+ 1,0	+ 1,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	31,88	32,29	32,55	32,87	+ 2,2	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen <sup>1)</sup>	34,37	34,12	34,29	35,14	+ 3,8	- 0,7	+ 0,5	+ 2,5
Öffentliche Verwaltung <sup>2)</sup>	58,22	59,16	60,05	60,65	+ 3,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen <sup>3)</sup>	8,93	9,48	9,58	9,72	+ 18,9	+ 6,2	+ 1,0	+ 1,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche <sup>4)</sup>	339,09	335,86	336,82	342,83	+ 5,2	- 1,0	+ 0,3	+ 1,8
Bruttoinlandsprodukt	380,56	377,40	378,09	385,06	+ 4,8	- 0,8	+ 0,2	+ 1,8

Q: WIFO, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – <sup>2)</sup> Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – <sup>3)</sup> Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – <sup>4)</sup> Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

## Übersicht 7: Produktivität

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<b>Gesamtwirtschaft</b>						
Bruttoinlandsprodukt, real	- 6,6	+ 4,2	+ 4,8	- 0,8	+ 0,2	+ 1,8
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	- 1,9	+ 2,4	+ 2,8	+ 1,0	+ 0,3	+ 1,0
Produktion je Erwerbstätigen	- 4,8	+ 1,8	+ 2,0	- 1,8	- 0,1	+ 0,8
Arbeitszeit je Erwerbstätigen <sup>2)</sup>	- 7,0	+ 2,3	- 0,3	- 0,1	- 0,7	+ 0,2
Stundenproduktivität <sup>3)</sup>	+ 2,3	- 0,5	+ 2,3	- 1,7	+ 0,6	+ 0,6
<b>Herstellung von Waren</b>						
Bruttowertschöpfung, real	- 7,3	+ 12,7	+ 4,1	- 2,7	- 1,5	+ 3,3
Erwerbstätige <sup>1)</sup>	- 1,0	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,3	- 0,5	+ 0,8
Produktion je Erwerbstätigen	- 6,4	+ 12,2	+ 2,8	- 3,9	- 1,0	+ 2,5
Arbeitszeit je Erwerbstätigen <sup>2)</sup>	- 4,9	+ 4,3	- 0,7	- 0,3	- 1,5	± 0,0
Stundenproduktivität <sup>3)</sup>	- 1,6	+ 7,5	+ 3,6	- 3,6	+ 0,5	+ 2,5

Q: WIFO, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – <sup>2)</sup> Geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – <sup>3)</sup> Produktion je von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR.

Laut vierteljährlicher Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung von Statistik Austria schrumpften die Bauinvestitionen 2023 noch stärker als im Vorjahr (-5,9% nach -2%, real). Im IV. Quartal war der Rückgang mit -7,2% gegenüber dem Vorjahr sogar noch deutlicher als im III. Quartal. Hauptverantwortlich für den Einbruch im Jahr 2023 waren die Wohnbauinvestitionen (-10,2%), aber auch die Nicht-Wohnbauinvestitionen (Industriebau, Geschäftsbau, Tiefbau usw.) waren rückläufig (-4,7%).

Der Abschwung wird in weiterer Folge auch das beschäftigungsintensive Baunebengewerbe erfassen, das nach dem Hochbau nun zeitverzögert den Einbruch im Wohnbau

zu spüren bekommt. Die unselbständig aktive Beschäftigung in der Bauwirtschaft insgesamt sank nach -0,2% im III. Quartal erst im IV. Quartal 2023 deutlicher (-0,9%). Der Rückgang von 2,6% in den ersten zwei Monaten 2024 unterstreicht den Abwärtstrend.

Der Einbruch der Nachfrage belastet die Wertschöpfung der Bauwirtschaft erheblich. 2023 schrumpfte sie um real 1,1%. Gegen Jahresende war noch keine Besserung der Lage festzustellen. Laut WIFO-Konjunkturtest trübt sich die Stimmung in der Branche zunehmend ein; die Geschäftserwartungen für die nächsten 6 Monate sind mit einem Saldo von -29 Punkten (Februar 2024) überwiegend pessimistisch. Im Dezember 2023

**Bauinvestitionen und Wertschöpfung in der Baubranche werden 2024 abermals schrumpfen.**

stufen die befragten Bauunternehmen erstmals seit rund 7 Jahren den Mangel an Aufträgen mehrheitlich als wichtigstes Produktionshemmnis ein. In den Jahren davor hatte der Arbeitskräftemangel dominiert.

Für 2024 erwartet das WIFO daher einen weiteren Rückgang der Bauinvestitionen um 4%. Die Wertschöpfung der Baubranche wird voraussichtlich 3,6% schrumpfen. Zur Stabilisierung der Baukonjunktur hat die Bundesregierung Ende Februar 2024 eine Wohnraum- und Bauoffensive vorgestellt. Das Entlastungsvolumen wird mit über 2 Mrd. € beziffert, wobei die Bauwirtschaft aufgrund der breiten Streuung der Maßnahmen und der zu erwartenden Mitnahmeeffekte nur einen Teil des Konjunkturimpulses aufnehmen dürfte. Durch die Verzögerung zwischen Maßnahmensetzung und tatsächlicher Bauaktivität ist zudem erst ab 2025 mit einer nennenswerten Belebung der Bauinvestitionen zu rechnen. Der für 2024 erwartete Rückgang im Wohnbau wird durch das Paket dagegen nur abgeschwächt und keinesfalls verhindert. Die Effekte hängen zudem davon ab, inwiefern die Länder das vom Bund bereitgestellte Budget in zusätzliche Projekte und Zusicherungen ihrer Wohnbaufördersysteme stecken. In der vorliegenden WIFO-Prognose für 2024 spiegelt sich das Paket daher nur marginal. Auch 2025 wird noch nicht mit dem vollen Umfang gerechnet, er dürfte erst 2026 erreicht werden.

Für 2025 erwartet das WIFO einen Anstieg der Bauinvestitionen um 1,5% und eine Ausweitung der Bauwertschöpfung um 1,0%.

### 3.4 Inflationsrate geht weiter zurück

Die Inflationsrate liegt in Österreich nach wie vor über dem Durchschnitt des Euro-Raumes. Im Jahr 2023 notierte die EU-weit harmonisierte Rate (laut HVPI) in Österreich bei 7,7% und damit um 2,3 Prozentpunkte über der des Euro-Raumes (5,4%).

Dennoch war im Jahresverlauf 2023 auch in Österreich eine deutliche Zurückbildung der Inflation von 11,2% zu Jahresbeginn auf 5,6% zu Jahresende feststellbar (laut VPI). Dieser erfreuliche Trend setzte sich Anfang 2024 fort. Im Februar 2024 sank die Inflationsrate auf 4,3%, nach 4,6% im Jänner.

Laut Statistik Austria wirkte neben der Verbilligung von Haushaltsenergie auch der nachlassende Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln preisdämpfend. Umgekehrt wirken die kräftigen Preissteigerungen bei Hotel- und Restaurantdienstleistungen nach wie vor preistreibend. Ohne dieses Segment wäre die Inflation um rund 1 Prozentpunkt niedriger. Da die Mieten verzögert auf Inflationsänderungen reagieren, ging auch von ihnen im

Februar noch ein kräftiger Preisauftrieb aus. Die europäischen Großhandelspreise für Energie (Erdgas und Strom) haben stärker nachgegeben als in der letzten Prognose erwartet. Daher senkt das WIFO seine Inflationsprognose für 2024 auf 3,8%. 2025 sollte der Preisauftrieb weiter auf 2,7% nachlassen.

### 3.5 Konsumnachfrage der privaten Haushalte erholt sich 2024

Die in konjunkturellen Schwächephasen üblicherweise beobachtete Stützfunktion des privaten Konsums konnte sich 2023 nicht entfalten. Im Gegenteil verstärkte der Rückgang dieser Nachfragekomponente die negativen Auswirkungen der internationalen Konjunkturschwäche und damit die Rezession in Österreich. Die hohen Preissteigerungsraten verringerten die Kaufkraft der privaten Haushalte, wodurch ihr Konsum 2023 schrumpfte (-0,3%). Am stärksten ging die Nachfrage nach Einrichtungsgegenständen zurück. Diese Nachfragerücke, die sich im Gefolge der drastischen Ausweitung solcher Anschaffungen in den Pandemie Jahren 2020 und 2021 aufgetan hat, macht den Handelsunternehmen erheblich zu schaffen. Auch bei Ausgaben für Bekleidung war 2023 eine deutliche Zurückhaltung zu bemerken.

Die hohe Inflation des Vorjahres wurde in den Herbstlohnrunden berücksichtigt. Dies führt zu einer kräftigen Steigerung der Haushaltseinkommen im Folgejahr. Allerdings geben die privaten Haushalte angesichts des unsicheren Umfelds und der steigenden Arbeitslosigkeit bisher nur zögerlich Geld aus. Im Vergleich zum Vorjahr wird 2024 ein größerer Teil des Einkommenszuwachses gespart werden.

Das WIFO erwartet für das laufende Jahr eine Ausweitung der privaten Konsumausgaben um real 1,2%. Die Sparquote (einschließlich betrieblicher Versorgungsansprüche) steigt von 8,6% im Jahr 2023 auf knapp 10%. Die Belebung der Konsumkonjunktur wird auch dem Handel zugutekommen. Seine Wertschöpfung sank 2023 um fast 6%, sollte jedoch 2024 wieder um 1,5% steigen.

Für 2025 ist mit einem beschleunigten Anstieg der privaten Konsumausgaben um 2,1% zu rechnen. Die verbesserte Arbeitsmarktlage wird einen leichten Rückgang der Sparquote auf 9,4% zur Folge haben. Die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter werden 2025 erstmals wieder ähnlich stark ausgeweitet wie die privaten Konsumausgaben insgesamt. Die Wertschöpfung im Handel (2025 +2%) wird nicht nur von der für den Großhandel wichtigen Außenhandelsdynamik profitieren, sondern auch von der erstarkten Inlandsnachfrage.

**Die Inflationsrate wird sich 2024 auf 3,8% verringern. Für 2025 wird mit einem weiteren Rückgang auf 2,7% gerechnet.**

**Kräftige Lohnsteigerungen ermöglichen eine Konsumausweitung bei gleichzeitigem Anstieg der Sparquote.**

## Übersicht 8: Konsum, Einkommen und Preise

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben <sup>1)</sup>	- 8,5	+ 4,2	+ 5,7	- 0,3	+ 1,2	+ 2,1
Dauerhafte Konsumgüter	- 2,6	+ 3,7	- 0,3	- 3,6	+ 0,5	+ 2,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	- 9,2	+ 4,3	+ 6,3	+ 0,1	+ 1,3	+ 2,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	- 2,8	+ 1,8	+ 3,3	- 0,9	+ 2,6	+ 1,7
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	13,2	11,2	9,2	8,6	9,8	9,4
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	12,7	10,6	8,5	7,9	9,2	8,8
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 3,7	+ 6,6	+ 5,0	+ 0,7	+ 2,5	+ 2,8
	Verbraucherpreise					
National	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 3,8	+ 2,7
Harmonisiert	+ 1,4	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,7	+ 3,8	+ 2,7
Kerninflation <sup>2)</sup>	+ 2,0	+ 2,3	+ 5,1	+ 7,3	+ 4,8	+ 3,0

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

## Übersicht 9: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf <sup>1)</sup>						
Nominell, brutto	+ 2,2	+ 2,7	+ 4,7	+ 7,8	+ 7,8	+ 4,1
Real <sup>2)</sup>						
Brutto	+ 0,8	- 0,1	- 3,6	- 0,0	+ 3,9	+ 1,4
Netto	+ 1,6	- 0,9	- 2,9	+ 0,8	+ 4,4	+ 1,4
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde <sup>3)</sup>						
Real <sup>2)</sup> , netto	+ 9,5	- 3,9	- 2,6	+ 0,7	+ 5,2	+ 1,3
	In %					
Lohnquote, bereinigt <sup>4)</sup>	69,3	68,3	69,8	71,1	74,0	74,7
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Lohnstückkosten <sup>5)</sup> , nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 7,6	- 0,1	+ 2,5	+ 9,5	+ 8,0	+ 3,3
Herstellung von Waren	+ 6,2	- 7,6	+ 2,2	+ 11,8	+ 9,6	+ 1,7
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren <sup>6)</sup>						
Nominell	+ 1,4	+ 0,6	- 1,5	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,9
Real	+ 1,7	+ 0,2	- 1,8	+ 3,4	+ 1,2	+ 0,9

Q: WIFO, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – <sup>2)</sup> Deflationiert mit dem VPI. – <sup>3)</sup> Laut VGR. – <sup>4)</sup> Arbeitnehmerentgelte in Relation zum Volkseinkommen, bereinigt um die Veränderung des Anteils der unselbstständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 2015. – <sup>5)</sup> Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbstständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – <sup>6)</sup> Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

### 3.6 Weiterer Anstieg der Beschäftigung bei leicht steigender Arbeitslosigkeit

Die unselbständige aktive Beschäftigung wuchs im Jahresdurchschnitt 2023 noch kräftig. Unterjährig ließ die Dynamik jedoch deutlich nach (I. Quartal +1,7% gegenüber

dem Vorjahr, IV. Quartal 2023 +0,7%); in den ersten zwei Monaten 2024 betrug der Zuwachs nur mehr 0,3%. Das lebhaftes Wachstum zu Jahresanfang 2023 war maßgeblich vom Kernbereich des Tourismus getragen: Rund ein Viertel des gesamten Zuwachses

im I. Quartal 2023 entfiel auf Beherbergung und Gastronomie.

Ende 2023 und Anfang 2024 zeigte sich in mehreren wichtigen Wirtschaftsbereichen eine stark abgeschwächte, teilweise sogar negative Beschäftigungsentwicklung. Rückgänge gab es vor allem in der Bauwirtschaft (Jänner und Februar 2024 –2,6%) und im Handel (–0,5%). Ab Jänner verzeichnete erstmals auch die Herstellung von Waren Beschäftigungsrückgänge (Jänner und Februar –0,6%). Die Arbeitskräfteüberlassung ist bereits seit November 2022 mit Beschäftigungsverlusten konfrontiert, die sich bis Februar 2024 noch deutlich verstärkten (–16,5%).

Für das Gesamtjahr 2024 erwartet das WIFO einen schwachen Beschäftigungszuwachs von 0,4%. Die Abwärtsrevision gegenüber der Prognose vom Dezember ergibt sich aus der geänderten Konjunkturschätzung. Durch die später einsetzende Erholung fällt auch das Beschäftigungswachstum im Jahr 2025 mit 1,1% (statt 1,4%) schwächer aus.

Die Arbeitslosigkeit nimmt seit April 2023 im Vorjahresvergleich wieder zu. Neben der Konjunkturabschwächung ist die Abschaffung der Beschäftigungsbewilligung für Vertriebene aus der Ukraine ausschlaggebend für den Anstieg. Seit 21. April 2023 haben Vertriebene einen freien Arbeitsmarktzugang. Davor waren beim AMS registrierte Vertriebene nicht in der Arbeitslosenstatistik aufgeschienen. Mit der Öffnung des Arbeitsmarktzugangs wurden sie schrittweise in die offizielle Statistik übernommen. Ende Mai 2023 war dieser Umbuchungsprozess abgeschlossen.

Der Arbeitslosigkeitsanstieg verlief 2023 langsam: Im III. Quartal 2023 betrug der Zuwachs 5,8% und im IV. Quartal 2023 6,5%. Gedämpft wurde er durch die Ausweitung der AMS-Schulungsaktivität im Herbst 2023. In den ersten zwei Monaten 2024 war der Bestand an Arbeitslosen um 8,9% höher als im Vorjahr.

**Bauwirtschaft, Handel und Warenproduktion verzeichneten zu Jahresanfang 2024 einen Rückgang ihrer Beschäftigung.**

#### Übersicht 10: Arbeitsmarkt

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<b>Nachfrage nach Arbeitskräften</b>						
Aktiv Erwerbstätige <sup>1)</sup>	– 76,6	+ 96,9	+ 116,2	+ 47,2	+ 15,0	+ 46,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>1)</sup>	– 76,1	+ 90,4	+ 110,2	+ 44,8	+ 14,0	+ 42,0
Inländische Arbeitskräfte	– 53,9	+ 28,1	+ 22,9	– 9,0	– 13,0	– 10,0
Ausländische Arbeitskräfte	– 22,2	+ 62,4	+ 87,4	+ 53,8	+ 27,0	+ 52,0
Selbständige <sup>2)</sup>	– 0,5	+ 6,5	+ 6,0	+ 2,4	+ 1,0	+ 4,0
<b>Angebot an Arbeitskräften</b>						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 9,9	+ 5,4	+ 48,6	+ 32,9	– 0,1	– 18,1
Erwerbspersonen <sup>3)</sup>	+ 31,7	+ 19,0	+ 47,6	+ 54,9	+ 30,0	+ 38,0
<b>Überhang an Arbeitskräften</b>						
Arbeitslose (laut AMS)	+ 108,3	– 77,9	– 68,6	+ 7,7	+ 15,0	– 8,0
Personen in Schulung	– 4,9	+ 13,2	– 0,8	+ 1,0	+ 4,0	– 3,0
In%						
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) <sup>4)</sup>	6,0	6,2	4,8	5,1	5,5	5,4
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	8,9	7,2	5,6	5,7	6,0	5,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	9,9	8,0	6,3	6,4	6,7	6,5
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Erwerbspersonen <sup>3)</sup>	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>1)</sup>	– 2,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,1
Arbeitslose (laut AMS)	+ 35,9	– 19,0	– 20,7	+ 2,9	+ 5,5	– 2,8
Stand in 1.000	409,6	331,7	263,1	270,8	285,8	277,8

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – <sup>2)</sup> Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – <sup>3)</sup> Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – <sup>4)</sup> Labour Force Survey.



### 3.7 Hohe Staatsschuld schmälert den budgetären Spielraum

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird sich 2024 deutlich von –2,4% auf –2,9% des BIP verschlechtern und sich auch 2025 nur geringfügig auf –2,7% verbessern.

Ursächlich ist einerseits, dass die Steuereinnahmen, die in den beiden Vorjahren beträchtlich zugelegt hatten, mit dem allmählichen Rückgang der Inflation wieder deutlich

langsamer wachsen werden. Das abgeschwächte Wachstum des nominellen privaten Konsums dämpft dabei merklich die Einnahmendynamik an Verbrauchsteuern. Da die inflationsabhängige Anpassung der Steuerstufen in der Lohn- und Einkommensteuer (Abschaffung der kalten Progression) verzögert wirkt und sich das Körperschaftsteueraufkommen schwach entwickeln dürfte, werden die Einnahmen aus direkten Steuern 2024 kaum noch zunehmen und auch 2025 nur verhalten steigen.

Übersicht 11: Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen

	2020	2021	2022	2023	2024	2025
	In % des BIP					
<b>Fiskalpolitik</b>						
Finanzierungssaldo des Staates <sup>1)</sup>	– 8,0	– 5,8	– 3,5	– 2,4	– 2,9	– 2,7
Primärsaldo des Staates	– 6,6	– 4,7	– 2,6	– 1,2	– 1,6	– 1,3
Staatseinnahmen	48,8	50,4	49,6	49,2	49,1	49,2
Staatsausgaben	56,8	56,2	53,2	51,5	52,1	51,9
Schuldenstand des Staates <sup>1)</sup>	83,0	82,5	78,4	76,4	76,5	76,7
	In %					
<b>Geldpolitik</b>						
Dreimonatszinssatz	– 0,4	– 0,5	0,3	3,4	3,8	3,1
Sekundärmarktrendite <sup>2)</sup>	– 0,2	– 0,1	1,7	3,1	3,5	3,4

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2024 und 2025: Prognose. – <sup>1)</sup> Laut Maastricht-Definition. – <sup>2)</sup> Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Andererseits wirken die hohen Preissteigerungsraten der Jahre 2022 und 2023 bei den Ausgaben der öffentlichen Haushalte (Pensionen, Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor, indexierte Sozialleistungen) nach. Hierdurch wird der Ausgabenrückgang für zeitlich begrenzte Unterstützungsmaßnahmen zur ökonomischen und sozialen Abfederung der Energiepreis- und Inflationskrise nicht in sinkenden Ausgabenquoten münden. Das Wohnbaupaket mit einem Gesamtvolumen von über 2 Mrd. € (2024/2026) dürfte sich im Prognosezeitraum bis 2025 kaum auf den Finanzierungssaldo auswirken – auch deshalb, weil annahmegemäß nicht alle Förderinstrumente defizitwirksam werden.

Insgesamt wird die Staatseinnahmenquote bis 2025 bei gut 49% des BIP stagnieren. Die Staatsausgabenquote steigt 2024 gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte auf 52,1% und sinkt 2025 nur wenig auf 51,9%. Die Staatsschuldenquote verharrt bei über 76% des BIP und wird im Prognosezeitraum nicht zurückgeführt. Damit ergibt sich bereits jetzt eine spürbare Beschränkung des zukünftigen budgetären Spielraums. Die Zinsausgabenquote wird bis 2025 auf 1,5% des BIP steigen.

### 3.8 Treibhausgasemissionen sinken konjunktur- und wetterbedingt

Die schwächere Konjunktur verringerte 2023 auch die in der Produktion freigesetzten Treibhausgasemissionen. Vor allem die Produktion energieintensiver Industriegüter ging im Vorjahr deutlich zurück. Für 2023 erwartet das WIFO daher eine Reduktion des Treibhausgasausstoßes um 4,6%. Auch 2024 bleibt die Konjunktur schwach; der sehr warme Februar wird zu einem ähnlich niedrigen Heizbedarf führen wie im überdurchschnittlich warmen Winter 2022/23. Beim Treibstoffabsatz wird ebenfalls von keinem Anstieg ausgegangen. Der Benzinabsatz lag 2023 bereits auf dem Niveau von 2019, während der Dieselabsatz nachhaltig darunterbleiben dürfte. Insgesamt sollten hierdurch auch 2024 die Treibhausgasemissionen sinken (–2,5%).

2025 werden zwei gegenläufige Trends eine Stagnation der Emissionen zur Folge haben (+0,1%). Einerseits steigt der Energiebedarf aufgrund des Wirtschaftswachstums und des annahmegemäß durchschnittlichen Winters. Andererseits dämpft die fortschreitende Dekarbonisierung im Energiesystem den Treibhausgasausstoß.

**Die schwache Konjunktur lässt 2024 das Budgetdefizit auf 2,9% des BIP steigen.**

### 3.9 Einkommensverteilung und Armutsgefährdung weitgehend stabil

Die bis 2021 verfügbaren Daten zur Einkommensverteilung zeigen auf Basis des Einkommensquintilverhältnisses seit dem Jahr 2007 einen leicht rückläufigen Trend. Dies deutet auf eine Verringerung der Einkommensungleichheit in Österreich hin. Für 2022 errechnete das WIFO einen vorläufigen Wert von 4,02 für das Verhältnis zwischen dem obersten und untersten Quintil der Einkommensverteilung, d. h. die Einkommen im obersten Quintil waren rund 4-mal so hoch wie jene im untersten. Dies ist der niedrigste Wert seit

2007. 2023 dürfte die Verhältniszahl wieder angestiegen sein. Für 2024 und 2025 erwartet das WIFO allerdings Rückgänge.

Auch die Armutsgefährdungsquote hat sich zwischen 2007 und 2014 zurückgebildet, verharrt jedoch seither unter Schwankungen auf dem durchschnittlichen Niveau von 14,2%. Für 2022 errechnete das WIFO einen Wert von 13,8%. Nach diesem deutlichen Rückgang dürfte die Quote über den Prognosehorizont wieder leicht auf 14,4% ansteigen, womit die Armutsgefährdung wieder etwas zunehmen wird.

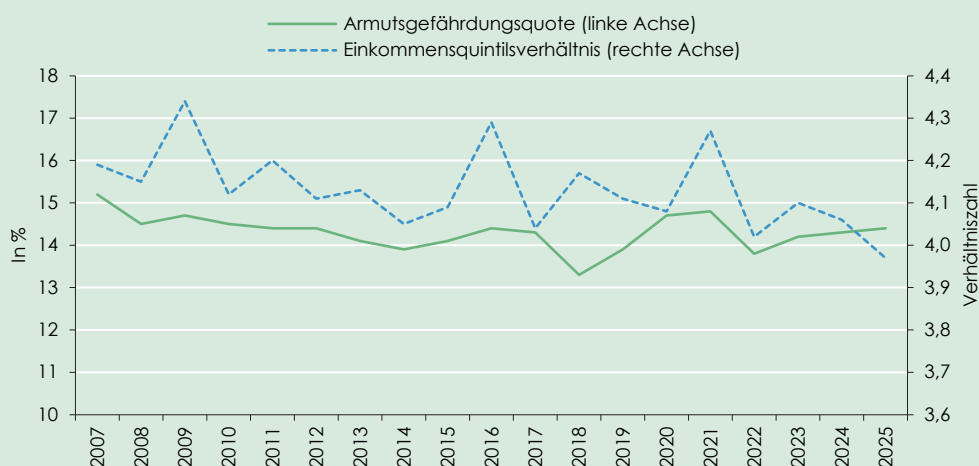
#### Beyond GDP: Indikatoren zur Einkommensverteilung

Die vorliegende Prognose führt erstmals zwei Indikatoren zur Analyse der Einkommensverteilung privater Haushalte in Österreich ein: das Verhältnis der Einkommen des obersten zu denen des untersten Quintils (S80/S20) und die Armutsgefährdungsquote. Diese Kennzahlen gelten sowohl in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen als auch im Aktionsplan der europäischen Säule der sozialen Rechte der Europäischen Kommission als Instrumente, um die Fortschritte bei der Erreichung der festgelegten sozialpolitischen Ziele zu überwachen.

Die Basis für die beiden Indikatoren bilden die verfügbaren Einkommen laut der EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Die Daten sind allerdings erst mit einer Verzögerung von knapp zwei Jahren verfügbar. Durch Anwendung von Gewichtungungsverfahren und Mikrosimulation werden unter Berücksichtigung von externen Daten zu bereits realisierten Entwicklungen (z. B. von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit) sowie demografischen Projektionen und relevanten WIFO-Prognosen (z. B. zur Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Erwerbseinkommen) die Bruttoeinkommenskomponenten prognostiziert. Mittels Mikrosimulation des Steuer- und Transfersystems werden anschließend die übrigen Bestandteile für die Berechnung der verfügbaren Einkommen, wie Pensionen, Sozialtransfers und Abgaben, ermittelt. Diese prognostizierten verfügbaren Einkommen liefern die Grundlage für die Prognose der Armutsgefährdungsquote und des S80/S20-Einkommensverhältnisses.

Weitere Details zur Berechnung finden sich im WIFO Research Brief 5/2024 (<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71465>).

Abbildung 3: Indikatoren zur Einkommensverteilung



Q: WIFO, Eurostat. Ab 2022: Prognose. Armutsgefährdungsquote: Anteil der Personen in privaten Haushalten mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle (60% des nationalen verfügbaren Medianäquivalenzeinkommens). Einkommensquintilsverhältnis: S80/S20-Verhältnis des gesamten verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in privaten Haushalten im obersten Einkommensquintil zu dem der Bevölkerung im untersten Einkommensquintil.

## 4. Prognoserisiken

Das größte Risiko für die vorliegende Prognose besteht in einer weiteren Verzögerung des Konjunkturaufschwungs in der EU. Der aufgestaute Bedarf an Erneuerungsinvestitionen sollte sich allerdings durch die Lockerung der Geldpolitik auflösen. Dies dürfte vor

allem der österreichischen Industrie zugutekommen. Wenngleich die Märkte die Lockerung bereits teilweise vorwegnehmen, ist es unsicher, wie schnell sie sich auf die Realwirtschaft übertragen wird.

Die geopolitischen Risiken haben seit der letzten Prognose etwas zugenommen. Die vermehrten Angriffe auf Schiffe im Roten Meer lassen immer mehr Frachtunternehmen diese Route meiden und längere Transportwege in Kauf nehmen. Dies belastet die Lieferketten. Ein erneuter kräftiger Anstieg der Transportkosten würde den Rückgang der Inflation bremsen. Hierdurch würden die Realeinkommen der privaten Haushalte abermals belastet und die EZB hinsichtlich der Zinssenkungen zu mehr Zurückhaltung genötigt.

Unsicherheit besteht auch hinsichtlich der Erdgaslieferungen Russlands über das Jahr 2024 hinaus. Die Ukraine hat angekündigt, die über ihr Territorium führenden Pipelines im Laufe des Jahres 2024 zu unterbrechen. Nach wie vor stellt Erdgas aus Russland eine wichtige Energiequelle für heimische Unternehmen wie auch private Haushalte dar. Es gibt zwar alternative Lieferquellen, jedoch ist fraglich, ob darüber ausreichende Mengen bezogen werden könnten und zu welchem Preis.

## Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

**Rückfragen:** [astrid.czaloun@wifo.ac.at](mailto:astrid.czaloun@wifo.ac.at), [christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at), [martha.steiner@wifo.ac.at](mailto:martha.steiner@wifo.ac.at)

### Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

### Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres ( $t_0$ ) auf die Veränderungsrate des Folgejahres ( $t_1$ ). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres  $t_1$ , wenn das BIP im Jahr  $t_1$  auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres  $t_0$  (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

### Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

### Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

### Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

### WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

### Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

### Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

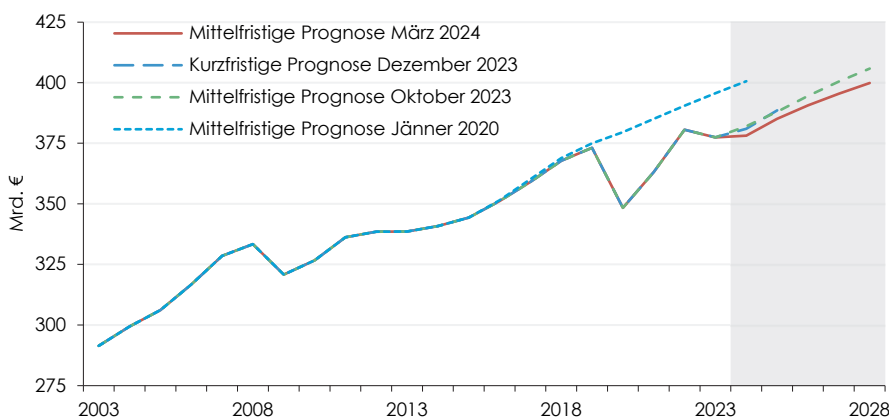
# Österreichische Wirtschaft expandiert mittelfristig nur schwach

## Update der mittelfristigen Prognose 2024 bis 2028

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik

- Österreichs Wirtschaft schrumpfte 2023 um 0,8% (real). Nach einer Stagnation 2024 (+0,2%) wird das BIP 2025 um 1,8% wachsen. In den Folgejahren verlangsamt sich das Wachstum der internationalen Entwicklung folgend und erreicht 2028 das Trendwachstum von rund 1%.
- Infolge der zunehmenden Arbeitskräfteknappheit geht die Arbeitslosenquote bis 2028 auf voraussichtlich 5,7% zurück.
- Die Inflationsrate lag 2023 bei 7,8%. In den Prognosejahren sinkt die Inflation zwar deutlich, der EZB-Zielwert von 2% dürfte aber erst 2027 erreicht werden.
- Das jährliche Budgetdefizit wird im Prognosezeitraum bei knapp 3% des BIP liegen.
- Die Staatsverschuldung nimmt bis 2028 um rund 85 Mrd. € zu. Da das nominelle BIP mit +3¼% p. a. schwächer wächst als die Staatsschuld (+4¼% p. a.), steigt die Schuldenquote bis 2028 um 1¼ Prozentpunkte auf 78% der Wirtschaftsleistung.

### Vergleich der mittelfristigen WIFO-Prognosen zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



**"Österreichs Wirtschaft wird im Zeitraum 2024/2028 jährlich um 1¼% wachsen. Der Wertschöpfungsverlust durch die Rezession 2023 wird damit im Prognosezeitraum nicht wettgemacht."**

Die österreichische Wirtschaft erlebte 2020 die schwerste Rezession seit der Nachkriegszeit (-6,6%). Nach einem kräftigen Rebound (2021 +4,2%, 2022 +4,8%) schrumpfte sie infolge des Ukraine-Krieges und der Energiekrise erneut (2023 -0,8%). 2024/2028 erreicht das BIP-Wachstum 1¼% p. a. (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen).

# Österreichische Wirtschaft expandiert mittelfristig nur schwach

## Update der mittelfristigen Prognose 2024 bis 2028

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik

### Österreichische Wirtschaft expandiert mittelfristig nur schwach. Update der mittelfristigen Prognose 2024 bis 2028

Begünstigt durch den internationalen Aufschwung erholt sich die österreichische Wirtschaft langsam von der Rezession 2023 (-0,8%). Für 2025 erwartet das WIFO ein reales Wirtschaftswachstum von 1¼%. Für 2024/2028 wird ein durchschnittlicher BIP-Zuwachs von 1¼% p. a. prognostiziert (Ø 2010/2019 +1,5% p. a.). Der demografische Wandel verstärkt im Prognosezeitraum die Arbeitskräfteknappheit. Dies trübt einerseits die Wachstumsaussichten, verringert jedoch andererseits die Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenquote wird bis 2028 auf voraussichtlich 5,7% zurückgehen (2024: 6,7%). Der seit Ende 2021 beobachtete kräftige Preisauftrieb (Ø 2022/23 +8¼% p. a.) verlangsamt sich über den Prognosehorizont deutlich (2024: 3,8%) und erreicht 2027 das 2%-Ziel der EZB. Die Defizitquote liegt 2024/2028 bei durchschnittlich knapp 3% des nominellen BIP; die Staatsschuld steigt von 76½% auf gut 78% des BIP.

### Austria's Economy will only Expand Weakly in the Medium Term. Update of the Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2024 to 2028

Boosted by the international upturn, the Austrian economy is slowly recovering from the recession in 2023 (-0.8 percent). WIFO expects real economic growth of 1¼ percent for 2025 and average GDP growth of 1¼ percent p.a. for 2024-2028 (Ø 2010-2019 +1.5 percent p.a.). Demographic change will exacerbate the shortage of labour force in the forecast period. While this will dampen growth prospects, it will also curb unemployment: the unemployment rate is expected to fall to 5.7 percent by 2028 (6.7 percent in 2024). The strong inflation observed since the end of 2021 (Ø 2022-23 +8¼ percent p.a.) will slow significantly in the forecast period (2024: 3.8 percent) and reach the ECB's 2 percent target in 2027. The deficit ratio averages just under 3 percent of nominal GDP in 2024-2028; government debt rises from 76½ percent to just over 78 percent of GDP.

**JEL-Codes:** E32, E37, E66, D31 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich

Der vorliegende Beitrag basiert auf der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose vom März 2024 für die Jahre 2024 und 2025 (Scheiblecker & Ederer, 2024, in diesem Heft). Die Annahmen zur internationalen Entwicklung wurden am 4. März 2024 festgelegt. Weitere Informationen zur Entwicklung im Inland, die bis zum 20. März 2024 vorlagen, wurden in dieser Prognose berücksichtigt. Die Berechnungen erfolgten mit dem makroökonomischen Modell des WIFO (Baumgartner et al., 2005). • Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwwdocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

**Begutachtung:** Simon Loretz, Marcus Scheiblecker, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Ursula Glauninger ([ursula.glauninger@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauninger@wifo.ac.at)), Christine Kaufmann ([christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 23. 4. 2024

**Kontakt:** Josef Baumgartner ([josef.baumgartner@wifo.ac.at](mailto:josef.baumgartner@wifo.ac.at)), Serguei Kaniovski ([serguei.kaniovski@wifo.ac.at](mailto:serguei.kaniovski@wifo.ac.at)), Hans Pitlik ([hans.pitlik@wifo.ac.at](mailto:hans.pitlik@wifo.ac.at))

## 1. Internationale Rahmenbedingungen

### 1.1 Annahmen zur Energiepreisentwicklung

Prognosen der Wirtschaftsentwicklung werden derzeit wesentlich von den Annahmen zum weiteren Verlauf des Ukraine-Krieges, des Nahost-Konflikts und zur Entwicklung der europäischen Energieimporte aus Russland bestimmt. In seiner kurzfristigen Konjunkturprognose vom März 2024 (Scheiblecker & Ederer, 2024) unterstellte das WIFO, dass auch nach 2024 weiterhin russisches Erdgas über die Ukraine (Transgas-Trasse) in die EU

fließen wird<sup>1)</sup>. Aus Konsistenzgründen bleibt diese Annahme auch für die Fortschreibung der Prognose für den Zeitraum 2025/2028 aufrecht. Mittelfristig wurde jedoch ein deutlicher Rückgang des Anteils russischen Erdgases im importierten Energiemix unterstellt (Austria Energieagentur, 2022).

Der Ausblick für die europäische und die österreichische Wirtschaft hat sich seit der letzten mittelfristigen Prognose vom Oktober 2023 (Baumgartner et al., 2023b) eingetrübt.

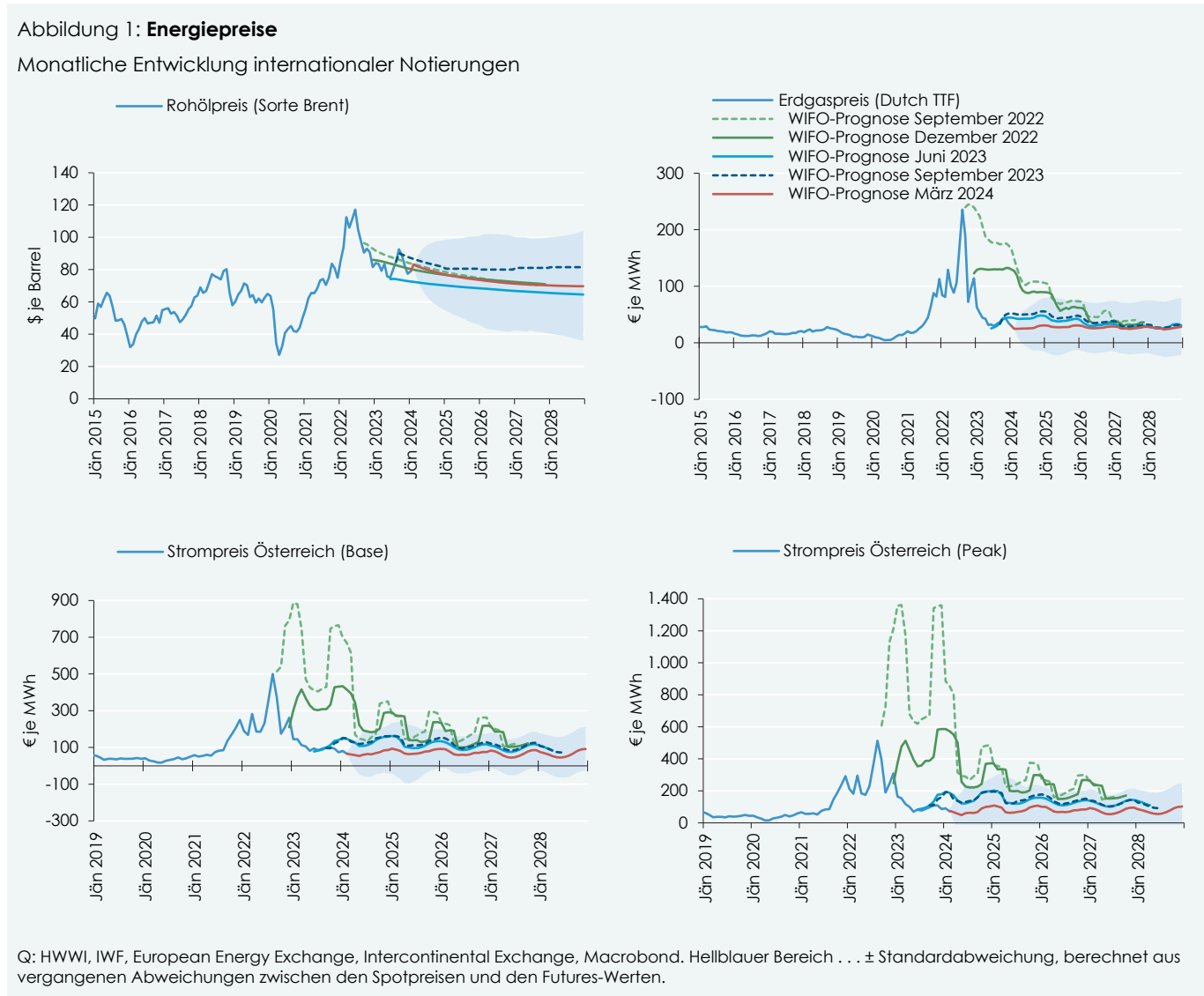
**Energie bleibt mittelfristig teurer als vor den Energiepreisschocks: Erdgas dürfte 2024/2028 1½-mal so viel und Strom rund 1¼-mal so viel kosten wie noch 2018/2019.**

<sup>1)</sup> In der ersten Jahreshälfte 2021 hatte die EU wöchentlich noch rund 3.000 Mio. m<sup>3</sup> russisches Erdgas importiert. 2023 waren es 500 Mio. m<sup>3</sup> und im I. Quartal 2024 rund 600 Mio. m<sup>3</sup> pro Woche (Zachmann et al., 2024). Trotz der Ankündigung der Ukraine, die Gaslieferverträge mit Russland nach 2024 nicht mehr zu ver-

längern, geht das WIFO in seiner Konjunkturprognose für 2024/25 (Scheiblecker & Ederer, 2024) davon aus, dass der Fluss russischen Gases in die EU von einem nicht-ukrainischen Operator durchgeführt und seitens der Ukraine weiter ermöglicht wird.

Abbildung 1 vergleicht die derzeit unterstellte Preisentwicklung für Rohöl, Erdgas und Strom mit den Preispfaden, die früheren

mittelfristigen WIFO-Prognosen zugrunde lagen<sup>2)</sup>.



Für **Rohöl** basieren die Preiserwartungen für 2024/2028 auf den (durchschnittlichen) Markterwartungen laut den Notierungen der Futures-Kontrakte. Das WIFO unterstellt für 2024 einen Rohölpreis von 80 \$ je Barrel (Brent). Bis 2028 wird ein Rückgang auf 70 \$ je Barrel erwartet. Für **Erdgas und Strom** liegen dem Preispfad 2024/2028 ebenfalls die (durchschnittlichen) Markterwartungen laut den Futures-Notierungen zugrunde. Die Großhandelspreise sind seit Oktober 2022 drastisch gesunken<sup>3)</sup> und auch die Erwartungen zur mittelfristigen Preisentwicklung haben inzwischen deutlich nachgegeben<sup>4)</sup>. Für 2024 rechnet das WIFO im Vorjahresver-

gleich mit einem kräftigen Rückgang der Großhandelspreise für Erdgas (-34%) und Strom (Base -33%). In den Folgejahren dürften sie in etwa stagnieren. Energie wird jedoch auch mittelfristig teurer bleiben als vor dem Energiepreisschock 2021: Erdgas dürfte im europäischen Großhandel 2024/2028 durchschnittlich 1½-mal so viel, Strom 1¼-mal so viel kosten wie im Zeitraum 2018/19. In den USA dürften die Großhandelspreise für Erdgas dagegen unter dem Niveau vor der COVID-19-Pandemie zu liegen kommen. Damit wird sich der Wettbewerbsnachteil Europas gegenüber den USA, der im Besonderen die energieintensive Industrie betrifft,

<sup>2)</sup> Für die mittelfristige Prognose vom Oktober 2023 wurden die Annahmen zur internationalen Energiepreisentwicklung Anfang September getroffen; für die vorliegende Neuberechnung wurden sie Ende Februar 2024 festgelegt.

<sup>3)</sup> Im September 2022 waren die Erdgaspreise noch fast 7½-mal und die Strompreise 5¼-mal so hoch wie im Februar 2024.

<sup>4)</sup> Im Oktober 2022 waren die Preiserwartungen für Erdgas und Strom für 2024 2¼- bis 2¾-mal, für 2025 1¼-mal und für 2026 1½-mal so hoch wie in der vorliegenden Prognose.

Die EZB dürfte ihre Geldpolitik ab Mitte 2024 wieder lockern. Der Dreimonatszinssatz wird bis zum Ende der Prognoseperiode auf 2½% zurückgehen.

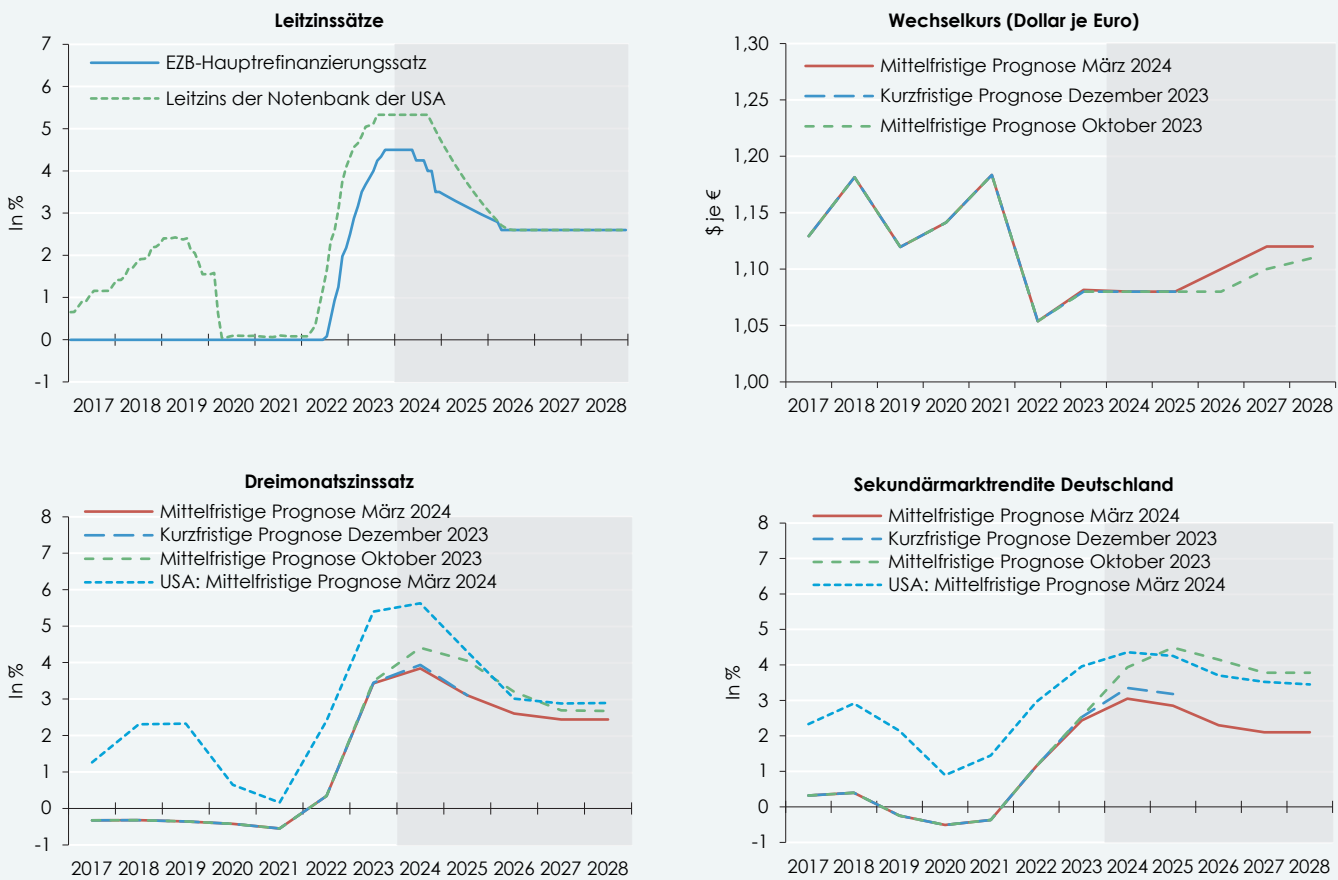
zwar verringern, aber über den gesamten Prognosehorizont bestehen bleiben.

### 1.2 Geldpolitik und Wechselkurse

Hinsichtlich der **Geldpolitik** in den **USA** und im **Euro-Raum** erwartet das WIFO ab Mitte 2024 wieder einen Rückgang der Zinssätze (Abbildung 2). Im Euro-Raum sinkt der Dreimonatszinssatz annahmegemäß von 3,8%

(2024) auf 2½% (2028). Die Sekundärmarktrendite auf 10-jährige deutsche Bundesanleihen geht von 3% auf 2% zurück. Der **Wechselkurs** des **Dollar** gegenüber dem **Euro** bleibt auf Basis der beschriebenen Wachstums- und Zinsentwicklung in den USA und im Euro-Raum nahezu konstant (2024: 1,08 \$, 2028: 1,12 \$ je Euro).

Abbildung 2: Monetäre Rahmenbedingungen



Q: Europäische Zentralbank, Federal Reserve Bank, Oxford Economics, WIFO-Berechnungen.

### 1.3 Annahmen zur internationalen Konjunktur

In den **fünf für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Ländern bzw. Ländergruppen** wuchs das reale BIP 2022 um 3,3% (Ø 2010/2019 +2,1% p. a.). Belastet von den Energiepreisschocks, der Wende in der Geldpolitik und der inflationsbedingt schwächeren Kaufkraft der privaten Haushalte trübte sich die Konjunktur in Europa ab Mitte 2022 ein. Mit dem unterstellten Rückgang der Energiepreise und der Verbesserung der Finanzierungsbedingungen sollte verzögert

auch das Wachstum der fünf wichtigsten Exportmärkte wieder etwas anziehen. Bis 2025 erreicht es 2% p. a., um sich in den Folgejahren an den Trendoutput anzunähern<sup>5)</sup>.

Für den **Euro-Raum** erwartet das WIFO 2024 ein Wirtschaftswachstum von 0,7%, das 2025 auf 1,7% zunimmt und sich bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf das Trendwachstum von 1¼% abschwächt. In den **MOEL 5** dürfte das BIP 2024 um 2¼% und 2025 um gut 3% wachsen. In den Folgejahren wird sich der Zuwachs auf etwas über 2% p. a. verlangsamen (Abbildung 3).

<sup>5)</sup> Für die Jahre 2024/25 wurden die Annahmen zur Entwicklung der internationalen Wirtschaft von Scheiblecker & Ederer (2024) übernommen. Für die Periode 2026 bis 2028 basieren sie auf einer durch das

WIFO angepassten Variante der Weltprognose von Oxford Economic Forecasting (Global Economic Forecast, Basisszenario) vom 21. Februar 2024.



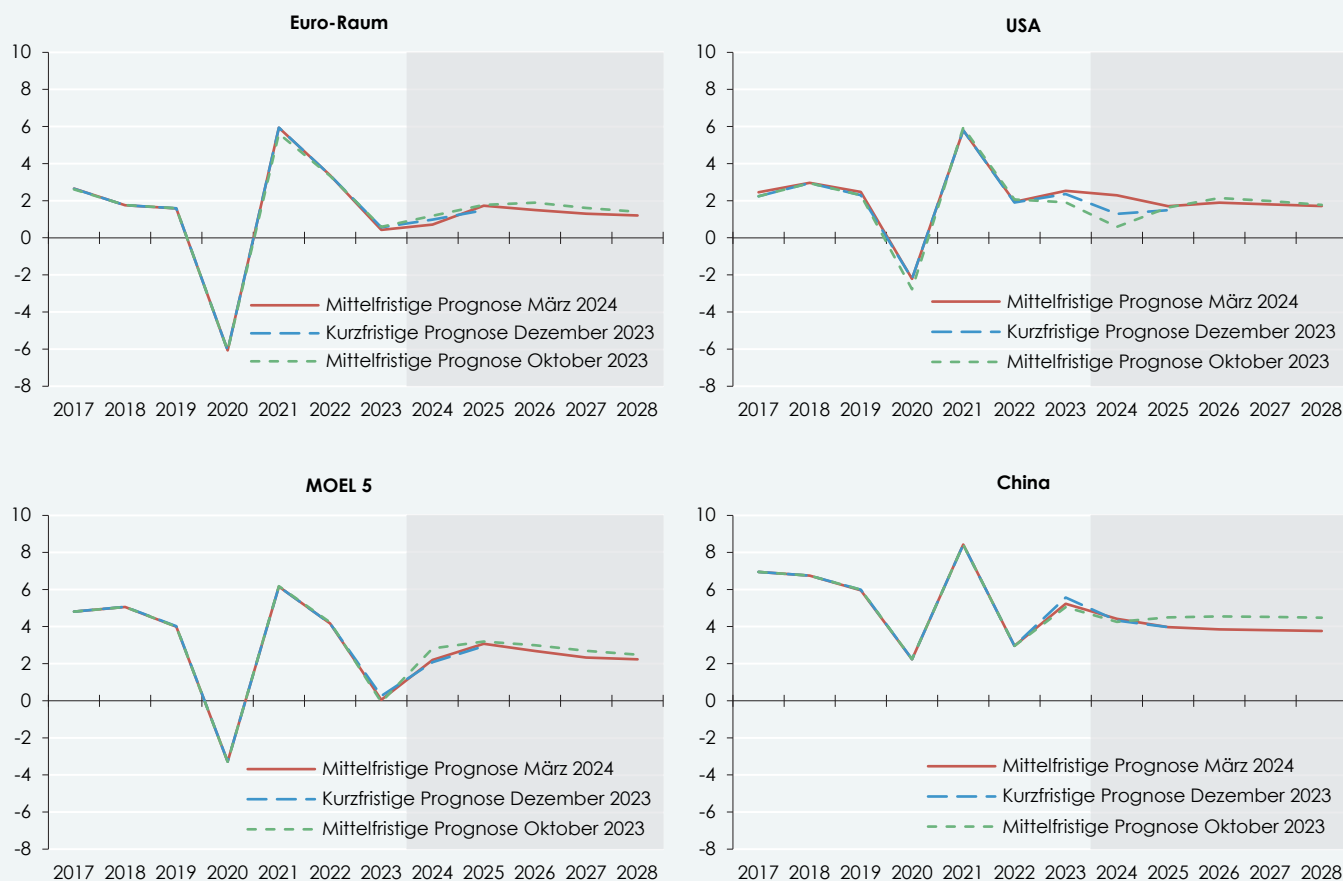
## Übersicht 1: Internationale Konjunktur

	Ø 2010/ 2019	Ø 2019/ 2023	Ø 2024/ 2028	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Euro-Raum	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,3	+ 3,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2	
MOEL 5 <sup>1)</sup>	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,5	+ 4,2	+ 0,0	+ 2,2	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,2	
USA	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7	
Schweiz	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4	
China	+ 7,7	+ 4,9	+ 4,0	+ 3,0	+ 5,2	+ 4,4	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,8	
Insgesamt, exportgewichtet <sup>2)</sup>	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 3,3	+ 0,8	+ 1,3	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,5	
<b>Annahmen zur Prognose</b>											
Erdölpreis, Brent	\$ je Barrel	80	72	74	99	82	80	75	73	71	70
Erdgaspreis, Dutch TTF	€ je MWh	.	46	27	121	41	27	29	28	27	26
Strompreis Österreich											
Base	€ je MWh	.	109	70	262	102	69	78	71	66	65
Peak	€ je MWh	.	115	78	276	104	74	86	80	76	76
Wechselkurs	\$ je €	1,23	1,12	1,10	1,05	1,08	1,08	1,08	1,10	1,12	1,12
Internationale Zinssätze											
Dreimonatszinssatz	in %	0,2	0,5	2,9	0,3	3,4	3,8	3,1	2,6	2,4	2,4
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,1	0,5	2,5	1,1	2,4	3,1	2,9	2,3	2,1	2,1

Q: WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – <sup>2)</sup> Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

Abbildung 3: **Angenommene Wirtschaftsentwicklung in vier wichtigen Handelspartnerregionen**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen, Oxford Economics. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

In den für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Partnerländern beschleunigt sich das Wirtschaftswachstum von 0,8% (2023) auf 2% (2025). Danach schwächt es sich leicht ab.

Das Wachstum des privaten Konsums profitiert nach einer Schwächephase (2023  $-1/4\%$ ) von der Verbesserung der Konjunktur und zieht bis 2025 auf 2% an. Bis 2028 schwächt es sich auf  $1\frac{1}{2}\%$  ab.

Chinas Wirtschaft nahm 2023 nach dem Ende der COVID-19-bedingten Lockdowns wieder Fahrt auf (+5,2%). Bis 2028 wird ein jährlicher BIP-Zuwachs von 4% erwartet. Die Wirtschaft der USA hängt kaum von russischer Energie ab, weshalb die Abwärtsrevisionen durch den Ukraine-Krieg schwächer ausfielen. Zudem profitieren die USA weiterhin von der Verlagerung der europäischen Energienachfrage (Flüssiggas – LNG) und energieintensiver Produktionsprozesse nach Übersee. Konjunkturbelebend wirken die noch immer starken fiskalpolitischen Impulse (Anti-Inflation Act, Creating Helpful Incentives to Produce Semiconductors – CHIPS and Science Act), die insbesondere die Investi-

tionstätigkeit stützen. Vor diesem Hintergrund wird die Wirtschaft der USA im Zeitraum 2024/2028 um durchschnittlich 1,9% p. a. wachsen.

Rund vier Fünftel der österreichischen Exporte gehen in die EU, die USA und nach China. Gewichtet mit den heimischen Exportanteilen (Marktwachstum) nimmt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in dieser Ländergruppe 2024 um  $1\frac{1}{4}\%$  zu. Bis 2025 beschleunigt sich das Marktwachstum auf rund 2% und schwächt sich in den Folgejahren leicht ab.

## 2. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich

### 2.1 Gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Aufbauend auf der kurzfristigen Konjunkturprognose für 2024 und 2025 (Scheiblecker & Ederer, 2024, in diesem Heft) und auf Basis der Annahmen zur internationalen Entwicklung (Kapitel 1) sowie zur Fiskalpolitik in Österreich (Kapitel 2.5) für die Jahre 2026 bis 2028 wird die wirtschaftliche Entwicklung bis 2028 prognostiziert. Es handelt sich um eine modellgestützte Expert:innenprognose unter Einsatz des WIFO-Macromod (Baumgartner et al., 2005). Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Österreich folgt das WIFO in seinen Prognosen einer semi-restriktiven "No-Policy-Change"-Annahme<sup>6)</sup>.

Die **Nettoreallöhne** pro Kopf steigen **2024** um 4,4%. Getragen wird der Anstieg zum einen durch kräftige Lohnerhöhungen und zum anderen durch fiskalische Maßnahmen (Ausgleich der kalten Progression, Senkung der 3. Tarifstufe der Einkommensteuersätze im Rahmen der ökosozialen Steuerreform 2022/2024). Die Entwicklung der Nettolöhne, die Maßnahmen zur Abfederung der Teuerung für private Haushalte mit niedrigem Einkommen (Indexierung von Sozialleistungen, Heiz- und Wohnkostenzuschüsse) und die Inflationsentwicklung bestimmen den Verlauf des **real verfügbaren Haushaltseinkommens**. Es steigt **2024** um **2,6%** und in den **Folgejahren** um **durchschnittlich  $1\frac{1}{2}\%$  p. a.** (2025/2028). Die etwas stärkere Ausweitung des **privaten Konsums** (2025/2028  $+1\frac{3}{4}\%$  p. a.) ergibt sich aus dem Rückgang der Sparquote von  $9\frac{3}{4}\%$  2024 auf  $8\frac{1}{2}\%$  2028<sup>7)</sup>.

Die **Warenexporte** entwickeln sich üblicherweise im Einklang mit der internationalen Konjunktur. Für 2024 erwartet das WIFO für die wichtigsten Zielregionen ein Marktwachstum von  $1\frac{1}{4}\%$ . Die Exporte (i. w. S.) liegen 2024 lediglich um  $1\frac{1}{4}\%$  zu (Übersicht 3), wobei die Reiseverkehrsexporte stützend wirken (+2%). Die Erholung der Weltwirtschaft wird auch den (Waren-)Export beleben: 2024/2028 wachsen die Exporte (i. w. S.) um  $2\frac{1}{4}\%$  p. a. (real). Die Entwicklung der **Importe i. w. S.** hängt von der Inlandskonjunktur, den Exporten sowie der Nachfrage nach Investitions- und dauerhaften Konsumgütern ab. In den Jahren 2024 bis 2028 beträgt das Importwachstum voraussichtlich  $2\frac{1}{2}\%$  p. a. Der Überschuss im Außenbeitrag verringert sich dadurch von knapp 3% (2024) auf  $2\frac{1}{2}\%$  des nominellen BIP (2028).

Die **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstiger Anlageinvestitionen) dürften 2024 um  $\frac{1}{4}\%$  schrumpfen, da die Produktion von Industriegütern in der ersten Jahreshälfte stagniert. 2025 werden sie aufgrund der internationalen Konjunkturerholung, des Rückgangs der Zinssätze sowie des Körperschaftsteuersatzes und begünstigt durch den (Öko-)Investitionsfreibetrag wieder um  $2\frac{3}{4}\%$  wachsen. Der Umstieg auf eine CO<sub>2</sub>-ärmere Produktionsweise erfordert zwar verstärkte Investitionen in die Energiewende, wegen der hohen geopolitischen Unsicherheit und des Anstiegs der Lohnstückkosten (siehe Kapitel 2.4) dürfte jedoch insbesondere die Industrie zurückhaltend investieren, da das schwierige Umfeld in Europa (Energiepreise, Lohnkosten) die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt.

<sup>6)</sup> Im Allgemeinen werden nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen berücksichtigt. Unter bestimmten Umständen wird von dieser Regel abgewichen (daher semi-restriktiv): Erstens dann, wenn der Verhandlungs- oder Gesetzwerdungsprozess bereits weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse, wenn für deren Umsetzung eine stabile Mehrheit im Parlament sehr wahrscheinlich erscheint), und zweitens dann, wenn zur betreffenden Regelung sowohl ein klarer Zeitplan und auch hinreichend detaillierte

Informationen vorliegen, die eine quantitative Einschätzung ermöglichen.

<sup>7)</sup> In der Zwischenkrisenperiode 2010/2019 lag die durchschnittliche Sparquote bei 7%. In diesen Zeitraum fiel auch die Euro-Schuldenkrise mit einer Zunahme der Zinsdifferenzen in den südlichen Euro-Ländern, auf die die EZB mit einer deutlichen Ausweitung des "Quantitative Easing" (direkte Offenmarktkäufe von hauptsächlich langfristigen staatlichen Wertpapieren durch das Europäische System der Zentralbanken – ESZB) reagierte.

## Übersicht 2: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2010/ 2019	Ø 2019/ 2023	Ø 2024/ 2028	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028
Veränderung in % p. a.										
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>										
Real	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,2	+ 4,8	- 0,8	+ 0,2	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1
Nominell	+ 3,3	+ 4,4	+ 3,8	+ 10,4	+ 6,7	+ 4,6	+ 4,4	+ 3,9	+ 3,3	+ 2,9
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 4,4	+ 2,6	+ 8,6	+ 7,8	+ 3,8	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,0
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 3,8	+ 2,6	+ 5,3	+ 7,6	+ 4,4	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,7
Lohn- und Gehaltssumme <sup>1)</sup>	+ 3,5	+ 5,2	+ 4,7	+ 7,9	+ 9,1	+ 8,2	+ 5,2	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,0
Pro Kopf, real <sup>2)</sup>	+ 0,2	- 0,3	+ 1,2	- 3,6	- 0,0	+ 3,9	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2
Unselbständig Beschäftigte laut VGR <sup>3)</sup>	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,8	+ 3,1	+ 1,2	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8
Unselbständig aktiv Beschäftigte <sup>4)</sup>	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,8	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,8
In %										
<b>Arbeitslosenquote</b>										
In % der Erwerbspersonen <sup>5)</sup>	5,6	5,4	5,2	4,8	5,1	5,5	5,4	5,2	5,1	5,0
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,6	6,2	6,3	6,4	6,7	6,5	6,2	5,9	5,7
In % des BIP										
<b>Außenbeitrag</b>										
	3,3	2,3	2,7	0,5	2,8	2,9	2,9	2,8	2,6	2,4
<b>Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition</b>										
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 1,6	- 3,8	- 2,9	- 3,5	- 2,4	- 2,9	- 2,7	- 2,7	- 2,9	- 3,0
Methode der Europäischen Kommission <sup>6)</sup>	- 1,6	- 3,4	- 2,7	- 4,4	- 2,1	- 2,2	- 2,6	- 2,6	- 2,8	- 3,0
WIFO-Methode <sup>7)</sup>	- 1,7	- 3,5	- 2,6	- 4,4	- 2,0	- 2,1	- 2,4	- 2,6	- 2,8	- 3,0
<b>Struktureller Budgetsaldo</b>										
Methode der Europäischen Kommission <sup>6)</sup>	- 1,3	- 3,4	- 2,7	- 4,4	- 2,1	- 2,2	- 2,6	- 2,6	- 2,8	- 3,0
WIFO-Methode <sup>7)</sup>	- 1,4	- 3,5	- 2,6	- 4,4	- 2,0	- 2,1	- 2,4	- 2,6	- 2,8	- 3,0
<b>Staatsschuld</b>										
	80,3	78,2	77,1	78,4	76,4	76,5	76,7	76,8	77,2	78,1
In % des verfügbaren Einkommens										
<b>Sparquote der privaten Haushalte</b>										
	7,8	10,0	9,2	9,2	8,6	9,8	9,4	9,2	9,0	8,6
Veränderung in % p. a.										
<b>Trendoutput, real</b>										
Methode der Europäischen Kommission <sup>6)</sup>	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0
WIFO-Methode <sup>7)</sup>	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
In % des Trendoutputs										
<b>Outputlücke, real</b>										
Methode der Europäischen Kommission <sup>6)</sup>	- 0,0	- 0,8	- 0,4	+ 1,6	- 0,5	- 1,2	- 0,3	- 0,2	- 0,1	± 0,0
WIFO-Methode <sup>7)</sup>	+ 0,1	- 0,5	- 0,4	+ 1,4	- 0,6	- 1,4	- 0,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – <sup>2)</sup> Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – <sup>3)</sup> Beschäftigungsverhältnisse. – <sup>4)</sup> Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – <sup>5)</sup> Laut Eurostat (Labour Force Survey). – <sup>6)</sup> WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2024, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2023. – <sup>7)</sup> WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2024 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Die Abschwächung der Baukonjunktur hält auch 2024 noch an (**Bauinvestitionen** –4%). Sie betrifft vor allem den Wohnbau: wegen der hohen Inflation schrumpften 2023 die real verfügbaren Haushaltseinkommen, während die verschärften Kreditvergaberegeln – die Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung (KIM-VO) ist noch bis Mitte 2025 in Kraft – und die gestiegenen Kreditzinssätze die Finanzierung von Wohnraum über den gesamten Prognosehorizont deutlich erschweren. Beides dämpft die Wohnbaunachfrage (Baum-

gartner et al., 2023a). Ab 2025 erwartet das WIFO wegen der allgemeinen Konjunkturbelastung und aufgrund von Nachholeffekten eine leichte Erholung der Bauinvestitionen (Ø 2026/2028 +1¼% p. a.). Auch die von der Bundesregierung beschlossene Wohnbauninitiative sollte ab 2025 zunehmend stimulierend wirken. Im privaten Bereich sind die Investitionen in die Energiewende zu einem beträchtlichen Teil (Tief-)Bauinvestitionen. Dies dürfte ebenso die Baunachfrage stabilisieren.

**Auf die Rezession im Jahr 2023 (BIP real -0,8%) folgen 2024 eine Stagnation (+1/4%) und 2025 eine verhaltene Erholung (+1 3/4%). Bis 2028 lässt das Wirtschaftswachstum im Einklang mit der internationalen Entwicklung auf 1% nach.**

Auf Grundlage der dargestellten Entwicklung der Nachfragekomponenten wird die österreichische Gesamtwirtschaft **2024 stagnieren und 2025 um 1 3/4% wachsen**. In den Folgejahren schwächt sich das **Wirtschaftswachstum** im Einklang mit dem internationalen Konjunkturverlauf ab und beträgt **zum Ende des Prognosezeitraumes rund 1%**. Aufgrund der herausfordernden Wettbewerbssituation in den exportorientierten Sektoren wird die Wirtschaft in **Österreich etwas schwächer wachsen als im Durchschnitt des Euro-Raumes** (-0,1 Prozentpunkt p. a.).

## 2.2 Trendoutput und Outputlücke

Der Trendoutput beschreibt das mittelfristige Produktionspotenzial einer Volkswirtschaft bei stabiler Inflation und Vollbeschäftigung. Die Outputlücke als relative Abweichung des realen BIP vom Trendoutput ist ein Maß für die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung. Das Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität (TFP) entspricht jenem Beitrag zum Trendwachstum, der durch den Einsatz von Arbeit und Kapital nach konjunktureller Bereinigung nicht erklärt werden kann.

### Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2010/ 2019	Ø 2019/ 2023	Ø 2024/ 2028	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028
	Veränderung in % p. a.									
Konsumausgaben										
Private Haushalte <sup>1)</sup>	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,6	+ 5,7	- 0,3	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4
Staat	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,7	+ 0,0	- 0,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,1	- 2,4	- 2,0	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,0
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	+ 3,9	+ 2,0	+ 1,3	+ 2,0	+ 0,7	- 0,3	+ 2,8	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,1
Bauten	+ 1,1	- 1,3	+ 0,2	- 2,0	- 5,9	- 4,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,0
Inländische Verwendung	+ 1,4	+ 0,3	+ 1,3	+ 2,9	- 1,8	+ 0,4	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2
Exporte	+ 4,4	+ 2,4	+ 2,3	+ 11,2	- 0,2	+ 1,2	+ 3,3	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,2
Importe	+ 4,2	+ 2,2	+ 2,6	+ 7,9	- 1,8	+ 1,6	+ 3,5	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,4
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,2	+ 4,8	- 0,8	+ 0,2	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. - <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - <sup>2)</sup> Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Die Europäische Kommission schätzt den Trendoutput mit einem Produktionsfunktionsansatz, der Konjunkturschwankungen auf dem Arbeitsmarkt und die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung berücksichtigt (Havik et al., 2014; Hristov et al., 2017). Die WIFO-Schätzung des Trendoutputs nach der Methode der Europäischen Kommission erfolgt mittels ökonomischer Verfahren auf Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) für 1976/2023 und der kurzfristigen WIFO-Prognose für 2024/25. Sie ergibt für 2024/2028 ein durchschnittliches Trendwachstum von 0,9% p. a. (Übersicht 4). Damit ist es um 0,1 Prozentpunkt geringer als laut mittelfristiger WIFO-Prognose vom Oktober 2023 (Baumgartner et al., 2023b). In ihrer eigenen Prognose vom November 2023 schätzte die Europäische Kommission das Trendwachstum in Österreich auf 1,1% p. a. (Ø 2024/2028; Europäische Kommission, 2023). In beiden Schätzungen ist die Outputlücke seit 2023 negativ, was auf eine Unterauslastung der Gesamtkapazität hinweist. Die aktuelle WIFO-Schätzung unterstellt für 2024 ein nur schwaches Wirtschaftswachstum. Dies führt im Vergleich zur Herbst-Prognose der Europäischen Kommission (-0,5%) zu einer deutlich größeren negativen Outputlücke von -1,2% des Trendoutputs. Die Erholung im Jahr 2025 verringert die Outputlücke auf -0,3% des Trendoutputs, womit die beiden Schätzungen wieder konvergieren.

Danach schließt sich die Outputlücke gemäß der technischen Annahme der Europäischen Kommission schrittweise.

Das schwächere Wachstum des Trendoutputs laut WIFO-Schätzung geht auf einen geringeren Beitrag des Arbeitsvolumens zurück. Übersicht 4 zerlegt die Entwicklung des Trendoutputs in die Beiträge der TFP, des Arbeitseinsatzes und des Kapitalaufbaus. In der WIFO-Schätzung ist der Beitrag des Arbeitseinsatzes um 0,2 Prozentpunkte niedriger als in der Prognose der Europäischen Kommission, jener der TFP ist um 0,1 Prozentpunkt höher, der Beitrag durch den Kapitalaufbau ist gleich.

Die WIFO-Schätzung gemäß der Methode der Europäischen Kommission unterstellt eine Schließung der Outputlücke bis zum Ende des Prognosezeitraumes (Abbildung 5). In einer alternativen Schätzung ermittelt das WIFO eine Outputlücke, wie sie sich aus der mittelfristigen BIP-Prognose und dem geschätzten Trendoutput endogen ergibt. Darüber hinaus werden in dieser Variante die Erwerbsquote und die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden stärker geglättet, um die Prozyklizität des geschätzten Produktionspotenzials zu verringern (Maidorn, 2018; EU Independent Fiscal Institutions, 2019, 2022). Diese Schätzung **gemäß WIFO-Methode ergibt ein etwas kräftigeres durchschnitt-**

**Das erwartete reale BIP-Wachstum wird erst ab 2025 über dem Trendwachstum (laut WIFO-Methode) von 1,1% pro Jahr liegen. Die Outputlücke (2024 -1,4%) verringert sich bis 2028 auf -0,1%.**

liches Trendwachstum von 1,1% p. a. (2024/2028). Da das prognostizierte BIP-Wachstum ab 2025 über dem Trendwachs-

tum liegt, geht die Outputlücke von -1,0% des Trendoutputs in den Jahren 2024/25 auf -0,1% 2028 zurück.

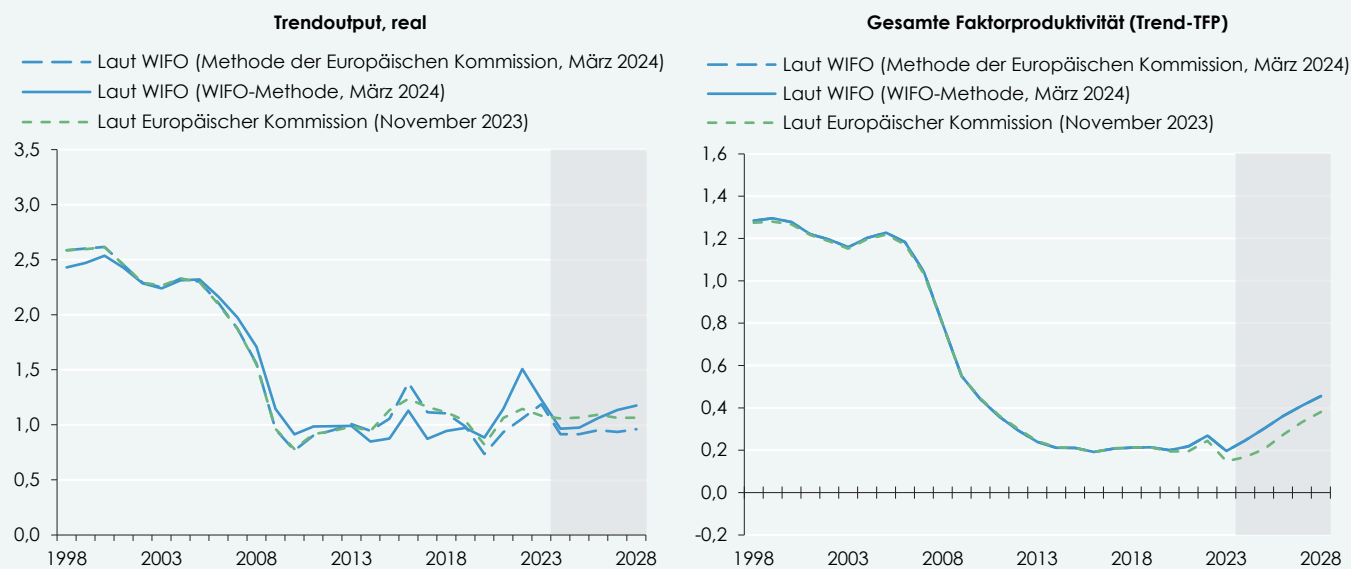
Übersicht 4: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs

		Ø 2010/ 2019	Ø 2019/ 2023	Ø 2024/ 2028	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028
<b>Methode der Europäischen Kommission<sup>1)</sup></b>											
BIP, real (implizit)	Veränderung in % p. a.	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 4,8	- 0,8	+ 0,2	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,0	- 0,8	- 0,4	+ 1,6	- 0,5	- 1,2	- 0,3	- 0,2	- 0,1	± 0,0
<b>WIFO-Methode<sup>2)</sup></b>											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,2	+ 4,8	- 0,8	+ 0,2	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	+ 0,1	- 0,5	- 0,4	+ 1,4	- 0,6	- 1,4	- 0,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1
<b>Schätzung der Europäischen Kommission (Herbst 2023)</b>											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,5	+ 0,6	+ 1,2	+ 4,8	- 0,5	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,1	- 0,9	- 0,2	+ 1,2	- 0,4	- 0,5	- 0,2	- 0,2	- 0,1	± 0,0

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. - <sup>1)</sup> WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2024, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2023. - <sup>2)</sup> WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2024 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Abbildung 4: Entwicklung des realen Trendoutputs und der gesamten Faktorproduktivität (Trend-TFP)

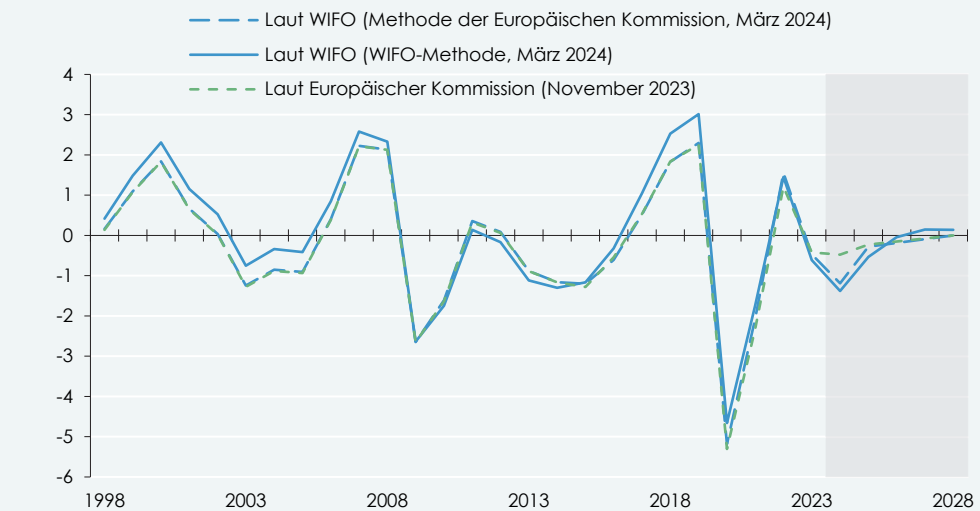
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2024 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2024, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2023.

Abbildung 5: **Outputlücke**

Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2024 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2024, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2023.

**Die Arbeitslosenquote dürfte nach Überwindung der Wachstumschwäche im Jahr 2024 (6<sup>3</sup>/<sub>4</sub>%) aufgrund der Erholung der Konjunktur und des weiterhin knappen Arbeitsangebotes bis 2028 auf 5<sup>3</sup>/<sub>4</sub>% sinken.**

### 2.3 Arbeitsmarkt

Die Nachwirkungen der Rezession erlauben 2024 lediglich einen schwachen Anstieg der unselbständigen aktiven **Beschäftigung** um 0,4%. Im Zuge der Konjunkturerholung verstärkt sich der Zuwachs bis 2025 auf 1% und schwächt sich zum Ende der Prognoseperiode leicht auf 0,8% ab.

Das Arbeitskräfteangebot wird aus demografischen Gründen deutlich verhaltener wachsen (Ø 2024/2028 +½% p. a.) als im Jahrzehnt nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und vor der COVID-19-Krise (Ø 2010/2019 +1,3% p. a.). Da die geburtenstarken Jahrgänge ins Pensionsalter vorrücken und die nachfolgenden Kohorten schwächer besetzt sind, wird der Abfluss aus der Beschäftigung den Zufluss an neuen Arbeitskräften deutlich übersteigen (Horvath et al., 2022b; Horvath et al., 2024). Neben dieser quantitativen Angebotsverknappung wird sich in vielen Branchen auch der qualitative Mismatch verschärfen: Während vornehmlich Beschäftigte mit mittlerer Ausbildung (z. B. Lehrabschluss und betrieblicher Weiterbildung) aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, verfügen die neu eintretenden jungen Arbeitskräfte deutlich öfter über höhere Ausbildungsabschlüsse (AHS, BHS, Fachhochschule, Universität). Insbesondere im Handwerk und im Handel dürfte es damit immer schwieriger werden, geeignetes Personal bzw. Lehrlinge zu finden (Horvath

et al., 2022a). Sollte der seit rund 15 Jahren beobachtete Rückgang der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen anhalten (oder sich verstärken), würde dies das Arbeitsangebot zusätzlich verknappen (Statistik Austria, 2023).

Trotz des Schrumpfens der erwerbsfähigen Bevölkerung ab 2025 wird das **Arbeitskräfteangebot** zwar schwächer, aber weiterhin wachsen (2025 +0,8%, 2028 +0,5% bzw. Ø 2024/2028 +25.500 Personen p. a.). Das WIFO unterstellt neben einer weiteren Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren (u. a. durch die schrittweise Anhebung des Regelpensionsalters der Frauen ab 2024 und ein höheres Qualifikationsniveau Älterer; Horvath et al., 2022b) einen anhaltenden Anstieg des ausländischen Arbeitskräfteangebotes. Letzterer wird u. a. durch Einpendler:innen aus dem angrenzenden Ausland und Vertriebene aus der Ukraine getragen sein, die zunehmend in den österreichischen Arbeitsmarkt integriert werden. Je nach Verlauf des Ukraine-Krieges könnte der Zustrom an Flüchtlingen noch zunehmen bzw. sich die Aufenthaltsdauer in Österreich verlängern. Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung dürfte bis 2028 auf knapp 29% ansteigen (2010: 13,8%). Die **Arbeitslosenquote** (laut nationaler Berechnung) wird nach dem COVID-19-bedingten Anstieg (2020: 9,9%) bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf 5,7% sinken.

## 2.4 Inflation und Löhne

Der Verbraucherpreisauftrieb (gemäß VPI) blieb nach 2022 (8,6%) auch **2023 (7,8%)** außerordentlich kräftig. Der Schwerpunkt der Inflation verschob sich jedoch von den Energiepreisen<sup>8)</sup> zu den in der Kerninflation erfassten Bereichen. Diese Entwicklung hält 2024 an, wobei die arbeitsintensiven Dienstleistungen hauptverantwortlich für den Preisauftrieb sind. Nach **3,8%** im Jahr **2024** wird sich die Inflation bis zum **Ende des Prognosezeitraumes** auf **2%** abschwächen und damit den mittelfristigen Zielwert der EZB erreichen.

Die Börsennotierungen für Rohöl, Erdgas und Strom im europäischen Großhandel haben ab September 2022 deutlich nachgegeben (Kapitel 1.1). Aufgrund dieses Rückgangs und auf Basis der Futures-Notierungen dämpfen die Preise von Haushaltsenergie nach 2023 auch 2024 die Inflation. Die **Strompreisbremse** (laut Stromkostenschutzgesetz), die im Dezember 2022 in Kraft getreten ist, verringerte die Inflationsrate 2023 um knapp 1 Prozentpunkt. Mit ihrem Auslaufen ab Jänner 2025 werden die Strompreise wieder etwas stärker zur Teuerung beitragen.

Der 2022 beobachtete lebhaftere Preisauftrieb bei Vorprodukten, Transport- und Energiekosten wirkte 2023 in Form höherer Konsumgüterpreise nach (Überwälzungseffekt). Die Entspannung in den Lieferketten und der Preisrückgang bei Industrierohstoffen dämpfen 2024 die Inflationsdynamik.

Die kräftige Teuerung im Jahr 2023 spiegelt sich in den Lohnabschlüssen für das Folgejahr: die Bruttonominallöhne pro Kopf dürften 2024 um 7,8% steigen. In arbeitsintensiven Bereichen wie dem **Dienstleistungssektor** (vor allem in der Beherbergung und Gastronomie, und in den Bereichen Reparatur, Service, Instandhaltung) werden die deutlich höheren Arbeitskosten verstärkt auf die Verbraucherpreise überwältigt. In diesen Branchen sind die Gewinnmargen im Allgemeinen niedrig; wegen der praktisch vollständigen Abdeckung durch Kollektivverträge sind zudem alle Anbieter in einer Branche in ähnlichem Ausmaß von Lohnsteigerungen betroffen. Daneben treiben auch Preisindexierungen (bei Mieten, Versicherungen, Mobilfunktarifen und Bankgebühren) die Inflation im Bereich der Dienstleistungen.

In Österreich liegt den Tarifverhandlungen üblicherweise die durchschnittliche Inflationsrate der letzten 12 Monate (rollierende Inflation) zugrunde. Die **Bruttolohnlöhne pro Kopf** werden daher in den kommenden Jahren deutlich steigen. Für 2024 wird ein Reallohnanstieg von 3,9% prognostiziert; kumuliert wird so der Reallohnverlust des Jahres

2022 ausgeglichen. Der zunehmende Fachkräftemangel stärkt die Position der Arbeitnehmerseite in den Lohnverhandlungen. Für die Jahre 2025 (+1½%) bis 2028 (+¼%) erwartet das WIFO eine Verlangsamung des Reallohnzuwachses, da sich der Abstand zwischen der rollierenden Inflation (als Grundlage der Lohnforderungen) und der erwarteten Inflation im Folgejahr verkleinert wird. Im Vergleich zum Zeitraum 2010/2019, der Periode nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 und vor der COVID-19-Krise, wird das durchschnittliche jährliche Reallohnwachstum 2024/2028 dennoch um 1 Prozentpunkt höher sein. Folglich steigen auch die Lohnstückkosten markant, wenngleich in abnehmendem Tempo (2024 +8%; 2025 +3¼%, 2028 +1¼%, Ø 2010/2019 +1,7% p. a., 2023 +9,7%). Die Reallöhne (pro Kopf, 2024/2028 +1,2% p. a.) dürften daher im Prognosezeitraum kräftiger wachsen als die Produktivität (+0,4% p. a.).

## 2.5 Öffentlicher Sektor

Der mittelfristige Budgetpfad wird einerseits durch das **Auslaufen temporärer Unterstützungsmaßnahmen** für private Haushalte und Unternehmen beeinflusst, die der Bund und die Bundesländer zur Abfederung der hohen Inflation und der steigenden Energiepreise verabschiedet hatten. Andererseits wird in den kommenden Jahren auch der einnahmenseitige Effekt des Inflationschocks abnehmen (vor allem bei lohnabhängigen Einnahmen, der Einkommen- und Umsatzsteuer). Der Ausgleich der kalten Progression, die in der Vergangenheit stets zu einer Art automatischer Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geführt hatte, dämpft ebenfalls die Einnahmendynamik, während die Belastungen durch hohe inflationsbedingte Ausgabensteigerungen für Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor, Pensionen, inflationsangepasste Sozialleistungen und den Zinsdienst über den Prognosehorizont bestehen bleiben. Hinzu kommen Verpflichtungen der Länder und Gemeinden aus dem neuen Finanzausgleich, um vereinbarte Ziele in den Bereichen Umwelt, Wohnen und Elementarbildung zu erreichen und den wachsenden Herausforderungen im Gesundheits- und Pflegebereich gerecht zu werden (vgl. Bittschi et al., 2024). Schließlich reduziert das gedämpfte Wachstum des nominellen privaten Konsums in den Jahren 2024 und 2025 erheblich die Dynamik der Mehrwertsteuereinnahmen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts einer nur langsam anziehenden Konjunktur dürfte der mittelfristige budgetäre Spielraum gering ausfallen. Der **Finanzierungssaldo** (nach Maastricht-Definition) wird sich 2024 voraussichtlich auf **-2,9% des BIP** verschlechtern und damit knapp an der Defizitgrenze

Wegen der hohen Inflation im Vorjahr steigen die **Bruttolohnlöhne pro Kopf 2024 um 3,9%**. Für die Folgejahre erwartet das WIFO einen Reallohnzuwachs von **durchschnittlich 0,6% p. a.** (Ø 2010/2019 +0,2% p. a.).

Das gesamtstaatliche Defizit liegt im Prognosezeitraum bei **durchschnittlich 2,9% des BIP**.

<sup>8)</sup> 2022 trug der Bereich Energie 2,8 Prozentpunkte zur Inflationsrate (laut VPI) bei. Sein Anteil an der Gesamt-

inflation lag damit bei 33% – bei einem Gewicht im Warenkorb von lediglich 7,2%.

von 3% liegen. Für die Jahre 2025 und 2026 erwartet das WIFO nur eine geringfügige Verbesserung des Budgetsaldos auf jeweils  $-2\frac{3}{4}\%$  des BIP. Zum Ende des Prognosezeitraumes wird eine erneute Verschlechterung auf  $-3,0\%$  des BIP prognostiziert. Neben den bereits erwähnten Faktoren tragen hierzu auf Bundesebene hohe Investitionsanforderungen im Verteidigungshaushalt und im Bereich des Klimaschutzes bei. Obwohl die Sekundärmarktrendite auf österreichische Bundesanleihen ab 2026 sinken dürfte, wird die Zinsausgabenquote bis 2028 voraussichtlich 1,8% des BIP erreichen und sich damit gegenüber 2022 verdoppeln.

Das Wohnbaupaket mit einem Gesamtvolumen von über 2 Mrd. € im Zeitraum 2024 bis 2026 wird voraussichtlich erst ab 2025 stärker budgetwirksam. Es trägt aufgrund der ebenfalls verzögerten gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen nicht zur Verbesserung des Staatshaushaltes bei. Die Länder und Gemeinden werden dem hohen Ausgabenruck durch soziodemografische und klimapolitische Veränderungen nicht durch eine

### 3. Prognoserisiken

Die vorliegende Prognose ist mit zahlreichen Abwärtsrisiken konfrontiert. Erneute Lieferengpässe und starke Preisanstiege bei Energie, Getreide und Rohstoffen würden die Wirtschaftsentwicklung deutlich belasten. Dies gilt auch für das Auftreten neuer (gefährlicherer) Varianten des SARS-CoV-2-Virus.

Die größten Abwärtsrisiken bergen weiterhin der **Nahost-Konflikt** und der **Ukraine-Krieg**. Eine Ausweitung des Nahost-Konfliktes auf die gesamte Region hätte über Lieferengpässe und höhere Transportkosten sowie eine deutliche Verteuerung von Rohöl negative Folgen für die Weltwirtschaft. Eine weitere Eskalation des Ukraine-Krieges könnte u. a. stärkere Fluchtbewegungen, Liefereinschränkungen bei Erdgas und eine Ausweitung der EU-Sanktionen auf russische Rohstoffe zur Folge haben. Im Falle eines Erdgaslieferstopps bzw. eines Embargos könnte neben der Slowakei und Ungarn auch Österreich in eine Mangellage schlittern, da der Anteil russischen Gases hierzulande nach wie vor sehr hoch ist. In einem Binnenland wie Österreich, das auf die Lieferung über Pipelines angewiesen ist, lassen sich entfallene Liefermengen schwieriger aus alternativen Quellen ersetzen als in anderen EU-Ländern. Auch eine Kompensation durch andere Energieträger ist hierzulande schwieriger, da weder Kohle- noch Atomkraftwerke zur Verfügung stehen, um den in Gaskraftwerken erzeugten Strom zu ersetzen. Ein Ausfall der Gaslieferungen aus Russland würde die heimische Industrie und die Stromer-

Steigerung der eigenen Einnahmen oder Einsparungen entgegenwirken können, sodass auch auf Ebene der subnationalen Gebietskörperschaften höhere Defizite erwartet werden.

Das durchschnittliche gesamtstaatliche Ausgabenwachstum wird in den Jahren 2024 bis 2028 bei 4,1% p. a. liegen, während die Einnahmen lediglich um 3,9% p. a. steigen dürften. Damit wird die Staatsausgabenquote bei 52% des BIP verbleiben. Die Einnahmenquote liegt bis 2028 stabil bei 49,2% des BIP.

Bei dauerhaften Primärdefiziten der öffentlichen Haushalte werden auch die **Staats-schulden** zunehmen, sodass am Ende des Prognosezeitraumes ein Bruttoschuldenstand von etwa 450 Mrd. € erreicht sein wird. Die Staatsschuldenquote dürfte 2028 78% des BIP betragen und somit erheblich über den Vorgaben des revidierten Europäischen Fiskalrahmens liegen, was die Einleitung eines "Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit" mit sich brächte.

zeugung daher stark belasten. Gleichzeitig würde die Inflation höher ausfallen als in der Prognose unterstellt.

Derzeit sind die Inflationserwartungen im Euro-Raum noch nahe des EZB-Inflationsziels von 2% verankert. Eine anhaltend hohe Teuerung und ein Vertrauensverlust in die EZB bergen mittelfristig jedoch die Gefahr einer sich selbst verstärkenden Profit- bzw. Lohn-Preis-Spirale. Dies würde eine **straffere Geldpolitik der EZB** nach sich ziehen, was zinsabhängige Nachfragekomponenten zusätzlich dämpfen, eine Kreditklemme ("credit crunch") erzeugen und die Konjunkturaussichten trüben würde.

Eine Ausweitung protektionistischer Maßnahmen in den bilateralen **Handelskonflikten** zwischen den USA, China und der EU hätte wegen der Verzahnung der Wertschöpfungsketten negative Folgen für die gesamte Weltwirtschaft. Andererseits könnte sie auch eine Rückverlagerung der Produktion nach Europa (Österreich) auslösen, die die Resilienz der europäischen Wirtschaft stärken und die Krisenanfälligkeit verringern würde.

**China** ringt weiterhin mit einer hohen Überschuldung von Unternehmen der Immobilienbranche und der Bauwirtschaft<sup>?)</sup>. Dies birgt nicht nur Risiken für die chinesische Konjunktur, sondern durch internationale Verflechtungen auch für die globalen Finanzmärkte.

<sup>?)</sup> Zusammen machen diese beiden Sektoren etwa ein Viertel des chinesischen BIP aus.

Der Ukraine-Krieg und der Nahost-Konflikt bergen weiterhin die bedeutendsten Abwärtsrisiken.



Eine **Okkupation Taiwans durch China** hätte neben geostrategischen und sicherheitspolitischen auch drastische wirtschaftliche Folgen, vor allem für die Industrieländer. Taiwan ist der Hauptproduzent von Highend-Computer-Chips. Daneben würde auch der Handel mit China deutlich schrumpfen. Die Versorgung der Industrieländer mit Rohstoffen und Vorprodukten wäre stark eingeschränkt, worunter insbesondere die globale Industrieproduktion litte.

Ein **Eintreten der erwähnten Abwärtsrisiken** würde dazu führen, dass sich die **österreichischen Ausfuhren schwächer entwickeln** als

in der Prognose unterstellt. Das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und die Einkommensentwicklung wären in diesem Fall schwächer und das Abgabenaufkommen geringer, während die Staatsausgaben tendenziell höher ausfallen würden als angenommen.

Aufgrund der "No-Policy-Change"-Annahme wurden in der vorliegenden Prognose keine Hypothesen zu zusätzlichen Maßnahmen oder Reformen formuliert, etwa in den Bereichen Pflege, Pensionen, Bildung, Finanzausgleich oder Klimaschutz.

## 4. Literaturhinweise

- Austria Energieagentur – AEA (2022). *Strategische Handlungsoptionen für eine österreichische Gasversorgung ohne Importe aus Russland*. [https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:13567ab2-19e1-4a76-9794-b8fd3c9533c2/Unabhaengigkeit-von-Gas-aus-Russland\\_Analyse\\_AEA\\_26-04-2022\\_final.pdf](https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:13567ab2-19e1-4a76-9794-b8fd3c9533c2/Unabhaengigkeit-von-Gas-aus-Russland_Analyse_AEA_26-04-2022_final.pdf).
- Baumgartner, J., Breuss, F., & Kaniowski, S. (2005). WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy. In OeNB (Hrsg.), *Macroeconomic Models and Forecasts for Austria. Proceedings of OeNB Workshops* (61-86). (5).
- Baumgartner, J., Bierbaumer, J., & Bilek-Steindl, S. (2023a). Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen". *WIFO-Monatsberichte*, 96(1), 45-62. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/70616>.
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., & Pitlik, H. (2023b). Österreichs Wirtschaft wächst mittelfristig nur verhalten. Mittelfristige Prognose 2024 bis 2028. *WIFO-Monatsberichte*, 96(10), 667-683. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71162>.
- Bitschi, B., Famira-Mühlberger, U., Kletzan-Slamanig, D., Klien, M., Pitlik, H., & Schratzenstaller, M. (2024). *Finanzausgleich 2024 bis 2028. Erste Schritte zu einer Wirkungsorientierung*. *WIFO-Monatsberichte*, 97(2), 29-41. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71402>.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2019). *A practitioner's guide to potential output and the output gap*.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2022). *Testing output gaps: An Independent Fiscal Institutions' guide*.
- Europäische Kommission (2023). *European Economic Forecast. Autumn 2023. European Economy, Institutional Papers*, (258).
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., & Vandermeulen, V. (2014). The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. *European Economy, Economic Papers*, (535).
- Horvath, T., Huber, P., Huemer, U., Mahringer, H., Piribauer, P., Sommer, M., & Weingärtner, S. (2022a). *Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer. Berufliche und sektorale Veränderungen 2021 bis 2028*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70720>.
- Horvath, T., Hyll, W., Mahringer, H., Lutz, H., & Spielauer, M. (2022b). *Ältere am Arbeitsmarkt: Eine Vorausschau bis 2040 als Grundlage für wirtschaftspolitische Maßnahmen*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69701>.
- Horvath, T., Spielauer, M., & Warum, P. (2024). Life Course Heterogeneity and the Future Labour Force – a Dynamic Microsimulation Analysis for Austria. *WIFO Working Papers*, (674). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71484>.
- Hristov, A., Planas, C., Röger, W., & Rossi, A. (2017). NAWRU estimation using structural labour market indicators. *European Economy, Discussion Papers*, (69).
- Maidom, S. (2018). Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations? *Empirica*, 45(1), 59-82.
- Scheiblecker, M., & Ederer, S. (2024). Gegenwind hält Österreichs Wirtschaft 2024 nahe an der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025. *WIFO-Monatsberichte*, 97(4), 183-197. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71545>.
- Statistik Austria (2023). *Arbeitszeit und Arbeitsvolumen. Zeitreihen von 2004 bis 2022*. [https://www.statistik.at/fileadmin/pages/264/13\\_Arbeitszeit\\_Arbeitsvolumen\\_Zeitreihen\\_bis2022.ods](https://www.statistik.at/fileadmin/pages/264/13_Arbeitszeit_Arbeitsvolumen_Zeitreihen_bis2022.ods).
- Zachmann, G., McWilliams, B., Keliuskaitė, U., & Sgaravatti, G. (2024). *European natural gas imports, Breugel Data Set*. <https://www.bruegel.org/sites/default/files/2024-04/Gas%20Tracker%201704.zip> (abgerufen am 22. 4. 2024).

# Konjunkturreport Einzelhandel

Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl



**WIFO** ■  
In Auftrag gegeben von:  
**HANDELS  
VERBAND**

## Konjunkturreport Einzelhandel

**Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl**  
Wissenschaftliche Assistenz: Martina Einsiedl

April 2024  
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Der Konjunkturreport Einzelhandel stellt einmal pro Quartal wesentliche Konjunkturinformationen für den Einzelhandel bzw. Handel insgesamt zusammen. Eine laufende Konjunkturbeobachtung und -berichterstattung ist von hoher Relevanz, um den Handelsbetrieben sowie der interessierten Öffentlichkeit aktuelle Daten und Analysen liefern zu können. Der aktuelle Bericht zeigt, dass die gesamtwirtschaftliche Lage zu Jahresbeginn anhaltend gedämpft verlief und sich die Stimmungsindikatoren der Einzelhandelsunternehmen zuletzt weiter verbesserten. Dies gilt sowohl für die aktuellen Lagebeurteilungen als auch die unternehmerischen Erwartungen. Der Geschäftsgang im Einzelhandel blieb im Jänner und Februar jedoch noch verhalten, wobei sich die Dynamik zuletzt nicht weiter verschlechterte. Im Zuge des Anstiegs des real verfügbaren Haushaltseinkommens wird wieder mit einer stärkeren Konsumnachfrage der privaten Haushalte gerechnet, was auch positiv im Einzelhandel wirken sollte.

Im Auftrag des Handelsverbandes Österreich • April 2024 • 22 Seiten • Kostenloser Download:  
<https://www.wifo.ac.at/publication/256994/>

# Internationale Konjunkturabschwächung trifft Österreich hart

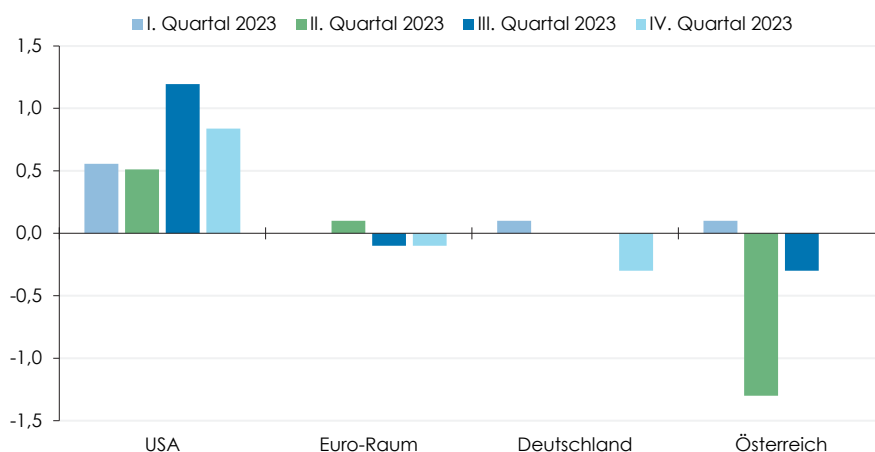
## Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2023

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

- Neben der abklingenden Energiekrise prägten weiterhin geopolitische Verwerfungen das Umfeld der weltweiten Wirtschaftstätigkeit.
- Während die Wirtschaft der USA robust expandierte, blieb die Konjunktur im Euro-Raum schwach. Vor allem die Industrie- und Baukonjunktur verlief schleppend.
- Die österreichische Wirtschaft durchlebte eine Rezession; besonders deutlich schrumpfte das BIP im II. Quartal 2023. Insgesamt sank die Wirtschaftsleistung 2023 um 0,8%.
- Die Inflation schwächte sich zwar ab, blieb mit 7,8% jedoch deutlich höher als im Euro-Raum. Die Teuerung belastete die Kaufkraft der privaten Haushalte, wodurch die reale Konsumnachfrage zurückging.
- Die Bruttorealeinkommen stagnierten im Jahr 2023, netto dürften sie aufgrund der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen um 0,8% gestiegen sein.

### Wirtschaftswachstum 2023 im internationalen Vergleich

BIP real, saisonbereinigt, Veränderung gegen das Vorquartal in %



**"Während die Wirtschaft der USA im Jahresverlauf 2023 kräftig wuchs, schrumpfte das BIP im Euro-Raum zeitweise. In Österreich und Deutschland durchliefen Industrie und Bauwirtschaft eine Rezession."**

In den USA verlief die Konjunktur 2023 robust; im Euro-Raum war sie dagegen deutlich schwächer und das BIP ging in der zweiten Jahreshälfte leicht zurück. In Österreich schrumpfte die Wirtschaftsleistung im II. und III. Quartal, in Deutschland im IV. Quartal (Q: U.S. Bureau of Economic Analysis (BEA), Eurostat, Macrobond).

# Internationale Konjunkturabschwächung trifft Österreich hart

## Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2023

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

### Internationale Konjunkturabschwächung trifft Österreich hart. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2023

Neben der abklingenden Energiekrise prägten 2023 weiterhin geopolitische Verwerfungen die Entwicklung der Weltwirtschaft. Regional verlief die Konjunktur heterogen. Unter den Industrieländern verzeichneten die USA ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Die westeuropäischen Volkswirtschaften entwickelten sich hingegen schwach, einige erlebten sogar eine Rezession. Dies gilt auch für Österreich, im produzierenden Bereich und einigen Dienstleistungssektoren ging die Wertschöpfung zurück. Die Teuerung belastete die Kaufkraft der privaten Haushalte, sodass auch die Konsumnachfrage rückläufig war. Durch den Anstieg der Verbraucherpreise stagnierten die realen Bruttolöhne und -gehälter, während die Nettolöhne und -gehälter pro Kopf aufgrund der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen leicht gestiegen sein dürften. Der Preisauftrieb blieb mit 7,8% das zweite Jahr in Folge sehr lebhaft.

**JEL-Codes:** E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Der vorliegende Beitrag analysiert in einem Rückblick das Wirtschaftsgeschehen in Österreich und weltweit mit Fokus auf die heimische Lohn-, Konsum- und Preisentwicklung. Eine Detailanalyse zu den Bereichen Geld- und Finanzmärkte findet sich bei Pekanov (2024, in diesem Heft). Berichte zur Entwicklung von Industrie, Außenhandel und Arbeitsmarkt folgen im Heft 5/2024 der WIFO-Monatsberichte.

**Begutachtung:** Stefan Schiman-Vukan • **Wissenschaftliche Assistenz:** Martina Einsiedl ([martina.einsiedl@wifo.ac.at](mailto:martina.einsiedl@wifo.ac.at)), Ursula Glauninger ([ursula.glauninger@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauninger@wifo.ac.at)), Christine Kaufmann ([christine.kaufmann@wifo.ac.at](mailto:christine.kaufmann@wifo.ac.at)), Martha Steiner ([martha.steiner@wifo.ac.at](mailto:martha.steiner@wifo.ac.at)), Doris Steininger ([doris.steinger@wifo.ac.at](mailto:doris.steinger@wifo.ac.at)), Andrea Sutrich ([andrea.sutrich@wifo.ac.at](mailto:andrea.sutrich@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 19. 4. 2024

**Kontakt:** Josef Baumgartner ([josef.baumgartner@wifo.ac.at](mailto:josef.baumgartner@wifo.ac.at)), Jürgen Bierbaumer ([juergen.bierbaumer@wifo.ac.at](mailto:juergen.bierbaumer@wifo.ac.at)), Sandra Bilek-Steindl ([sandra.bilek-steinidl@wifo.ac.at](mailto:sandra.bilek-steinidl@wifo.ac.at)), Benjamin Bittschi ([benjamin.bittschi@wifo.ac.at](mailto:benjamin.bittschi@wifo.ac.at)), Christian Glocker ([christian.glocker@wifo.ac.at](mailto:christian.glocker@wifo.ac.at)), Margit Schratzenstaller ([margit.schratzenstaller@wifo.ac.at](mailto:margit.schratzenstaller@wifo.ac.at))

### International Economic Slowdown Hits Austria Hard. The Austrian Economy in 2023

In addition to the easing of the energy crisis, geopolitical upheavals continued to shape global economic developments in 2023. Economic activity varied from region to region. Among the industrialised countries, the USA recorded strong economic growth. Western European countries, on the other hand, were weak, with some even slipping into recession. This also applies to Austria, with value added falling in manufacturing and some service sectors. Inflation eroded household purchasing power, leading to a decline in consumer demand. As a result of the rise in consumer prices, gross wages and salaries stagnated in volume terms, while net wages and salaries per capita are estimated to have risen slightly as a result of government support measures. At 7.8 percent, inflation remained very high by historical standards for the second year in a row.

## 1. Weltkonjunktur 2023 regional heterogen

Die Weltwirtschaft befand sich im Jahr 2023 in einer Schwächephase. Neben der abklingenden Energiekrise prägten weiterhin geopolitische Verwerfungen das Umfeld der weltweiten Wirtschaftstätigkeit. Wenngleich die Energiepreise im Jahresverlauf stark sanken, erhöhten neue geopolitische Konflikte im Roten Meer im 2. Halbjahr die wirtschaftliche Unsicherheit. Dies wirkte sich im IV. Quartal insbesondere auf den globalen Warenverkehr aus. Die Umleitung von Frachtschiffen mit Zielhäfen in Europa über das Kap der Guten Hoffnung hatte einen

kräftigen Anstieg der Frachtkosten zur Folge und beeinträchtigte den Welthandel.

Die negativen Auswirkungen des Klimawandels waren auch 2023 spürbar. Geringe Niederschläge führten zu extremem Niedrigwasser im Panamakanal, was die Frachtschiffahrt beeinträchtigte. Infolge der geringeren Nachfrage und höherer Transportkosten expandierten die weltweite Industrieproduktion und der globale Warenhandel nur schwach.

Die Weltwirtschaft wuchs 2023 um etwa 2,7%. Dieser Anstieg war im Vergleich zum Vorjahr und zum langfristigen Durchschnitt gering. Die Entwicklung verlief jedoch sehr heterogen: Während das Wachstum in den Industrieländern deutlich abnahm (2022 +2,5%, 2023 +1,6%), beschleunigte es sich in den Schwellenländern auf 4,8% (2022 +3,5%).

Unter den Industrieländern expandierten die USA weiterhin kräftig. In den westeuropäischen Ländern blieb das Wirtschaftswachstum hingegen schwach, einige erlebten 2023 sogar eine Rezession. Innerhalb der Schwellenländer verzeichneten vor allem die BRICS-Länder (mit Ausnahme von Südafrika) hohe Wachstumsraten. Die anderen Volkswirtschaften Lateinamerikas sowie Südasiens wuchsen zwar schwächer, jedoch immer noch kräftiger als die meisten Industrieländer. Heterogen war die Entwicklung auch auf Branchenebene: Einer Stagnation der weltweiten Industrieproduktion stand eine anhaltende Expansion der Marktdienstleistungen gegenüber.

Unterjährig beschleunigte sich das Wachstum in den USA im 2. Halbjahr deutlich, während es sich in der EU, im Vereinigten Königreich und in Japan verlangsamte. Ein ähnliches Muster zeigte sich auch innerhalb der BRICS-Länder. Während Chinas Wirtschaft das gesamte Jahr 2023 hindurch robust

wuchs, schwächten sich die Zuwächse in den übrigen BRICS-Ländern leicht ab.

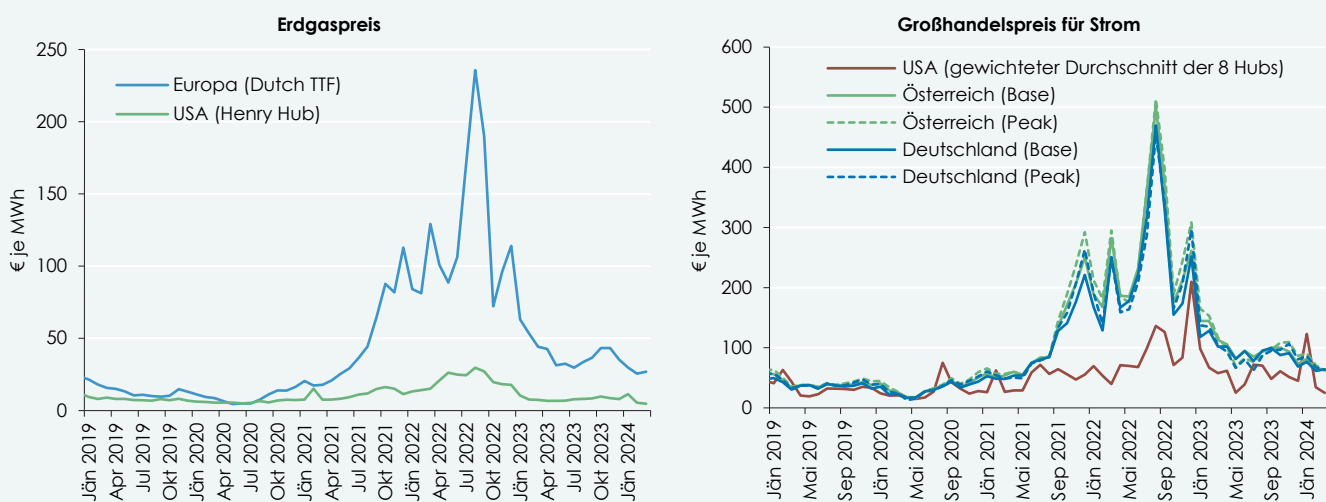
Die Schwäche der Weltkonjunktur, die bereits im 2. Halbjahr 2022 eingesetzt hatte, dämpfte über den Nachfragerückgang deutlich die Rohstoffpreise. Die verhaltene Nachfrage spiegelte sich auch in zahlreichen Unternehmensumfragen, insbesondere in jenen der Europäischen Kommission. Darin beurteilten Unternehmen aus den Bereichen Sachgütererzeugung und Bau die Nachfrageschwäche als wichtigstes Produktionshemmnis, womit sie den Material- bzw. den Arbeitskräftemangel ablöste.

Als Konsequenz der Nachfrageschwäche gingen vor allem in den Industrieländern die auf dem Verbraucherpreisindex basierenden Inflationsraten im Jahresverlauf 2023 deutlich zurück. In einigen Ländern sanken die Produzentenpreise sogar (Deflation). Ihr Rückgang war vor allem auf einen stark dämpfenden Beitrag der Energiepreise zurückzuführen (Abbildung 1). Die Verbraucherpreise reagieren üblicherweise mit erheblicher Verzögerung auf die Entwicklung der Produzentenpreise. Die sinkenden Energiepreise hatten jedoch bereits Ende 2022 eine spürbare Abflachung der Verbraucherpreis-inflation und eine Verbesserung der Terms-of-Trade zur Folge, insbesondere in Westeuropa.

Die weltweite Konjunktur verlief unterjährig stabiler als im Jahr 2022, war jedoch regional von gegensätzlichen Entwicklungen geprägt.

Die globale Konjunkturschwäche dämpfte deutlich die Rohstoffpreise.

Abbildung 1: Energiepreisentwicklung



Q: European Energy Exchange, EZB, IWF, U.S. Energy Information Administration.

Die durch die Nachfrageflaute erzeugte preisdämpfende Wirkung wurde in vielen Ländern u. a. durch die Straffung der Geldpolitik verstärkt. Die Anhebung der Leitzinssätze reduziert in der Regel die Nachfrage (vor allem nach Investitionsgütern) und schränkt so den Preisauftrieb ein. Im Jahr 2023 hoben insbesondere die Zentralbanken der Industrieländer die Leitzinsen weiter an,

um die noch hohe Kerninflation zu dämpfen. Im 2. Halbjahr 2022 hatten die Inflationsraten in vielen Euro-Ländern und in den USA ein Niveau erreicht, das sogar die Hochinflationsphasen der 1970er- und frühen 1980er-Jahre übertraf.

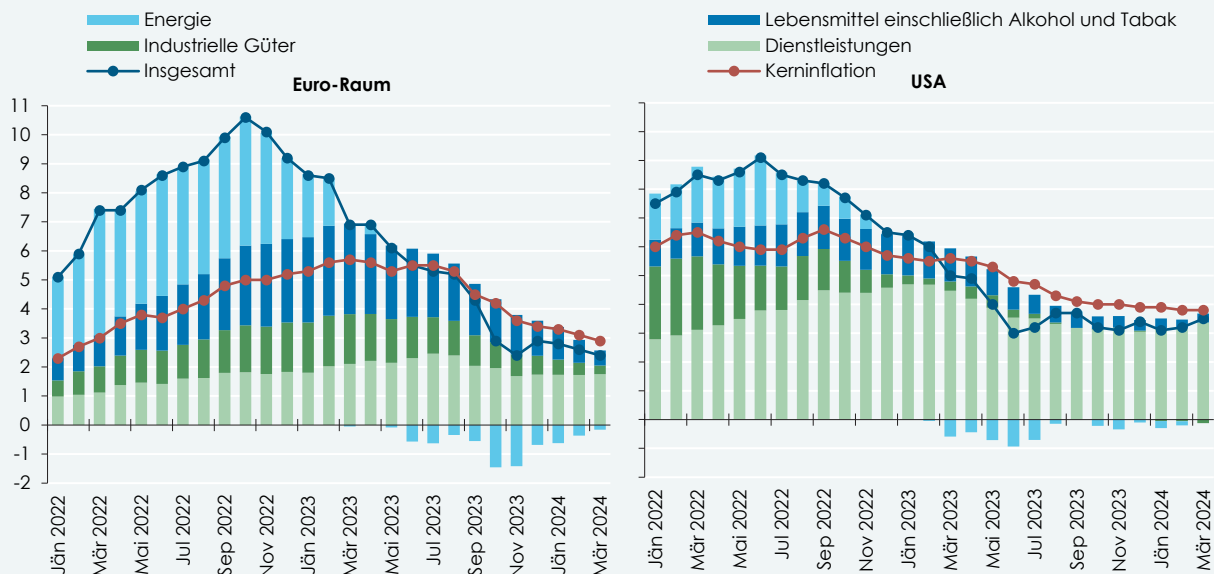
In der EU schwächte sich der Preisauftrieb im Laufe des Jahres 2023 zügig ab, der Durch-

schnittswert der Euro-Länder lag im I. Quartal 2024 bei 2½%. In den USA dagegen verharrte die Inflation in der zweiten Jahreshälfte 2023 und auch noch zu Jahresbeginn 2024 bei rund 3¼%. Auch in der Zusammensetzung der Teuerung unterscheiden sich die beiden Wirtschaftsböcke merklich: Im Euro-Raum ging der Preisdruck 2022 vor allem von den Energiepreisen aus und war 2023 durch

die hohe Kerninflation geprägt, die fast zu gleichen Teilen den Dienstleistungen und den Industriegütern zuzuschreiben war. In den USA hingegen trugen die Energiepreise nur in der ersten Jahreshälfte 2022 stärker zur Inflation bei, danach war sie fast ausschließlich von den Dienstleistungen getrieben (Abbildung 2).

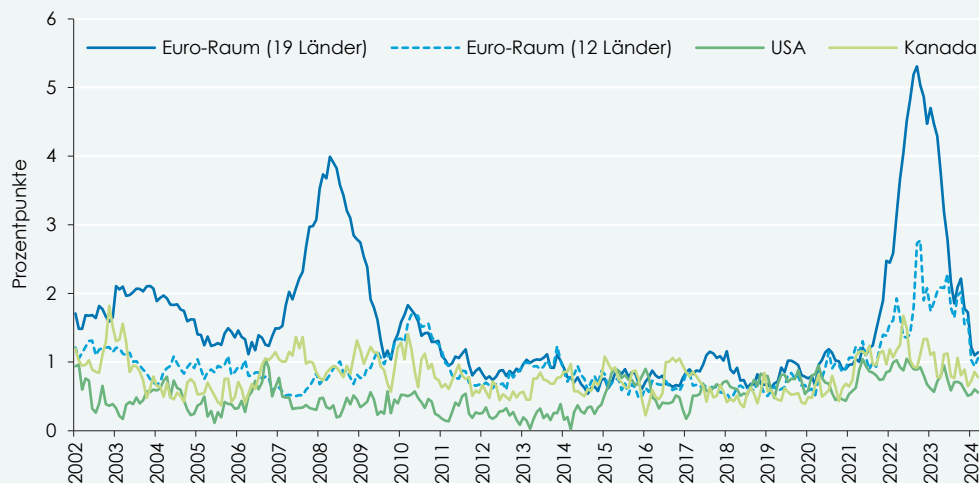
Abbildung 2: Inflation im Euro-Raum und in den USA nach Komponenten

Beitrag zur Gesamtinflation in Prozentpunkten



Q: Eurostat, Macrobond.

Abbildung 3: Internationaler Vergleich der Standardabweichungen für regionale Inflationsraten



Q: Eurostat, U.S. Bureau of Labor Statistics, Statistics Canada, Macrobond. Standardabweichung: Durchschnittliche Abweichung der regionalen Inflationsraten vom Mittelwert. Euro-Raum (12 Länder): Ungewichtete Standardabweichung der 12 Mitgliedsländer des Jahres 2002. Euro-Raum (19 Länder): Ungewichtete Standardabweichung der 19 Mitgliedsländer des Jahres 2015. USA: Bis 2019 Standardabweichung der 4 Regionen, danach der 9 Census Divisions. Kanada: Ungewichtete Standardabweichung der 13 Territorien.

Im Euro-Raum entschärfte die Abflachung des Preisauftriebs im Jahr 2023 eine Entwicklung, die vor allem aus geldpolitischer Sicht äußerst bedenklich war: Der starke Anstieg der Verbraucherpreisindizes im Jahr 2022 ging mit einer massiven Spreizung der Inflationsraten zwischen den Euro-Ländern einher (Abbildung 3; Baumgartner et al., 2022). Im Vergleich zu anderen sehr föderal geprägten Wirtschaftsräumen, wie den USA und Kanada, war die Spreizung im Euro-Raum besonders ausgeprägt. Im Jahresverlauf 2023 hat sie sich jedoch deutlich reduziert, wenngleich sie auch zu Jahresende noch über dem langjährigen Durchschnitt lag. Die hohe Spreizung war auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Dazu zählen neben Unterschieden in der Erhebung (siehe Kapitel 2.5) und der Gewichtungstruktur der VPI-Warenkörbe auch abweichende Bezugsquellen von Energie und Unterschiede in den wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Abschwächung bzw. Abfederung der Teuerung: Während einige Euro-Länder Maßnahmen ergriffen, die sich dämpfend auf die Energiepreise und somit auf die VPI-basierten Inflationsraten auswirkten, setzten andere Länder auf kaufkrafterhaltende Einkommensstützungsleistungen, die den Inflationsdruck eher weiter erhöhten.

Die in vielen Ländern umgesetzte geldpolitische Straffung führte überdies zu höheren

Hypothekenkosten, Herausforderungen für Unternehmen bei der Refinanzierung, einer geringeren Verfügbarkeit von Krediten sowie schwächeren Unternehmens- und Wohnbauinvestitionen (siehe Abbildung 3 in Pekanov, 2024, in diesem Heft). So ist insbesondere der gewerbliche Immobiliensektor vielerorts unter Druck geraten, da die höheren Kreditkosten den durch die COVID-19-Pandemie ausgelösten Strukturwandel noch weiter verstärkt haben. Aufgrund der Verlangsamung der Inflation erwarteten die Marktteilnehmer zwar Leitzinssenkungen, was im Laufe des Jahres 2023 einen Rückgang der längerfristigen Zinssätze und steigende Preisnotierungen auf den Aktienmärkten zur Folge hatte. Trotzdem sind die langfristigen Kreditkosten sowohl in den Industrieländern als auch in den Schwellenländern nach wie vor hoch. Dies liegt zum Teil am Anstieg der Staatsverschuldung. Zudem erfolgen die Leitzinsentscheidungen der Zentralbanken zunehmend asynchron. In einigen Ländern, wie z. B. Brasilien und Chile, wo die Zentralbanken ihre Geldpolitik früher als anderswo gestrafft haben, sind die Zinssätze seit der zweiten Jahreshälfte 2023 rückläufig. In China, wo die Inflation nahe null liegt, hat die Zentralbank die Geldpolitik gelockert. Die japanische Zentralbank hielt die kurzfristigen Zinssätze 2023 nahe bei 0%.

## 2. Österreichs Wirtschaft in der Rezession

### 2.1 Internationale Konjunkturabschwächung traf Österreich hart

In Österreich kühlte die Konjunktur bereits im 2. Halbjahr 2022 ab. Die nachlassende internationale Nachfrage dämpfte zusammen mit den hohen Preissteigerungen für Energie die Industriekonjunktur, während die allgemeine Teuerung die realen Haushaltseinkommen schmälerte und die Konsumnachfrage belastete. Damit fehlte der österreichischen Gesamtwirtschaft bereits ab dem III. Quartal 2022 der Schwung. Im II. Quartal 2023 ging die Wirtschaftsleistung merklich zurück (-1,3% gegenüber dem Vorquartal). Im Folgequartal sank sie erneut (-0,3%) und stagnierte im IV. Quartal. Insgesamt lag das BIP im Jahr 2023 real um 0,8% unter dem Niveau des Vorjahres (nominell +6,7%).

Im Vorjahresvergleich ging die Wirtschaftsleistung ab April 2023 zurück. Wie der Wöchentliche WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) zeigt, lieferten der produzierende Bereich, der Handel sowie die Beherbergung und Gastronomie zu Jahresbeginn noch positive Impulse. Danach schrumpfte die Wertschöpfung auch in diesen Bereichen. Die anderen Dienstleistungsbranchen trugen noch bis September leicht positiv zur Entwicklung der Gesamtwirtschaft bei. Auch zu Jahresbeginn 2024 blieb die Wirtschaftsaktivität in den meisten Sektoren schwach (Abbildung 4).

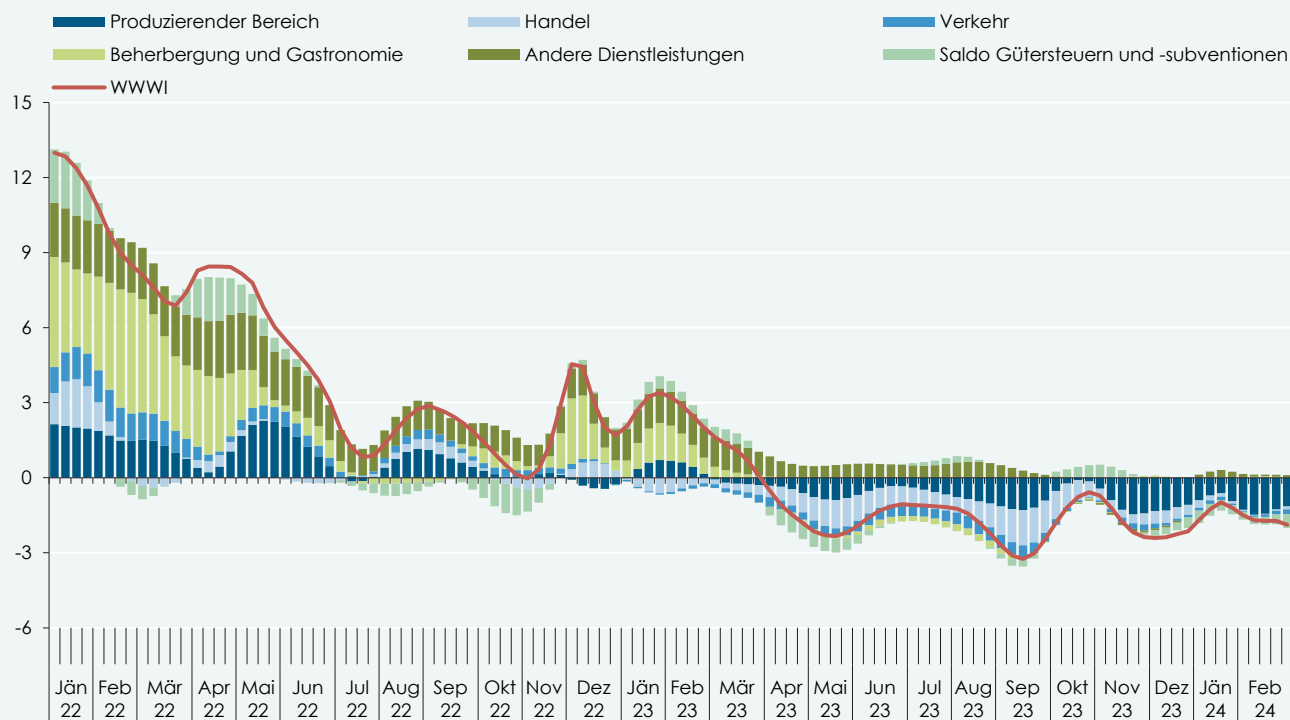
Besonders deutlich sank die Wertschöpfung im Jahr 2023 im Handel (real -5,8%). Preisbereinigt fiel der Einbruch sogar noch stärker aus als im COVID-19-Krisenjahr 2020 (-3,3%). Auch im Bereich Verkehr, welcher unter der Nachfrageschwäche und der Flaute in der Industriekonjunktur litt, schrumpfte die Wertschöpfung kräftig (real -6,1%). Im Gegensatz dazu entwickelte sich der Tourismus deutlich besser. Wie vorläufige Daten zur Sommersaison 2023 zeigen, lag die Zahl der Gästeankünfte erstmals wieder nahe am Vorkrisenniveau von 2019, die Zahl der Nächtigungen sogar darüber (Burton & Ehn-Fragner, 2023). Die Wertschöpfung der Beherbergung und Gastronomie wuchs 2023 real um 2,6% im Vergleich zum Vorjahr. Zuwächse verzeichneten auch andere Dienstleistungsbereiche wie die Information und Kommunikation (+3,1%), das Grundstücks- und Wohnungswesen (+1,3%) sowie die sonstigen Dienstleistungen (+6,2%).

In der Bauwirtschaft setzte sich hingegen die Schwächephase fort und die reale Wertschöpfung ging das fünfte Jahr in Folge zurück (2023 -1,1%). Dämpfend wirkte neben dem Anstieg der Baukosten, welcher im Jahr 2022 die Dynamik geprägt hatte, die Verschärfung der Kreditvergaberichtlinien in Kombination mit den Zinserhöhungen. Sie belasteten vor allem den Wohnungsneubau (Klien & Weingärtler, 2024).

**Wertschöpfungsrückgänge im produzierenden Bereich und im Handel bremsten 2023 die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.**

Abbildung 4: **Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) – Teilkomponenten der Entstehungsseite**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % (Gesamtindex) bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (Komponenten)



Q: Statistik Austria, WIFO. Produzierender Bereich (ÖNACE 2008, Abschnitte A bis F), Handel (ÖNACE 2008, Abschnitt G), Verkehr (ÖNACE 2008, Abschnitt H), Beherbergung und Gastronomie (ÖNACE 2008, Abschnitt I), Andere Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte J bis T). Die Summe der Wachstumsbeiträge der Teilkomponenten kann vom geschätzten BIP-Wachstum abweichen (Residuum).

### Übersicht 1: **Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen**

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 7,5	+ 6,4	+ 6,6	- 2,9
Bergbau, Herstellung von Waren, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	- 6,4	+ 10,8	+ 4,1	- 2,2
Herstellung von Waren	- 7,3	+ 12,7	+ 4,1	- 2,7
Bau	- 1,8	- 1,1	- 1,2	- 1,1
Handel	- 3,3	- 1,1	+ 2,1	- 5,8
Verkehr	- 11,5	- 0,2	+ 10,9	- 6,1
Beherbergung und Gastronomie	- 39,6	- 14,2	+ 55,3	+ 2,6
Information und Kommunikation	- 0,7	+ 5,9	+ 2,8	+ 3,1
Kredit- und Versicherungswesen	+ 1,1	+ 3,1	- 1,2	- 0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 0,0	+ 0,5	+ 2,2	+ 1,3
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen <sup>1)</sup>	- 5,9	+ 5,0	+ 3,8	- 0,7
Öffentliche Verwaltung <sup>2)</sup>	- 4,2	+ 4,8	+ 3,1	+ 1,6
Sonstige Dienstleistungen <sup>3)</sup>	- 18,2	+ 1,3	+ 18,9	+ 6,2
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche <sup>4)</sup>	- 6,5	+ 3,5	+ 5,2	- 1,0
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	- 6,6	+ 4,2	+ 4,8	- 0,8

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – <sup>1)</sup> Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M und N). – <sup>2)</sup> Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – <sup>3)</sup> Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, persönliche Dienstleistungen, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – <sup>4)</sup> Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Die exportorientierte heimische Industrie litt im Jahr 2023 unter der internationalen Nachfrageschwäche. Die Wertschöpfung der

Herstellung von Waren sank um real 2,7% (2022 +4,1%), jene der industrienahen sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen um



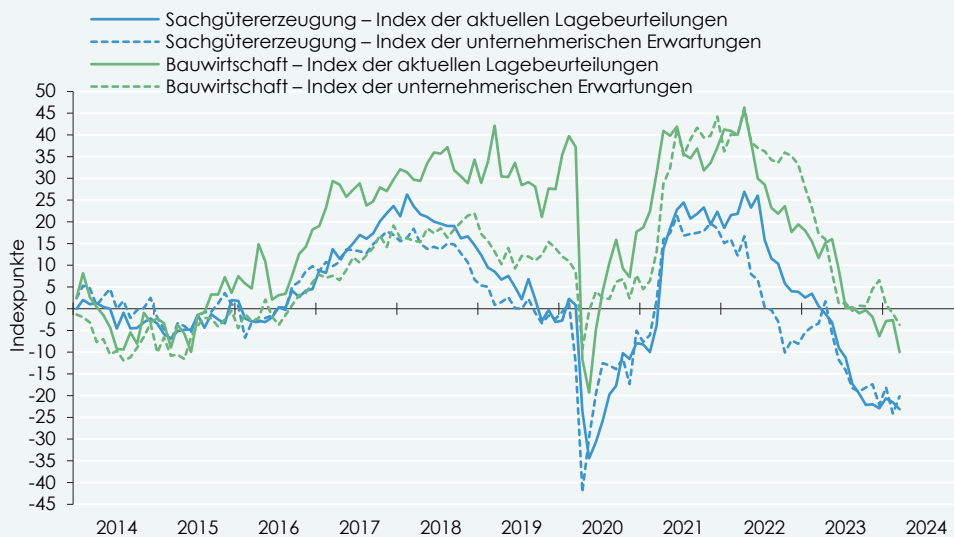
0,7%. Der Abschwung der Industriekonjunktur zeigte sich auch in der Stimmung der heimischen Sachgütererzeuger. Laut WIFO-Konjunkturtest trübten sich sowohl ihre Einschätzungen zur aktuellen Lage als auch ihre Erwartungen deutlich ein. Beide Indizes gingen im Jahr 2023 zurück und erreichten Anfang 2024 das tiefste Niveau seit der COVID-19-Pandemie (Abbildung 5). Unter den Produktionshemmnissen büßte der Material- bzw. Kapazitätsmangel gegenüber den beiden Vorjahren an Bedeutung ein. Der Nach-

fragemangel und Finanzierungsprobleme gewannen hingegen an Gewicht. Bei den Letzteren hielt der Bedeutungsgewinn auch im Jänner 2024 an.

In der Bauwirtschaft zeigte sich ein ähnliches Bild. Sowohl der Lage- als auch der Erwartungsindex verschlechterten sich im Jahresverlauf 2023 nahezu kontinuierlich. Wie in der Industrie gewannen Finanzierungsprobleme gegenüber dem Mangel an Material bzw. Kapazität an Relevanz.

Abbildung 5: **Konjunkturklima in Sachgütererzeugung und Bauwirtschaft**

Saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest. Indexwerte liegen im Bereich von -100 bis +100, positive Werte signalisieren ein optimistisches, negative Werte ein pessimistisches Konjunkturklima.

Aufgrund des Rückgangs der real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sank die Konsumnachfrage im Jahr 2023 um 0,3%. Die hohen Preissteigerungen wirkten nachfragedämpfend. Besonders die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern wurde eingeschränkt, während jene nach nichtdauerhaften Konsumgütern und Dienstleistungen stagnierte. Gemäß WWI zeigten sich unterjährig vor allem in den Sommermonaten positive Impulse des privaten Konsums, in den meisten Wochen des Jahres 2023 dämpfte er jedoch das BIP-Wachstum. Die öffentliche Konsumnachfrage ging nach den hohen pandemiebedingten Ausgaben in den Vorjahren im Jahresdurchschnitt 2023 ebenfalls leicht zurück (-0,4%). Damit sank der Konsum insgesamt um 0,3%.

Auch die Investitionsnachfrage dämpfte 2023 die BIP-Entwicklung (Bruttoanlageinvestitionen -2,4%). Sowohl die Ausrüstungs- als auch die Bauinvestitionen schrumpften,

während die weniger konjunktur reagiblen sonstigen Investitionen – überwiegend geistiges Eigentum wie Forschung und Entwicklung sowie Computerprogramme und Urheberrechte – trendmäßig weiter ausgeweitet wurden.

Vor dem Hintergrund der internationalen Nachfrageflaute entwickelte sich der Außenhandel 2023 schwach. Gemäß WWI war der Außenbeitrag zu Jahresbeginn noch positiv, drehte jedoch im weiteren Jahresverlauf großteils ins Negative. Die Exporte nahmen im Jahr 2023 um 0,2% ab, die Importe um 1,8%. Nominell stiegen die Exporte um 2,2%, während die Importe um 1,9% zurückgingen. Nachdem sich die Energiepreise im Jahresverlauf 2023 stabilisierten, stagnierten die Importpreise im Jahresdurchschnitt im Vergleich zum Vorjahr. Bei steigenden Exportpreisen verbesserten sich die Terms-of-Trade somit wieder, nachdem sie sich 2022 markant verschlechtert hatten.

**Verwendungsseitig gingen 2023 nahezu alle Nachfragekomponenten zurück.**

## Übersicht 2: Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

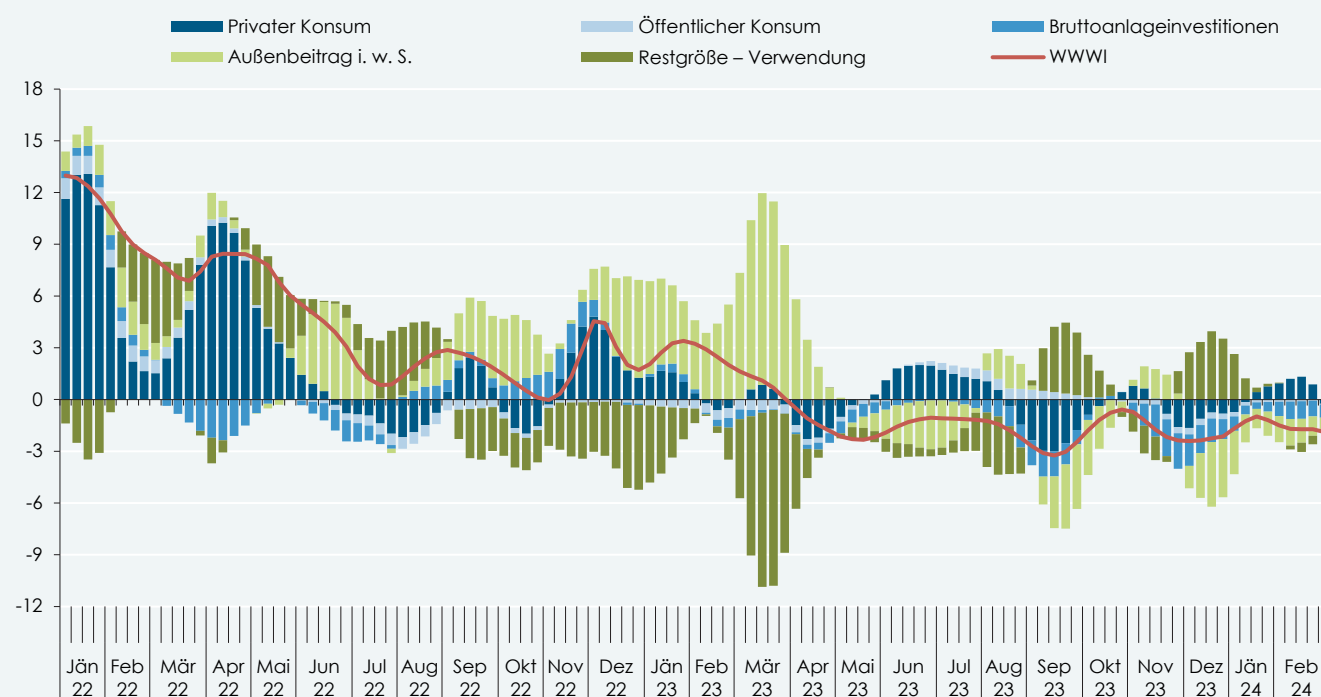
Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	- 6,3	+ 5,2	+ 4,0	- 0,3
Private Haushalte <sup>1)</sup>	- 8,5	+ 4,2	+ 5,7	- 0,3
Staat	- 0,4	+ 7,5	+ 0,0	- 0,4
Bruttoinvestitionen	- 5,4	+ 10,8	- 0,7	- 5,3
Bruttoanlageinvestitionen	- 5,5	+ 6,1	+ 0,1	- 2,4
Ausrüstungen <sup>2)</sup>	- 8,5	+ 7,9	- 0,4	- 1,7
Bauten	- 3,6	+ 1,8	- 2,0	- 5,9
Sonstige Anlagen <sup>3)</sup>	- 5,2	+ 12,6	+ 5,0	+ 3,7
Inländische Verwendung	- 6,2	+ 6,7	+ 2,9	- 1,8
Exporte	- 10,6	+ 9,1	+ 11,2	- 0,2
Importe	- 10,0	+ 14,3	+ 7,9	- 1,8
Bruttoinlandsprodukt	- 6,6	+ 4,2	+ 4,8	- 0,8

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – <sup>1)</sup> Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Einschließlich militärischer Waffensysteme. – <sup>3)</sup> Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

### Abbildung 6: Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) – Teilkomponenten der Verwendungsseite

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % (Gesamtindex) bzw. Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (Komponenten)



Q: Statistik Austria, WIFO.

## 2.2 Umfangreiche staatliche Maßnahmen zur Abfederung der hohen Inflation

**Die Entlastung auf Bundesebene beträgt 2022/2026 insgesamt 41,9 Mrd. € (1,7% p. a. des nominellen BIP).**

Um den unerwünschten ökonomischen und sozialen Effekten der Energiepreis- und Teuerungskrise entgegenzuwirken, wurden auf Bundesebene umfangreiche Entlastungsmaßnahmen implementiert. Der Bund hat für den Zeitraum 2022 bis 2026 Maßnahmen im

Umfang von kumuliert 41,9 Mrd. € beschlossen (Stand Ende März 2024; Übersicht 3)<sup>1)</sup>. Davon entfallen 18,3 Mrd. € auf zusätzliche Ausgaben und 23,6 Mrd. € auf einnahmenseitige (vor allem steuerliche) Entlastungen. Der Umfang der budgetwirksamen Maßnahmen beläuft sich auf 40,5 Mrd. €<sup>2)</sup>. Das Volumen der temporären Maßnahmen lag 2023 mit 7 Mrd. € knapp über jenem des Vorjahres

<sup>1)</sup> Hinzu kommt der Einnahmehausfall aus der Verlängerung der Reduktion der Energieabgabensätze, zu dem allerdings keine veröffentlichten Schätzungen verfügbar sind.

<sup>2)</sup> Die Aussetzung von Erneuerbaren-Förderpauschale und -beitrag sind ebenso wie die Senkung des Unfallversicherungsbeitrages nicht budgetwirksam.

(6,9 Mrd. €). Unter Berücksichtigung auch der dauerhaft-strukturellen Maßnahmen (z. B. Ausgleich der kalten Progression, Senkung der Lohnnebenkosten) hat Österreich eines der umfangreichsten Entlastungspakete in der EU implementiert<sup>3)</sup>. Der Umfang der Entlastungsmaßnahmen wird für die privaten Haushalte 2023 auf 7,2 Mrd. € geschätzt, wovon 5,3 Mrd. € auf kurzfristige und 1,9 Mrd. € auf dauerhaft-strukturelle Maßnahmen entfallen. Unternehmen sowie die Land- und Forstwirtschaft werden 2023 mit 2,2 Mrd. € entlastet (1,7 Mrd. € temporär, 0,5 Mrd. € dauerhaft).

Die umfangreichen Hilfsmaßnahmen sind neben den ebenfalls steigenden Zinsausgaben – gesamtstaatlich legten sie von 2022 auf 2023 um 1,4 Mrd. € bzw. 32,4% zu – eine der Ursachen für den Anstieg der Staatsausgaben um 5,0% (+11,9 Mrd. €). Die Staatsausgabenquote sank allerdings aufgrund des kräftigen Wachstums der nominellen Wirtschaftsleistung (2023 +6,7%) von 53,0% (2022) auf 52,1% des BIP. Die Staatseinnahmen stiegen 2023 um 6,2% bzw. 13,9 Mrd. €, die Staatseinnahmenquote verringerte sich jedoch aufgrund des BIP-Nenner-Effekts ebenfalls leicht von 49,7% auf 49,5% des BIP.

Das Maastricht-Defizit des Gesamtstaates, das 2022 3,3% der Wirtschaftsleistung betragen hatte, ging weiter auf 2,7% zurück<sup>4)</sup>. Die Staatsschulden nahmen weiter um 20,4 Mrd. € auf insgesamt 371,1 Mrd. € zu. Die Schuldenquote sank 2023 bei steigendem nominellen BIP um 0,6 Prozentpunkte auf 77,8% der Wirtschaftsleistung (nach 78,4% 2022).

### 2.3 Stagnation der Reallohnentwicklung

Die wirtschaftliche Lage im Jahr 2023 erzeugte keinen Rückenwind für die Entwicklung der Erwerbseinkommen. Zum BIP-Rückgang kamen ein leichter Anstieg der Arbeitslosenquote auf 6,4% und eine neuerliche Ausweitung der aktiv unselbständigen Beschäftigung auf 3,88 Mio. Vor allem aber verursachte die hohe Inflation von 7,8% trotz kräftiger nominaler Erhöhungen eine Stagnation der Realeinkommen.

In den Lohnverhandlungen dient üblicherweise die realisierte Inflation der vergangenen 12 Monate (rollierende Inflation) als Ausgangsbasis für die jeweilige Lohnrunde. In Zeiten schnell anziehender Inflationsraten, wie 2022 mit 8,6%, liegt die laufende Inflation daher deutlich über den Lohnabschlüssen. Im Jahr 2023 wurde der Wendepunkt dieser Entwicklung erreicht, an dem sich laufende und rollierende Inflation in etwa entspre-

chen. Zum Jahresende 2023 lag die rollierende Inflation bereits über der laufenden.

Den für das Jahr 2023 relevanten Lohnabschlüssen vom Herbst 2022 bzw. Jänner 2023 lagen somit teils noch nicht die Höchstwerte der Inflationsraten von Ende 2022 zugrunde. Vor diesem Hintergrund einigten sich die Sozialpartner in der Herbstlohnrunde 2022 auf Lohnsteigerungen von rund 7,0% bis 7,5%. Konkret verständigten sich die Gewerkschaften mit den Fachverbänden der Metallindustrie, deren Lohnabschluss traditionell die Herbstlohnrunde einleitet, auf eine Anhebung der nominellen Ist-Löhne und Ist-Gehälter für 2023 um 5,4%, zuzüglich eines Fixbetrages von 75 €, wodurch sich eine durchschnittliche Lohnsteigerung von rund 7,44% ergab. Im öffentlichen Dienst lag der Abschluss bei durchschnittlich 7,32%, im Handel im Durchschnitt bei 7,31%. In die Abschlüsse der Frühjahrslohnrunde flossen dann die Inflationshöchstwerte des Jahreswechsels 2022/23 ein, wodurch sich die Lohnabschlüsse nochmals erhöhten und nominelle Zuwächse zwischen 9% und 10% vereinbart wurden (Bauindustrie und Baugewerbe +9,5%, Elektro- und Elektronikindustrie +9,9%).

Im gewichteten Durchschnitt führten die Lohnabschlüsse zu einem Anstieg des Tariflohnindex um 7,6% und lagen somit im Bereich der Jahresinflationsrate von 7,8%. Gegenüber dem Vorjahr war dies mehr als eine Verdoppelung (Übersicht 4). Der öffentliche Dienst, der mit einem Gewicht von etwa einem Sechstel in den Index eingeht, verzeichnete einen Anstieg um 7,6%, in der Industrie (Gewicht ebenfalls rund ein Sechstel) waren es 7,3%. In den Dienstleistungsbereichen lagen die Steigerungsraten zwischen 7,1% in Transport und Verkehr und 8,0% im Banken- und Versicherungswesen.

Die kollektivvertraglichen Lohnvereinbarungen bestimmen die Entwicklung der Mindestlöhne. Die tatsächliche Entlohnung kann jedoch davon abweichen. Diese sogenannte Lohndrift schwächte sich 2023 gegenüber den beiden Vorjahren deutlich ab (Übersicht 5). Insgesamt stiegen die nominellen Bruttolöhne und -gehälter pro Kopf 2023 um 7,8% und damit nahezu im Einklang mit den tariflichen Mindestlöhnen (Lohndrift +0,2 Prozentpunkte). Durch den enormen Anstieg der Verbraucherpreise ergab sich jedoch eine Stagnation der realen Bruttolöhne und -gehälter, während die Nettolöhne und -gehälter pro Kopf aufgrund der staatlichen Unterstützungsmaßnahmen laut WIFO-Prognose von März 2024 preisbereinigt um rund 0,8% gestiegen sein dürften.

**Das Defizit des Gesamtstaates sank 2023 auf 2,7% des BIP.**

<sup>3)</sup> Siehe für einen EU-Vergleich Sgaravatti et al. (2023).

<sup>4)</sup> Gemäß Maastricht-Notifikation vom 28. März 2024, die bei der Erstellung der WIFO-Prognose vom März 2024 noch nicht bekannt war.

### Übersicht 3: Anti-Teuerungsmaßnahmen des Bundes im Überblick

	2022	2023	2024	2025	2026	2022/ 2026
	Mio. €					
<b>Insgesamt</b>	<b>6.901</b>	<b>9.366</b>	<b>9.250</b>	<b>7.194</b>	<b>9.162</b>	<b>41.872</b>
<b>Private Haushalte insgesamt</b>	<b>5.790</b>	<b>7.186</b>	<b>5.412</b>	<b>6.687</b>	<b>8.625</b>	<b>33.699</b>
<b>Kurzfristige Maßnahmen</b>	<b>5.790</b>	<b>5.285</b>	<b>1.549</b>	<b>30</b>	<b>10</b>	<b>12.664</b>
Einmalzahlung Teuerungsausgleich im Entlastungspaket I	211	.	.	.	.	211
Einmalzahlung Aufstockung Teuerungsausgleich im Entlastungspaket III	148	.	.	.	.	148
Einmalzahlung für Pensionist:innen und Ausgleichszulagenbezieher:innen	452	540	.	.	.	992
Antiteuerungspaket für Familien und finanziell Schwache Mai 2023	.	325	276	15	.	616
Einmaliger negativsteuerfähiger Teuerungsabsatzbetrag	.	750	.	.	.	750
Wohnschirm einschließlich Aufstockungen 2023	8	45	65	15	10	143
Energiekostenausgleich	351	50	.	.	.	401
Aussetzung von Erneuerbaren-Förderpauschale und -Förderbeitrag <sup>1)</sup>	400	.	.	.	.	400
Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen	15	.	.	.	.	15
Senkung Elektrizitäts- und Erdgasabgabe einschließlich Verlängerung bis Ende 2023 <sup>2)</sup>	280	442	.	.	.	722
Gemeinnützige Lebensmittelweitergabe	.	5	5	.	.	10
Erhöhung von Pendlerpauschale, -euro, erhöhter Verkehrsabsatzbetrag	120	220	80	.	.	420
Antiteuerungsbonus sowie Erhöhung des Klimabonus	2.734	110	.	.	.	2.844
Einmalzahlung Familienbeihilfe	341	.	.	.	.	341
Vorziehen des Familienbonus Plus, Erhöhung und Vorziehen des Kindermehrbetrags	100	250	.	.	.	350
Verschiebung Einführung CO <sub>2</sub> -Bepreisung von Juli auf Oktober 2022	250	.	.	.	.	250
Steuer- und abgabenfreie Teuerungsprämie für Arbeitnehmer:innen <sup>3)</sup>	380	380	.	.	.	760
Stromkostenzuschuss	.	896	1.073	.	.	1.969
Kompensation Netzverlustkosten <sup>4)</sup>	.	447	50	.	.	497
Aufstockung Heizkostenzuschüsse Bundesländer via Bund	.	450	.	.	.	450
Aufstockung Wohn- und Heizkostenbeihilfen	.	225	.	.	.	225
"Gebührenbremse" – Zweckzuschuss des Bundes an die Bundesländer	.	150	.	.	.	150
<b>Strukturelle, dauerhafte Maßnahmen</b>	<b>0</b>	<b>1.901</b>	<b>3.863</b>	<b>6.657</b>	<b>8.615</b>	<b>21.035</b>
Abschaffung der kalten Progression <sup>5)</sup>	.	1.480	2.840	5.300	7.050	16.670
Indexierung von Sozialleistungen	.	363	815	1.079	1.287	3.544
Erhöhung Kindermehrbetrag	.	50	50	50	50	200
Steuerfreiheit E-Mobilität für Arbeitnehmer:innen <sup>6)</sup>	.	8	8	8	8	30
Erleichterungen bei der Aliquotierung der Pensionsanpassungen	.	.	150	220	220	590
<b>Unternehmen sowie Land- und Forstwirtschaft insgesamt</b>	<b>1.111</b>	<b>2.180</b>	<b>3.833</b>	<b>507</b>	<b>537</b>	<b>8.173</b>
<b>Unternehmen insgesamt</b>	<b>987</b>	<b>2.050</b>	<b>3.825</b>	<b>497</b>	<b>527</b>	<b>7.886</b>
<b>Kurzfristige Maßnahmen</b>	<b>987</b>	<b>1.567</b>	<b>3.326</b>	<b>- 15</b>	<b>.</b>	<b>5.865</b>
Aussetzung von Erneuerbaren-Förderpauschale und -Förderbeitrag <sup>1)</sup>	500	.	.	.	.	500
Senkung Elektrizitäts- und Erdgasabgabe einschließlich Verlängerung bis Ende 2023 <sup>2)</sup>	320	528	- 190	- 100	.	558
Investitionsoffensive Energieunabhängigkeit	30	55	55	55	.	195
Rascher Umstieg auf alternative dekarbonisierte Antriebsformen	60	60	.	.	.	120
Strompreiskompensation, Stromverbrauchsreduktionsgesetz	.	285	.	.	.	285
Energiekostenzuschuss 1	77	561	.	.	.	638
Energiekostenzuschuss 2 <sup>6)</sup>	.	.	3.461	30	.	3.491
Einmalige Krankenversicherungsbeitragsgutschrift	.	78	.	.	.	78
<b>Strukturelle, dauerhafte Maßnahmen</b>	<b>0</b>	<b>483</b>	<b>499</b>	<b>512</b>	<b>527</b>	<b>2.021</b>
Senkung des FLAF-Beitragsatzes	.	353	369	382	397	1.501
Senkung des Unfallversicherungsbeitragsatzes <sup>1)</sup>	.	130	130	130	130	520
<b>Land- und Forstwirtschaft insgesamt</b>	<b>124</b>	<b>130</b>	<b>13</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>287</b>
<b>Kurzfristige Maßnahmen</b>	<b>124</b>	<b>120</b>	<b>3</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>247</b>
Agrardiesel Kostenausgleich	14	16	3	.	.	33
Versorgungssicherungsbeitrag für die Landwirtschaft	110	.	.	.	.	110
Stromkostenzuschuss für die Land- und Forstwirtschaft	.	104	.	.	.	104
<b>Strukturelle, dauerhafte Maßnahmen</b>	<b>0</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>40</b>
Anhebung Pauschalierungsgrenzen der Land- und Forstwirtschaft	.	10	10	10	10	40

Q: Bundesministerium für Finanzen (2023), Budgetdienst (2024), aktualisierte WIFO-Zusammenstellung basierend auf Kettner et al. (2023), 2022 und teilweise auch 2023 Ist-Daten, 2024 bis 2026 Plan-Daten; Rundungsdifferenzen. – <sup>1)</sup> Außerbudgetär. – <sup>2)</sup> Die Verlängerung bis Ende 2024 ist nicht enthalten, da veröffentlichte Schätzungen zum erwarteten Einnahmefall nicht vorliegen. – <sup>3)</sup> Wird mangels näherer Informationen zur Gänze den Arbeitnehmer:innen zugeordnet. – <sup>4)</sup> Wird mangels näherer Informationen zur Gänze den privaten Haushalten zugeordnet. – <sup>5)</sup> Zahlungswirksamkeit des vollen Progressionsausgleichs. – <sup>6)</sup> 2024: 1.881,4 Mio. € in Untergliederung 40 (UG), 60 Mio. € in UG 17, 20 Mio. € in UG 24 sowie 1.500 Mio. € Ermächtigung laut Bundesfinanzrahmengesetz in UG 40.

Der Zuwachs der unselbständigen Beschäftigung verlangsamte sich gegenüber den Vorjahren deutlich auf 1,2%. Trotzdem veränderte sich die effektive Pro-Kopf-Arbeitszeit kaum. Über alle Branchen lag die durch-

schnittliche Wochenarbeitszeit der unselbständig Beschäftigten 2023 bei 27,6 Stunden – ein geringfügiger Anstieg um 0,1% gegenüber 2022.

**Die Bruttorealeinkommen pro Kopf stagnierten im Jahr 2023, netto ergaben sich jedoch Zuwächse von 0,8%.**

#### Übersicht 4: Entwicklung der kollektivvertraglichen Mindestbezüge

	Gewichtung	Tariflohnindex 2016 <sup>1)</sup>	
		Beschäftigte insgesamt	
		2022	2023
		Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Tariflohnindex insgesamt	1.000.000	+ 3,1	+ 7,6
Ohne öffentlich Bedienstete	837.726	+ 3,1	+ 7,6
Gewerbe und Handwerk	196.327	+ 3,4	+ 7,8
Industrie	163.994	+ 3,7	+ 7,3
Handel	127.187	+ 2,8	+ 7,5
Transport und Verkehr	54.763	+ 3,4	+ 7,1
Tourismus und Freizeitwirtschaft	49.712	+ 2,9	+ 7,7
Banken und Versicherungen	37.035	+ 2,9	+ 8,0
Information und Consulting	67.321	+ 3,0	+ 7,5
Öffentlich Bedienstete	162.274	+ 3,1	+ 7,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond; WIFO-Berechnungen auf Basis des Tariflohnindex 2016. – <sup>1)</sup> Aufgrund von Rundungen können die Wachstumsraten geringfügig von den von Statistik Austria veröffentlichten Indexwerten abweichen.

#### Übersicht 5: Entwicklung der Löhne und Gehälter

	2021	2022	2023
Löhne und Gehälter insgesamt			
Brutto	+ 4,9	+ 7,9	+ 9,1
Netto <sup>1)</sup>	+ 4,2	+ 8,7	+ 9,9
Beschäftigte <sup>2)</sup>	+ 2,2	+ 3,1	+ 1,2
Löhne und Gehälter pro Kopf <sup>3)</sup>			
Brutto nominell	+ 2,7	+ 4,7	+ 7,8
Brutto real <sup>4)</sup>	- 0,1	- 3,6	- 0,0
Netto nominell <sup>1)</sup>	+ 1,9	+ 5,5	+ 8,7
Netto real <sup>1)4)</sup>	- 0,9	- 2,9	+ 0,8
Geleistete Arbeitsstunden pro Kopf <sup>3)</sup>	+ 3,2	- 0,2	+ 0,1
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde			
Brutto nominell	- 0,5	+ 5,0	+ 7,7
Brutto real <sup>4)</sup>	- 3,2	- 3,3	- 0,1
Netto nominell <sup>1)</sup>	- 1,2	+ 5,7	+ 8,6
Netto real <sup>1)4)</sup>	- 3,9	- 2,6	+ 0,7

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – <sup>1)</sup> 2023: laut WIFO-Konjunkturprognose vom März 2024. – <sup>2)</sup> Unselbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – <sup>3)</sup> Je unselbständiges Beschäftigungsverhältnis. – <sup>4)</sup> Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (VPI).

Wird bei der Analyse der Einkommensentwicklung die Arbeitsstunde als Bezugspunkt gewählt, ergibt sich für 2023 in der Bruttobetrachtung erneut ein geringfügiger Reallohnverlust von 0,1% und in der Nettobetrachtung ein Zugewinn von 0,7% (laut WIFO-Prognose von März 2024). Somit konnten die hohen Reallohnverluste der Jahre 2021 und 2022 im Jahr 2023 noch nicht ausgeglichen werden. Dieser Umstand wird aber wohl die Lohnentwicklung im Jahr 2024 bestimmen.

#### 2.4 Konsumausgaben preisbereinigt rückläufig – Teuerung weiterhin bestimmend

Nachdem sich die Konsumausgaben im Jahr 2022 trotz zunehmender Teuerung aufgrund von Nachholeffekten nach der COVID-19-Pandemie überaus robust entwickelt hatten (real +5,7%), sank die private Konsumnachfrage 2023 bei anhaltend hoher Inflation. Nach vorläufigen Daten von

**Die Teuerung belastete die Kaufkraft der privaten Haushalte, die Konsumausgaben gingen real zurück.**

**Entlastungs- sowie Anti-Teuerungsmaßnahmen des Bundes stützten die verfügbaren Haushalts-einkommen. Die Real-einkommen sanken 2023 leicht. Die Spar-quote verharrte auf- grund der ausgeprägten Unsicherheit auf hohem Niveau.**

Statistik Austria lagen die Ausgaben der inländischen privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) real um 0,3% unter dem Niveau von 2022 (Übersicht 6). Im I. Quartal 2023 wurde noch ein Wachstum verzeichnet, im weiteren Jahresverlauf, vor allem im III. Quartal, drehte die Entwicklung aber deutlich ins Negative.

Die verhaltene Konjunktur, erste Anzeichen einer Eintrübung auf dem Arbeitsmarkt sowie die weiterhin hohen Kreditzinsen drückten in Verbindung mit einer nur langsam abnehmenden Teuerungsrate die Konsumlaune. Nominell, also einschließlich Preissteigerungen, nahm der private Konsum im Jahresdurchschnitt 2023 jedoch kräftig zu (+7,9% nach +13,5% im Jahr 2022).

Der Ausgabenpielraum der privaten Haushalte hängt unmittelbar vom verfügbaren Einkommen ab, das wiederum durch die Entwicklung der Löhne und Gehälter, der Vermögenseinkommen, aber auch der staatlichen Transferleistungen wie etwa der monetären Sozialleistungen, der Einkommen- und Vermögensteuer oder der Sozialbeiträge bestimmt wird. Die monetären Transfers an die privaten Haushalte enthielten 2023 wie bereits im Vorjahr in beträcht-

lichem Umfang Mittel aus kurzfristig wirkenden Entlastungs- und Anti-Teuerungsmaßnahmen (siehe Kapitel 2.2). Dazu zählten u. a. ein Stromkostenzuschuss (900 Mio. €), ein negativsteuerfähiger Teuerungsabsatzbetrag (750 Mio. €) oder Einmalzahlungen an Pensionist:innen (540 Mio. €). Insgesamt sah der Bund 5,3 Mrd. € dafür vor. Einschließlich struktureller Maßnahmen wie der Abschaffung der kalten Progression, welche die Einkommensteuerlast dauerhaft reduziert (2023 um 1,5 Mrd. €), wurden die privaten Haushalte 2023 um geschätzt 7,2 Mrd. € entlastet.

Die verfügbaren Einkommen insgesamt stiegen 2023 um 7,6% (nominell), preisbereinigt sanken sie jedoch aufgrund der hohen Teuerung um 0,5%. Die ungünstige Realeinkommensentwicklung war mit ein Grund für die schwache Konsumnachfrage. Dass die privaten Haushalte wegen der hohen Unsicherheiten den Anteil der Sparrücklagen am verfügbaren Einkommen nicht wesentlich senkten, belastete die Konsumnachfrage zusätzlich. Die Sparquote lag laut vorläufigen Zahlen von Statistik Austria bei 9,0% des verfügbaren Einkommens (2022: 9,2%) und damit weiterhin deutlich über dem langfristigen Durchschnitt vor der COVID-19-Pandemie.

Übersicht 6: **Privater Konsum, persönlich verfügbares Einkommen, Konsumquote**

	Privater Konsum <sup>1)</sup>		Persönlich verfügbares Einkommen		Konsumquote <sup>2)</sup>
	Nominell	Real <sup>3)</sup>	Nominell	Real <sup>3)</sup>	
	Veränderung in % p. a.				
Ø 2011/2015	+ 2,3	+ 0,3	+ 2,0	± 0,0	+ 0,3
Ø 2015/2019	+ 3,1	+ 1,3	+ 3,4	+ 1,6	- 0,3
Ø 2019/2023	+ 4,8	+ 0,1	+ 5,1	+ 0,4	- 0,3
2020	- 7,4	- 8,5	- 1,6	- 2,8	- 5,9
2021	+ 6,4	+ 4,2	+ 3,9	+ 1,8	+ 2,4
2022	+13,5	+ 5,7	+10,9	+ 3,3	+ 2,3
2023	+ 7,9	- 0,3	+ 7,6	- 0,5	+ 0,2

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – <sup>2)</sup> Konsum in % des persönlichen verfügbaren Einkommens. – <sup>3)</sup> Auf Basis von Vorjahrespreisen.

Der Rückgang der realen Konsumausgaben der privaten Haushalte verteilte sich nicht gleichmäßig auf den gesamten Warenkorb (Übersicht 7). Unter den Konsumgütern brach die Nachfrage nach halbdauerhaften Gütern (z. B. Bekleidung, Schuhe, Heimtextilien oder Haushaltsartikel) am stärksten ein (2023 -8,6%), war jedoch im Jahr 2022 durch Nachholeffekte kräftig gewachsen (+10,9%). Überdurchschnittlich stark sanken auch die Ausgaben für nichtdauerhafte Konsumgüter (-4,0%), zu denen u. a. Nahrungsmittel und Getränke sowie Energie und Treibstoffe zählen. Die Konsument:innen dürften in Reaktion auf die hohen Preise demnach bei der Menge gespart haben oder stiegen wo immer möglich auf günstigere Alternativen um. Die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern ist typischerweise hoch konjunkturtauglich. In diesem Segment

fiel der Rückgang mit 3,4% in Anbetracht der Einkommensentwicklung und der ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch eher milde aus. Stützend wirkte ein leichter Anstieg der Pkw-Neuzulassungen (+2,5% auf rund 74.900 Stück im Gesamtjahr 2023, bezogen auf private Haushalte), nachdem diese seit 2018 jedes Jahr gesunken waren. Dämpfend und für den Rückgang verantwortlich war hingegen die ausgeprägte Kaufzurückhaltung bei Möbeln und Elektrogeräten. Einerseits hatten die Konsument:innen während der COVID-19-Pandemie viel in die Verschönerung der eigenen vier Wände investiert (Stichwort "Cocooning"), andererseits belastete der rasche Anstieg der Zinsen 2022/23 den Immobilienmarkt. Dies dämpfte u. a. die Nachfrage nach neuer Einrichtung.

Im Gegensatz zum Warenkonsum löste die hohe Ausgabebereitschaft für Dienstleistungen auch im Jahr 2023 trotz lebhafter Teuerung Wachstumsimpulse aus. Der Konsum von Dienstleistungen, etwa von solchen der Beherbergung und Gastronomie oder von Erholungs- und Freizeitaktivitäten, legte nach

einem kräftigen Zuwachs im Jahr 2022 (+15,2%) auch 2023 zu (+3,4%). Der langfristige Trend einer Verschiebung des privaten Konsums in Richtung der Dienstleistungen, der nur in den Pandemie Jahren 2020/21 abgerissen war, setzte sich damit fort.

**Die Ausgaben für Dienstleistungen lieferten 2023 trotz hoher Teuerung positive Konsumimpulse.**

## Übersicht 7: Entwicklung des privaten Konsums im längerfristigen Vergleich

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	Ø 2011/ 2015	Ø 2015/ 2019	Ø 2019/ 2023	2020	2021	2022	2023
	Veränderung in % p. a.						
<b>Inlandskonsum</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>+ 1,2</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 9,4</b>	<b>+ 1,4</b>	<b>+ 8,0</b>	<b>- 0,4</b>
Dauerhafte Konsumgüter	- 0,9	+ 1,5	- 0,8	- 3,0	+ 3,5	- 0,3	- 3,4
Halbdauerhafte Konsumgüter	+ 1,2	+ 1,0	- 1,5	- 10,4	+ 3,5	+ 10,9	- 8,6
Nichtdauerhafte Konsumgüter	- 0,3	+ 1,0	- 0,9	+ 0,8	+ 2,7	- 2,8	- 4,0
Dienstleistungen	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,3	- 15,0	- 0,1	+ 15,2	+ 3,4
Konsum von Tourist:innen in Österreich	+ 1,6	+ 2,9	- 7,8 <sup>1)</sup>	- 44,0	- 28,6	+ 96,2	+ 11,8 <sup>2)</sup>
Konsum von in Österreich wohnhaften Personen im Ausland	- 0,1	+ 5,3	- 3,7 <sup>1)</sup>	- 63,7	+ 56,7	+ 57,0	+ 21,9 <sup>2)</sup>
<b>Inländerkonsum</b>	<b>+ 0,2</b>	<b>+ 1,3</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>- 8,8</b>	<b>+ 4,2</b>	<b>+ 5,9</b>	<b>- 0,4</b>
Konsum privater Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 3,7	+ 1,6	+ 1,5	- 1,7	+ 5,1	+ 0,7	+ 2,1
<b>Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>+ 1,3</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>- 8,5</b>	<b>+ 4,2</b>	<b>+ 5,7</b>	<b>- 0,3</b>
Dauerhafte Konsumgüter	- 0,9	+ 1,6	- 0,7	- 2,6	+ 3,7	- 0,3	- 3,6
Inländerkonsum ohne dauerhafte Konsumgüter	+ 0,5	+ 1,3	+ 0,2	- 9,2	+ 4,3	+ 6,3	+ 0,1

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Inländerkonsum . . . Inlandskonsum abzüglich des Konsums von Tourist:innen in Österreich zuzüglich des Konsums von in Österreich wohnhaften Personen im Ausland. - 1) 2019/2022. - 2) I. bis III. Quartal.

Das Verbrauchervertrauen (auf Basis des saisonbereinigten Saldos des harmonisierten EU-Konsumklimaindikatoren) hatte in Österreich Mitte 2022 den bisherigen Tiefstwert erreicht (Juli 2022 -34,3 Punkte). Seitdem war der Indikator in der Tendenz aufwärtsgerichtet (Dezember 2023 -17,8 Punkte), sowohl hinsichtlich der aktuellen Lage als auch der Erwartungen. Die pessimistischen Einschätzungen überwogen zwar weiterhin, aber nicht mehr so deutlich. Die Stimmungsbesserung steht jedoch im Kontrast zur schwachen Dynamik der Konsumausgaben.

Im Vergleich mit den Haushalten in Deutschland bzw. im Euro-Raum insgesamt waren die heimischen Konsument:innen im Jahr 2023 abermals etwas pessimistischer, gegen Ende des Jahres verringerte sich der Abstand allerdings leicht (Abbildung 7). Die Diskrepanz zwischen dem Anstieg im Verbrauchervertrauen und der (teils rückläufigen) Entwicklung der realen Konsumausgaben lässt sich auch in diesen Vergleichsregionen beobachten.

Österreichs Handel verzeichnete 2023 gemessen an Umsätzen und Wertschöpfung eines der schwierigsten Jahre der letzten Jahrzehnte, obwohl bereits die Pandemiejahre 2020/21 und der anschließende moderate Rebound sehr verhalten verlaufen waren. Die hohe Teuerung, welche nicht nur die Nachfrage nach Waren dämpft, sondern

auch kostenseitig zu deutlich höheren Ausgaben führt, z. B. für Mieten oder Energie, hat die Stimmung im Handel getrübt.

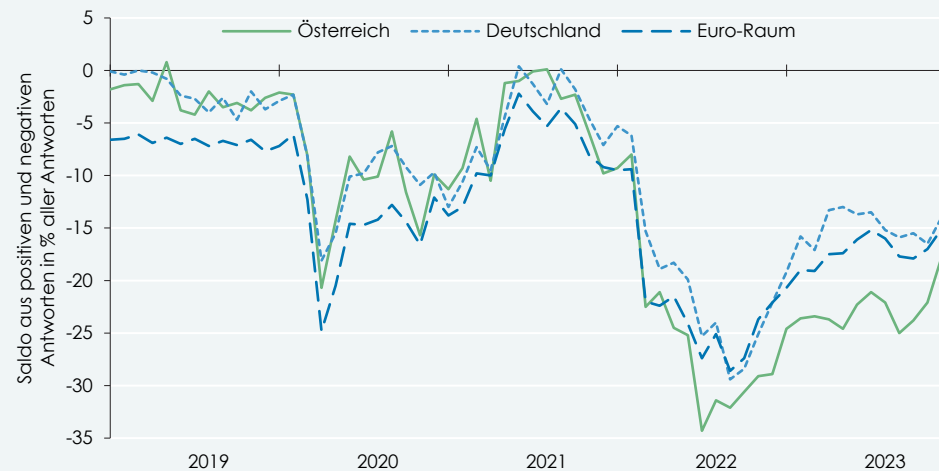
Im Handel insgesamt waren die Umsätze 2023 bereits nominell rückläufig, nachdem in den zwei Jahren davor zweistellige Zuwachsraten erzielt worden waren. Verantwortlich für den Einbruch war der Großhandel (-5,5% nach +17% 2022), welcher in etwa die Hälfte des gesamten Umsatzvolumens generiert. Im Einzelhandel (+2,9%; Umsatzanteil rund ein Drittel) und im Kfz-Handel (+11,8%) wurden die nominellen Umsätze hingegen ausgeweitet. Die kräftige Steigerung im Kfz-Handel lässt sich auf den Anstieg der Pkw-Neuzulassungen zurückführen (private Haushalte und Unternehmen insgesamt +11,2% gegenüber 2022).

Nach Abzug der Preissteigerungen, die im Einzelhandel (+6,7%) wie auch im Kfz-Handel (+7,1%) erneut beträchtlich waren (Großhandel +0,3%, insgesamt +3,1%), ergab sich für den Handel insgesamt ein realer Umsatzrückgang von 3,6% (2022 -1,2%). Damit erlitt 2023 nicht nur der Großhandel reale Umsatzeinbußen (-5,6%), sondern auch der Einzelhandel (-3,5%). Die Wertschöpfung im Handel insgesamt schrumpfte nach Abzug der Vorleistungen um real 5,8% (nominell -1,9%) und damit nach vorläufigen Zahlen der Statistik Austria sogar noch stärker als in den Pandemie Jahren 2020/21.

**Im Kontrast zur schwachen Ausgabenentwicklung nahm das Verbrauchervertrauen 2023 wieder zu.**

**Die Handelsumsätze brachen im Jahr 2023 ein.**

Abbildung 7: Entwicklung des saisonbereinigten Konsumklimaindixators



Q: Europäische Kommission, WIFO-Darstellung. Arithmetisches Mittel der Salden aus positiven und negativen Antworten in Prozent aller Antworten zur vergangenen und künftigen finanziellen Situation des Haushaltes, zur Erwartung hinsichtlich der künftigen allgemeinen Wirtschaftslage und zu geplanten größeren Anschaffungen. Saisonbereinigt durch Eurostat mittels Tramo-Seats.

Übersicht 8: Entwicklung im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz-Handel)	Einzelhandel (ohne Kfz-Handel)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
<b>Umsätze, nominell</b>				
2021	+ 11,2	+ 12,1	+ 14,9	+ 5,1
2022	+ 11,6	- 1,5	+ 17,0	+ 8,1
2023	- 0,8	+ 11,8	- 5,5	+ 2,9
<b>Umsätze, real</b>				
2021	+ 4,7	+ 9,2	+ 4,6	+ 3,0
2022	- 1,2	- 10,8	+ 1,1	- 0,8
2023	- 3,6	+ 4,4	- 5,6	- 3,5
<b>Preise (Ø 2015 = 100)</b>				
2021	+ 6,1	+ 2,7	+ 9,7	+ 1,9
2022	+ 13,0	+ 10,3	+ 15,7	+ 9,0
2023	+ 3,1	+ 7,1	+ 0,3	+ 6,7
<b>Beschäftigung</b>				
2021	+ 0,7	- 0,6	+ 0,4	+ 1,1
2022	+ 1,5	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,3
2023	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	- 0,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Die Beschäftigung im Handel war im Jahr 2023 ebenfalls rückläufig (-0,2% nach +1,5% im Vorjahr). Dies war primär dem Einzelhandel (-0,9%) zuzuschreiben, auf den derzeit mehr als die Hälfte der rund 550.000 Beschäftigungsverhältnisse im Handel entfallen.

### 2.5 Inflation zwar schwächer als 2022, aber deutlich höher als im Euro-Raum

Mit 7,8% im Jahresdurchschnitt 2023 war der Preisauftrieb in Österreich das zweite Jahr in

Folge ähnlich hoch wie zuletzt Mitte der 1970er-Jahre (2022: 8,6%, Ø 1973/1976: 8,2%; Übersicht 9). Die Lieferketten- und Energiepreisschocks der Vorjahre wirkten 2023 noch nach. Inflationsdämpfend wirkten die im Verlauf des Jahres abnehmende Überwälzung der Energiepreiserhöhungen auf Güter und Dienstleistungen und von den wirtschaftspolitischen Maßnahmen vor allem die Strompreissbremse. Einen inflationserhöhenden Einfluss hatten Preis-Lohn-Preis-Effekte und Indexierungen (z. B. von Mieten, Bankgebühren, Versicherungen, Mobilfunk-

Die Inflationsrate betrug im Jahresdurchschnitt 2023 7,8%; unterjährig sank sie von 11,2% im Jänner auf rund 5½% zu Jahresende.



tarifen), die gegenüber dem Vorjahr stärker wirkten. Unterjährig verlangsamte sich der Verbraucherpreisauftrieb (laut VPI) von 11,2% im Jänner 2023 bis zum Jahresende auf etwa 5½%. Die Abnahme des Inflations-

drucks setzte sich im I. Quartal 2024 fort; für die Jahre 2024/25 erwartet das WIFO einen weiteren stetigen Rückgang der Teuerungsrate.

## Übersicht 9: Entwicklung des (harmonisierten) Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2022	2023	I. Quartal 2023	II. Quartal 2023	III. Quartal 2023	IV. Quartal 2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
<b>Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)</b>	+ 8,6	+ 7,8	+ 10,4	+ 8,8	+ 6,8	+ 5,4
Kerninflationsrate des VPI <sup>1)</sup>	+ 5,6	+ 7,8	+ 8,6	+ 8,7	+ 7,6	+ 6,3
Mikrowarenkorb (täglicher Einkauf)	+ 10,2	+ 11,0	+ 14,9	+ 12,1	+ 9,6	+ 7,6
Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf)	+ 13,7	+ 6,8	+ 10,1	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,6
Gebühren und Tarife	+ 2,2	+ 3,6	+ 3,8	+ 3,3	+ 3,9	+ 3,4
<b>VPI-COICOP-Gruppen</b>						
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 10,7	+ 11,0	+ 15,9	+ 12,2	+ 9,6	+ 6,8
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 3,5	+ 6,5	+ 6,3	+ 7,1	+ 6,6	+ 6,1
Bekleidung und Schuhe	+ 1,8	+ 5,3	+ 6,5	+ 6,0	+ 6,2	+ 2,6
Wohnung, Wasser, Energie	+ 12,6	+ 11,1	+ 16,7	+ 14,6	+ 8,4	+ 6,0
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 7,7	+ 7,2	+ 11,0	+ 8,7	+ 6,3	+ 3,5
Gesundheitspflege	+ 2,8	+ 5,1	+ 5,1	+ 5,5	+ 5,3	+ 4,6
Verkehr	+ 16,2	+ 1,7	+ 8,6	- 0,2	- 1,0	- 0,0
Nachrichtenübermittlung	- 0,6	- 3,9	- 4,8	- 3,4	- 3,0	- 4,7
Freizeit und Kultur	+ 3,8	+ 7,3	+ 4,6	+ 8,5	+ 8,3	+ 7,9
Erziehung und Unterricht	+ 2,7	+ 5,4	+ 4,4	+ 5,6	+ 5,8	+ 6,3
Restaurants und Hotels	+ 8,9	+ 12,2	+ 13,0	+ 13,6	+ 11,9	+ 10,4
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 3,0	+ 7,4	+ 7,2	+ 8,3	+ 7,6	+ 6,4
<b>VPI-Sondergliederung</b>						
Lebensmittel einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak	+ 9,0	+ 10,1	+ 13,7	+ 11,0	+ 9,0	+ 6,7
Energie	+ 39,2	+ 4,9	+ 23,2	+ 6,1	- 2,5	- 3,4
Industriegüter	+ 7,4	+ 7,6	+ 10,5	+ 9,0	+ 6,9	+ 4,2
Dienstleistungen	+ 4,6	+ 7,9	+ 7,5	+ 8,6	+ 8,0	+ 7,6
<b>Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)</b>						
Insgesamt						
Österreich	+ 8,6	+ 7,7	+ 10,6	+ 8,6	+ 6,7	+ 5,1
Deutschland	+ 8,7	+ 6,0	+ 8,7	+ 6,9	+ 5,7	+ 3,0
Euro-Raum	+ 8,4	+ 5,4	+ 8,0	+ 6,2	+ 5,0	+ 2,7
Kerninflation <sup>1)</sup>						
Österreich	+ 5,1	+ 7,3	+ 8,0	+ 8,0	+ 7,3	+ 6,0
Deutschland	+ 3,9	+ 5,1	+ 5,5	+ 5,6	+ 5,8	+ 3,7
Euro-Raum	+ 3,9	+ 4,9	+ 5,6	+ 5,5	+ 5,1	+ 3,7

Q: Macrobond, Statistik Austria, Eurostat, WIFO-Berechnungen. – <sup>1)</sup> Ohne Energie und Lebensmittel (einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak).

Hatte Energie 2022 noch den Hauptbeitrag zum Inflationsgeschehen<sup>5)</sup> geleistet (+39,2%; Inflationsbeitrag 2,8 Prozentpunkte bei einem Gewicht im VPI von 7,43%), so sank ihr Beitrag 2023 deutlich (+4,9%; 0,4 Prozentpunkte). Dies ist vor allem der Verbilligung von Treibstoffen, Heizöl und Pellets, der Strompreisbremse sowie Basiseffekten bei Erdgas und Fernwärme zuzuschreiben. Bei Nahrungsmitteln und Industriegütern nahm

der Inflationsdruck trotz steigender Arbeitskosten ebenfalls ab, da sich die Lieferketten normalisierten und damit Transportkosten und Rohstoffpreise sanken.

Der größte Beitrag zur Inflation ging 2023 von den Dienstleistungen aus (+7,9%; 3,8 Prozentpunkte bei einem Gewicht von 48,8% im VPI-Warenkorb). Wegen der höheren Inflations-

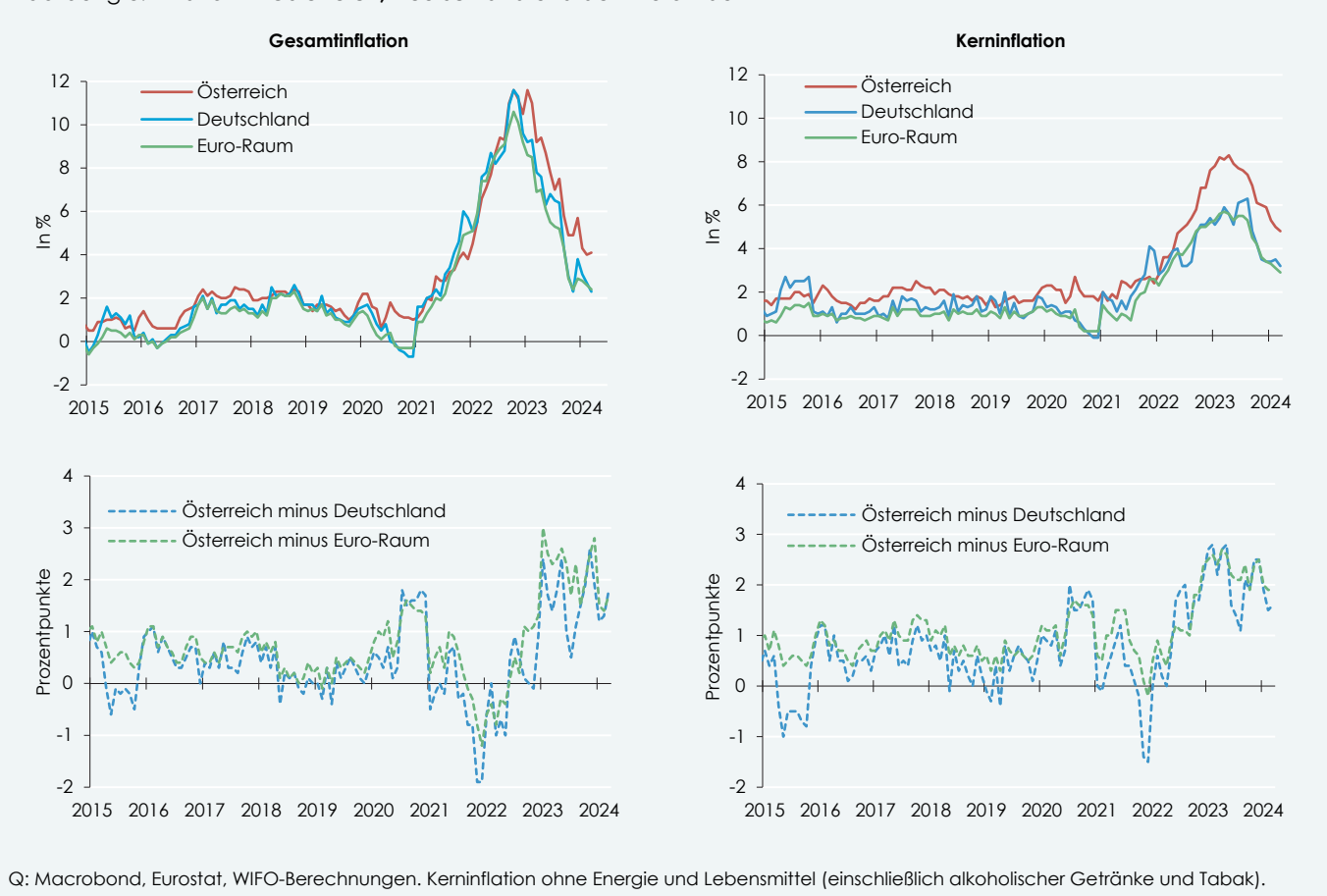
<sup>5)</sup> Preissteigerungen in % und Beiträge zur Gesamtinflation in Prozentpunkten nach Sondergruppen (laut VPI). 2022: Energie +39,2%, 2,8 Prozentpunkte; Dienstleistungen +4,6%, 2,2 Prozentpunkte; Industrielle Güter +7,4%, 2,1 Prozentpunkte; Nahrungs- und Genussmittel

+9,0%, 1,3 Prozentpunkte. 2023: Dienstleistungen +7,9%, 3,8 Prozentpunkte; Industrielle Güter +7,6%, 2,2 Prozentpunkte; Nahrungs- und Genussmittel +10,1%, 1,5 Prozentpunkte; Energie +4,9%, 0,4 Prozentpunkte.

persistenz<sup>6)</sup>, der hohen Bedeutung der Arbeitskosten in den arbeitsintensiven Dienstleistungszweigen (Gastronomie und Hotellerie; Reparatur, Service, Instandhaltung) und Preisindexierungen (Mieten, Versicherungsprämien, Mobiltelefonverträge, Bankgebühren) beschleunigte sich der Preisauftrieb im Bereich der Dienstleistungen gegenüber 2022 und nahm erst in der 2. Jahreshälfte 2023 leicht ab. Dadurch ging die Kerninflation (Gesamtinflation ohne Nahrungs- und Genussmittel sowie Energie, 7,8% im Jahresdurchschnitt) im Vergleich zur Gesamtinflation schwächer zurück (von 8,5% im Jänner auf 5,8% im Dezember).

Der Inflationsabstand zum Euro-Raum (HVPI; BIP-gewichteter Durchschnitt der 20 Mitgliedsländer des Euro-Raumes) vergrößerte sich 2023 beträchtlich: Während Österreich in den ersten sechs Monaten 2022 noch zu den Euro-Ländern mit den niedrigsten Inflationsraten gezählt hatte, gehörte es im Gesamtjahr 2023 zu den Ländern mit der höchsten Teuerung. Im Jahresdurchschnitt war die Inflationsrate hierzulande um 2,3 Prozentpunkte (unterjährig um höchstens 2,8 Prozentpunkte) höher als im Euro-Raum (Ø 1997/2010 -0,3 Prozentpunkte, Ø 2011/2021 +0,6 Prozentpunkte; Abbildung 8). Für den großen Abstand waren vor allem die Bereiche Energie und Dienstleistungen verantwortlich (Abbildungen 8 und 9).

Abbildung 8: Inflation in Österreich, Deutschland und dem Euro-Raum



Die höheren Inflationsbeiträge von Haushaltenergie wurden im Besonderen von den Preisen für Erdgas und Fernwärme getrieben. Hier drehte sich der Einfluss gegenüber 2021/22: damals waren die Preise für Erdgas und Fernwärme in den anderen Euro-Ländern früher und stärker gestiegen als in

Österreich. 2023 sanken sie dagegen im Euro-Raum (in manchen Ländern sehr stark und lieferten einen deutlich negativen Inflationsbeitrag<sup>7)</sup>), während sie sich in Österreich nicht bzw. kaum verbilligten (Abbildung 10).

<sup>6)</sup> Dienstleistungspreise werden nur selten angepasst – in der Mehrzahl der Fälle einmal jährlich, meist im Jänner (Gautier et al., 2024).

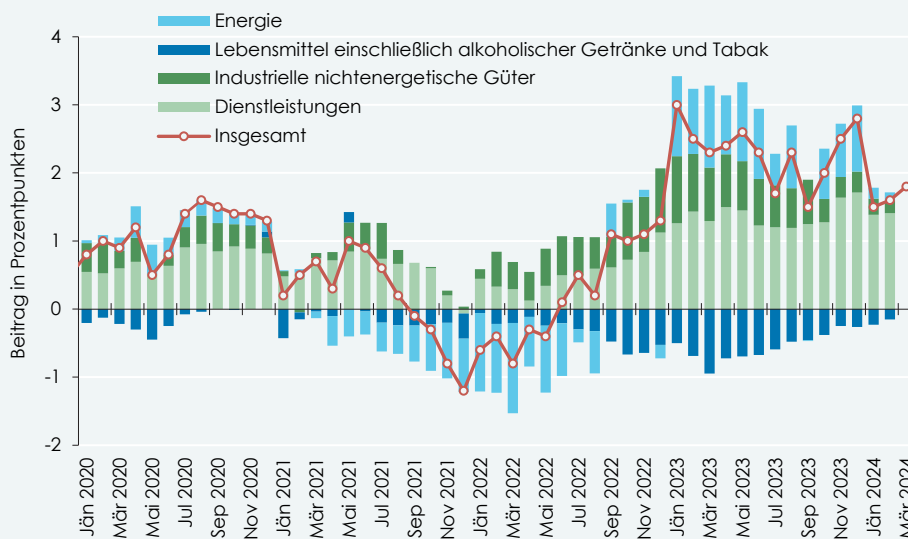
<sup>7)</sup> In den Niederlanden und Belgien war diese Entwicklung besonders ausgeprägt. In diesem Fall dürfte der Unterschied auch auf eine im Vergleich zu Österreich unterschiedliche Messung zurückzuführen sein

(Niederlande, Belgien: Neukundentarife, Österreich: Bestandskundentarife überwiegend mit einjährigen Fixtarifen). In Belgien erreichte der VPI-Teilindex für Erdgas im April 2023 das Niveau vom Frühjahr 2021 vor der Energiepreiskrise, während er in Österreich im gesamten Jahr 2023 mehr als 2½-mal so hoch notierte wie vor der Krise.

Der zweite Bereich, der maßgeblich zum Inflationsdifferential gegenüber dem Euro-Raum beitrug, waren die Dienstleistungen. In den arbeitsintensiven Dienstleistungsbranchen beeinflussten vor allem die in Österreich deutlich höheren Tariflohnsteigerungen das Preisniveau (siehe Abbildungen 11 und 12, linke Grafik, grüne Balken). Daneben verstärkte auch das in Österreich wesentlich

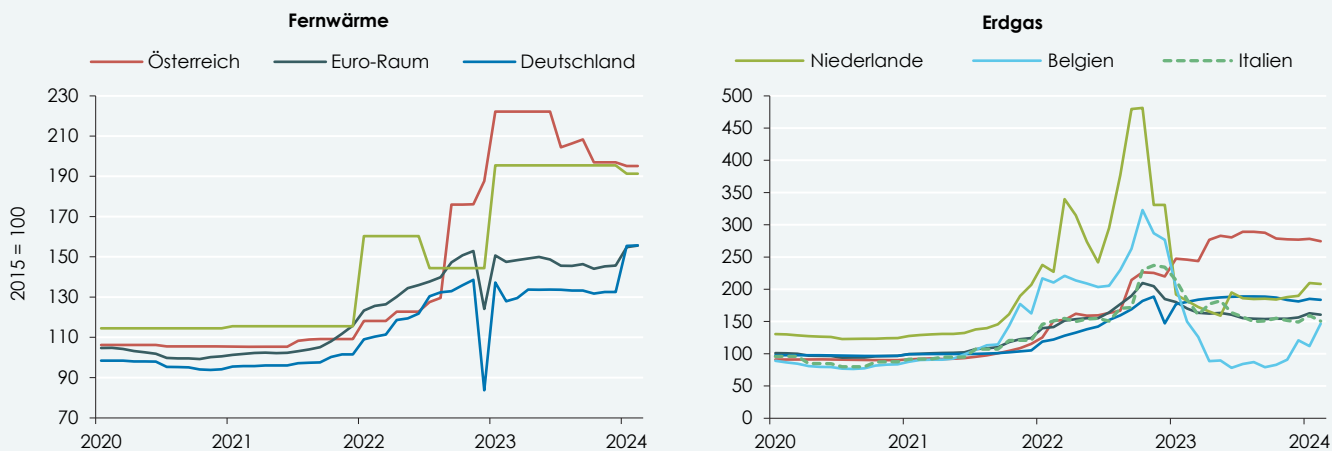
höhere Gewicht der Beherbergung und Gastronomie im HVPI-Warenkorb (CP 11; Österreich 15,8%, Euro-Raum 10,5%) den Inflationsbeitrag dieser Positionen. Darüber hinaus fielen hierzulande die Mietsteigerungen wegen der Indexierung kräftiger aus. Dies vergrößerte ebenfalls den Inflationsabstand bei den Dienstleistungen.

Abbildung 9: Beiträge zur Inflationsdifferenz zwischen Österreich und dem Euro-Raum



Q: Eurostat, Macrobond.

Abbildung 10: Preisentwicklung (laut HVPI) bei Fernwärme und Erdgas



Q: Eurostat, Macrobond.

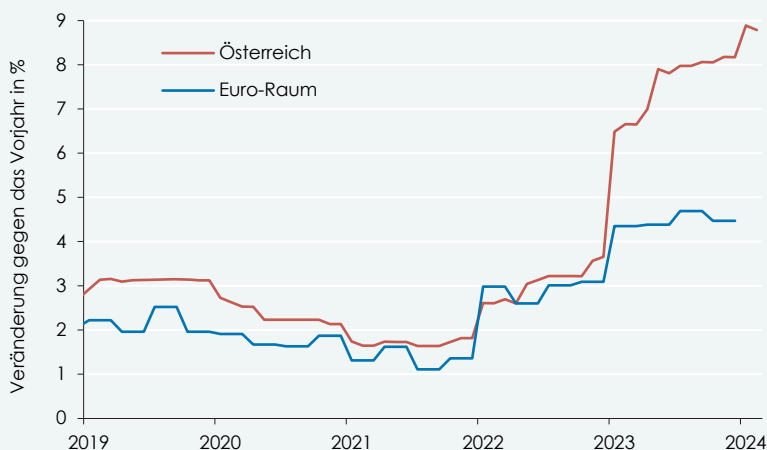
Während etliche Euro-Länder (insbesondere Spanien, Portugal und Frankreich) direkt in die Preisbildung vor allem der Haushaltsenergiepreise eingriffen, setzte Österreich den Schwerpunkt seiner Maßnahmen darauf, die Auswirkungen der Teuerung auf die Kaufkraft abzufedern: durch den Ausgleich der kalten Progression und die Indexierung der

Sozialleistungen wurden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte gestützt (siehe oben Kapitel 2.2 und 2.4). Die Aussetzung der Ökostrom-Förderbeiträge und die Reduktion der Energieabgabe für Gas und Strom wurden bis Dezember 2024 verlängert. Damit kam es 2023 zu keiner Rückführung und keinen inflationserhöhenden Effekten.

Die im Dezember 2022 eingeführte Strompreisbremse dämpfte 2023 die Inflation (laut WIFO-Schätzung um etwa 1 Prozentpunkt zu Jahresbeginn und um etwa ½ bis ¾ Prozentpunkte zum Jahresende). Die Strompreis-

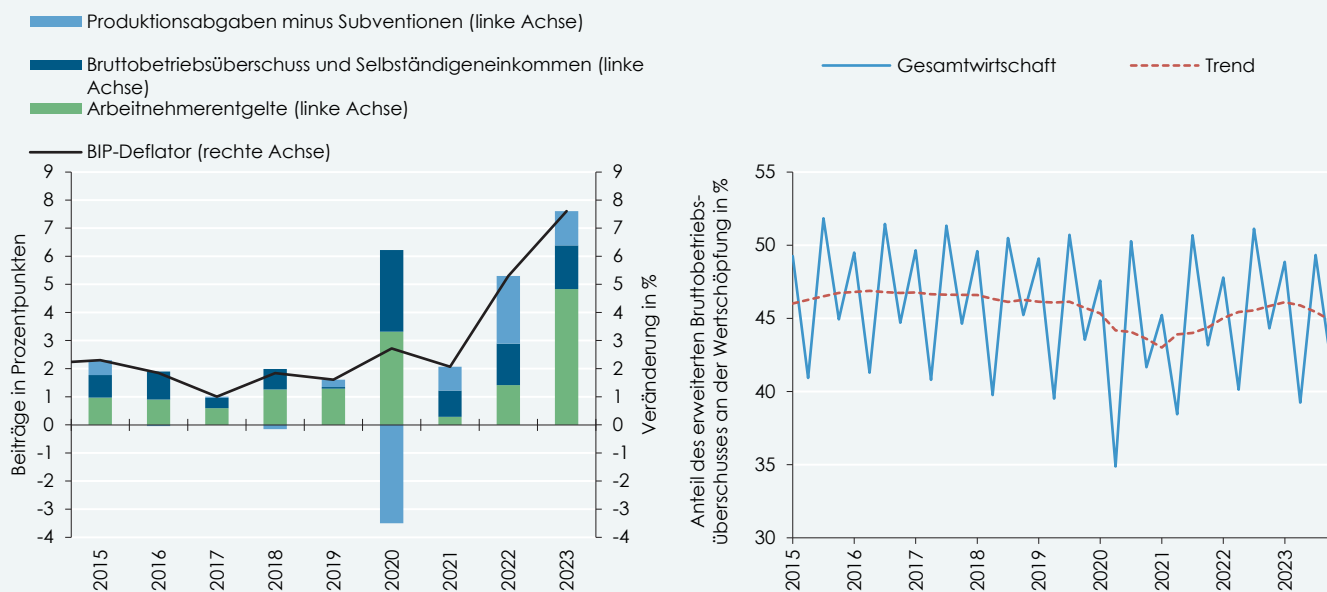
bremse wurde ebenfalls bis Ende 2024 verlängert, hat jedoch aufgrund eines Basiseffekts ihre inflationsdämpfende Wirkung mit Dezember 2023 eingebüßt, was zum Anstieg des VPI Ende 2023 mit beitrug.

Abbildung 11: **Tariflohnentwicklung**



Q: EZB, Statistik Austria.

Abbildung 12: **Zerlegung der BIP-Deflators und Bedeutung des Bruttobetriebsüberschusses für die Wertschöpfung in Österreich**



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Der BIP-Deflator als Indikator für Preisveränderungen in der gesamtwirtschaftlichen Produktion stieg 2023 voraussichtlich um 7½% (2022 +5,3%, 2021 +2,1%)<sup>8)</sup>. 2022 war jeweils rund ein Viertel des Preisanstiegs auf den Zuwachs der Arbeitnehmerentgelte und der

Bruttobetriebsüberschüsse und fast die Hälfte auf die Position "Produktionsabgaben minus Subventionen" entfallen. 2023 verschob sich das Gewicht deutlich in Richtung der Arbeitnehmerentgelte (rund 64%). Auf Bruttobetriebsüberschüsse und Nettoprodukt

<sup>8)</sup> Nach vorläufigen Daten auf der Basis der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für

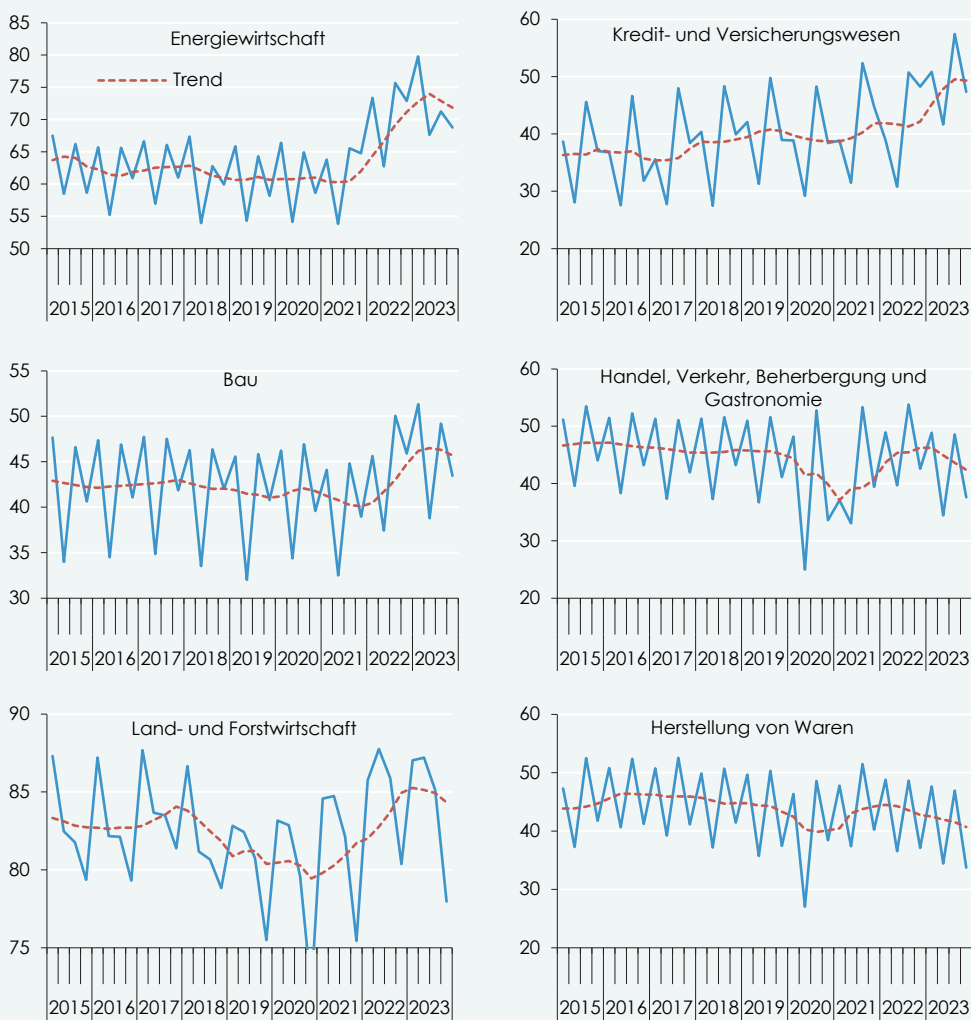
das IV. Quartal 2023, veröffentlicht am 29. Februar 2024 durch Statistik Austria.

tionsabgaben entfielen 2023 nur noch 20% bzw. 16% (Abbildung 12; Fritzer et al., 2023; Schneider, 2024). Der Anteil der erweiterten Bruttobetriebsüberschüsse (einschließlich Nettoproduktionsabgaben) an der nominalen Wertschöpfung dient als grober Indikator für die Ertragslage. 2022 war er in den Bereichen Energiewirtschaft (i. w. S.; ÖNACE 2008, Abschnitte B, D und E), im Bauwesen (Abschnitt F) und in der Land- und Forstwirtschaft

(Abschnitt A) im langjährigen Vergleich merklich erhöht gewesen<sup>9)</sup>. Dieser Trend hielt in den genannten Sektoren auch im Jahr 2023 (leicht) abgeschwächt an. Hinzu kam der Sektor Kreditwirtschaft; dort folgte auf die Zinswende der EZB im Sommer ab dem IV. Quartal 2022 eine deutliche Verbesserung der Ertragsituation, die sich 2023 fortsetzte (Abbildung 13, rechte Grafik, rot strichlierte Linie).

Abbildung 13: Anteil des erweiterten Bruttobetriebsüberschusses an der Bruttowertschöpfung in Österreich

In %



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Bruttobetriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen einschließlich Nettosteuern = Bruttowertschöpfung abzüglich Arbeitnehmerentgelte.

### 3. Literaturhinweise

Baumgartner, J., Scheiblecker, M., & Url, T. (2022). Maintaining credibility is currently the top priority. *Monetary Dialogue Papers*. Europäisches Parlament. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2022/733995/IPOL\\_IDA\(2022\)733995\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2022/733995/IPOL_IDA(2022)733995_EN.pdf).

<sup>9)</sup> Es sei darauf hingewiesen, dass die Daten der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bis zur Präsentation der Jahresrechnung im September 2024 noch mehrfach revidiert werden. Bei den Deflatoren der Wertschöpfung sowie den Gütersteuern und

Gütersubventionen gab es in der Vergangenheit die größten Revisionen. In der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden für die Wirtschaftsbereiche nur die Wertschöpfung und die Arbeitnehmerentgelte veröffentlicht.

- Budgetdienst (2024). *Budgetvollzug Jänner bis Dezember 2023. Analyse*. Budgetdienst des Österreichischen Parlaments. <https://www.parlament.gv.at/dokument/budgetdienst/budgetvollzug/BD-Budgetvollzug-Jaenner-bis-Dezember-2023.pdf>.
- Bundesministerium für Finanzen – BMF (2023). *Strategiebericht 2024 bis 2027 gem. § 14 BHG. Budgetbericht 2024 gem. § 42 Abs. 3 BHG 2013*. [https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:492ea544-563c-4d74-a69f-124e8a1d0577/Strategiebericht\\_2024\\_bis\\_2027\\_Budgetbericht\\_2024.pdf](https://www.bmf.gv.at/dam/jcr:492ea544-563c-4d74-a69f-124e8a1d0577/Strategiebericht_2024_bis_2027_Budgetbericht_2024.pdf).
- Burton, A., & Ehn-Fragner, S. (2023). Tourismus trotz anhaltender Teuerung wieder deutlich erstartet. *WIFO-Monatsberichte*, 96(11), 765-777. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71222>.
- Fritzer, F., Reiss, L., & Schneider, M. (2023, 19. September). Was treibt die Inflation in Österreich – Energieimporte, Profite oder Löhne?. *Thema im Fokus*. <https://www.oenb.at/Presse/thema-im-fokus/2023/was-treibt-die-inflation-in-oesterreich-energieimporte-profite-oder-loehne.html>.
- Gautier, E., Conflitti, C., Faber, R. P., Fabo, B., Fadejeva, L., Jouvanceau, V., Menz, J.-O., Messner, T., Petroulas, P., Roldan-Blanco, P., Rumler, F., Santoro, S., Wieland, E., & Zimmer, H. (2024). New Facts on Consumer Price Rigidity in the Euro Area. *American Economic Journal – Macroeconomics* (erscheint demnächst). <https://www.aeaweb.org/articles?id=10.1257/mac.20220289&&from=f>.
- Kettner, C., Schratzenstaller, M., & Sutrich, A. (2023). Österreichs Anti-Teuerungsmaßnahmen 2022 bis 2026. Treffsicherheit und ökologische Aspekte. *WIFO Research Briefs*, (7). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70776>.
- Klien, M., & Weingärtler, M. (2024). Einbruch im europäischen Bauwesen. Euroconstruct-Prognose bis 2026. *WIFO-Monatsberichte*, 97(2), 87-98. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71457>.
- Pekanov, A., (2024). Deutliche Straffung der Geldpolitik dämpft Inflation im Euro-Raum. *WIFO-Monatsberichte*, 97(4), 233-244. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71548>.
- Sgaravatti, G., Tagliapietra, S., Trasi, C., & Zachmann, G. (2023). National policies to shield consumers from rising energy prices. *Bruegel Datasets*. <https://www.bruegel.org/dataset/national-policies-shield-consumers-rising-energy-prices>.
- Schneider, M. (2024). What contributes to consumer price inflation? A novel decomposition framework with an application to Austria. *OeNB Working Paper*, (255). <https://www.oenb.at/dam/jcr:69c7e1ef-4fe2-4420-9ef2-2ae896af2ab8/wp-255.pdf>.

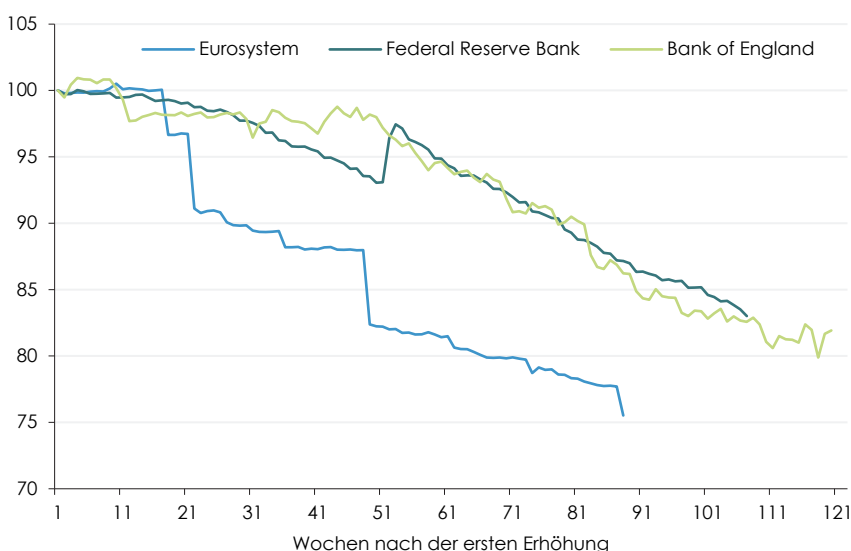
# Deutliche Straffung der Geldpolitik trägt zur Inflationsdämpfung im Euro-Raum bei

Atanas Pekanov

- 2023 setzten die führenden Zentralbanken ihre geldpolitische Straffung fort.
- Die Bilanz des Eurosystems wurde schneller und stärker reduziert als jene der Federal Reserve Bank oder der Bank of England.
- Die Sekundärmarktrenditen auf Staatsanleihen der Euro-Länder liegen weiterhin eng beisammen. Der Transmissionsmechanismus der Europäischen Zentralbank (EZB) ist somit nicht gefährdet, was teilweise auf die Einführung des Transmission Protection Instrument (TPI) zurückzuführen ist.
- Das Kreditvolumen wuchs in Österreich etwas kräftiger als im Euro-Raum.
- Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen erreichte 2023 das höchste Niveau seit 10 Jahren (+13% gegenüber dem Vorjahr).
- Die österreichischen Banken erzielten ein sehr gutes Jahresergebnis.
- Die Marktkapitalisierung der Wiener Börse blieb mit 26% des nominellen BIP stabil.

## Bilanzen der führenden Zentralbanken

Indexiert auf 100 zu Beginn des jeweiligen Leitzinserhöhungszyklus



**"Die Zinssätze für Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen stiegen 2023 weiter an."**

Die Bilanz des Eurosystems ist schneller und stärker reduziert worden als jene der Federal Reserve Bank oder der Bank of England (Q: EZB, Federal Reserve Bank, Bank of England).

# Deutliche Straffung der Geldpolitik trägt zur Inflationsdämpfung im Euro-Raum bei

Atanas Pekanov

## Deutliche Straffung der Geldpolitik trägt zur Inflationsdämpfung im Euro-Raum bei

Die Europäische Zentralbank (EZB) setzte 2023 weitere Schritte zur Straffung der Geldpolitik. Die Bilanz des Eurosystems wurde rascher und stärker reduziert als jene der Federal Reserve Bank oder der Bank of England. Das Kreditvolumen wuchs in Österreich etwas kräftiger als im Euro-Raum, aber weniger deutlich als 2022. Ein Rückgang der Kreditvergabe war vor allem bei Wohnkrediten zu verzeichnen. Die Kreditqualität blieb 2023 trotz der vermehrten Insolvenzen, der trüben wirtschaftlichen Aussichten und der hohen Zinsen hoch. Die Aktienmärkte erwiesen sich angesichts der kräftigen Straffung der Geldpolitik und ausgeprägten geopolitischen Risiken als sehr widerstandsfähig.

**JEL-Codes:** E52, G21, G32, G52 • **Keywords:** Geldpolitik, Kreditwesen, Unternehmensfinanzierung, Sparen der privaten Haushalte

**Begutachtung:** Christian Glocker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Ursula Glauninger ([ursula.glauninger@wifo.ac.at](mailto:ursula.glauninger@wifo.ac.at)), Cornelia Schobert ([cornelia.schobert@wifo.ac.at](mailto:cornelia.schobert@wifo.ac.at)) • Abgeschlossen am 19. 4. 2024

**Kontakt:** Atanas Pekanov ([atanas.pekanov@wifo.ac.at](mailto:atanas.pekanov@wifo.ac.at))

## Significant Tightening of Monetary Policy Helps to Dampen Inflation in the Euro Area

The European Central Bank (ECB) continued its monetary policy tightening with further steps in 2023. The balance sheet of the Eurosystem was reduced faster and more strongly than that of the Federal Reserve Bank or the Bank of England. The volume of credit grew slightly more in Austria than in the Euro area, but less so than in 2022. A decline in lending was particularly noticeable in mortgage loans. Despite increased insolvencies, bleak economic prospects, and high interest rates, credit quality remained high. In the face of significant monetary policy tightening and heightened geopolitical risks, the stock markets proved to be very resilient in 2023.

## 1. Europäische Zentralbank setzt weitere Schritte zur Straffung der Geldpolitik

Das Transmission Protection Instrument (TPI) wurde noch nicht aktiviert, spielt aber bereits jetzt eine wichtige Rolle und hat dazu beigetragen, eine Ausweitung der Zinsabstände zwischen den Euro-Ländern zu verhindern.

2023 setzte die Europäische Zentralbank ihre geldpolitische Straffung fort. Eine Abkehr von der bisherigen Nullzinspolitik, die vor und nach Ausbruch der COVID-19-Pandemie gegolten hatte, erfolgte aufgrund der Inflationschübe bereits im Jahr 2022 mit vier Leitzinserhöhungen. Im Jahr 2023 folgten sechs weitere Zinsanhebungen um jeweils 50 Basispunkte im Februar und März und um je 25 Basispunkte im Mai, Juni, Juli und September. Im September 2023 lagen der Hauptrefinanzierungssatz bei 4,50%, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 4,00% und der Spitzenrefinanzierungssatz bei 4,75%. Mit Ausnahme des Spitzenrefinanzierungssatzes wurden damit die bisher höchsten Niveaus erreicht. Am 14. September 2023 verlautbarte der EZB-Rat das Ende des Zinserhöhungszyklus; die Leitzinsen hätten "ein Niveau erreicht (. . .), das – wenn es lange genug aufrechterhalten wird – einen erheblichen Beitrag zu einer zeitnahen Rückkehr der Inflation auf den Zielwert leisten wird" (Europäische Zentralbank, 2023).

Am 21. Juli 2022 genehmigte die EZB die Einführung eines neuen geldpolitischen Instruments, des Transmission Protection Instru-

ment (TPI), um eine Vergrößerung der Zinsdifferenzen in den Sekundärmarktrenditen auf Staatsanleihen der Euro-Länder hintanzuhalten. Mit der Straffung der Geldpolitik und dem Auslaufen der unterschiedlichen "Quantitative Easing"-Programme drohte ein rasanter Anstieg der Renditen auf Staatsanleihen, der die Wirksamkeit der EZB-Geldpolitik in den einzelnen Euro-Ländern beeinträchtigen könnte. Eine zu große Divergenz der Sekundärmarktrenditen würde den Transmissionsmechanismus der EZB und die Einheit des Währungsraumes gefährden, da sie die Finanzierungsbedingungen für Banken, Unternehmen und private Haushalte in den Euro-Ländern potenziell verschärft. Das TPI ermöglicht der EZB Wertpapierankäufe (fokussiert auf Anleihen des öffentlichen Sektors), um einer solchen Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen in einzelnen Euro-Ländern entgegenzuwirken. Das TPI wird nur dann aktiviert, wenn die EZB die Effektivität ihrer eigenen Geldpolitik wegen einer "ungerechtfertigten, ungeordneten Marktdynamik" als gefährdet einschätzt. Um für die Ankäufe im Rahmen des TPI in Frage zu kommen, müssen die Euro-Länder die Fiskalregeln der EU einhalten (kein aktives



Verfahren bei einem übermäßigen Defizit – Excessive Deficit Procedure), tragfähige öffentliche Finanzen sowie eine solide und nachhaltige Wirtschaftspolitik nachweisen. Zudem darf kein "schwerwiegendes makroökonomisches Ungleichgewicht" vorliegen (EZB, 2022)<sup>1)</sup>.

Kritiker:innen argumentierten, dass einige dieser vier Kriterien nicht exakt definiert seien, was für intransparente, diskretionäre Entscheidungen sorgen könne. Zudem sei fraglich, ob Mitgliedsländer, die die Fiskalregeln der EU einhalten und tragfähige öffentliche Finanzen nachweisen, jemals auf die

Unterstützung durch das TPI angewiesen sind. Inwieweit die Kritik berechtigt ist, ist noch unklar, zumal das TPI seit seiner Einführung noch nie aktiviert wurde. Dies könnte auf seine Wirksamkeit hindeuten – allein die Ankündigung, dass Euro-Länder bei einem starken Anstieg der Renditen auf Staatsanleihen Unterstützung erhalten können, hat zur Vermeidung von Divergenzen beigetragen. Kritiker:innen monieren jedoch, dass die Intervention der EZB die Marktkräfte, die zu einer angemessenen Erhöhung der Sekundärmarktrenditen beitragen würden, aushebelt. Dies könne langfristig zu nachteiligen Ungleichgewichten führen.

Übersicht 1: **Änderungen der Zinssätze des Eurosystems und der OeNB**

	Einlagefazilität	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäft In %	Basiszinssatz	Referenzzinssatz
27. Juli 2022	0,00	0,75	0,50	- 0,12	0,65
14. September 2022	0,75	1,50	1,25	0,63	1,75
2. November 2022	1,50	2,25	2,00	1,38	2,50
21. Dezember 2022	2,00	2,75	2,50	1,88	3,00
8. Februar 2023	2,50	3,25	3,00	2,38	3,50
22. März 2023	3,00	3,75	3,50	2,88	4,00
10. Mai 2023	3,25	4,00	3,75	2,88	4,00
21. Juni 2023	3,50	4,25	4,00	3,38	4,50
2. August 2023	3,75	4,50	4,25	3,38	4,50
20. September 2023	4,00	4,75	4,50	3,88	5,00

Q: EZB, OeNB.

## 2. Weitere Verschärfung der Finanzierungsbedingungen für private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen

Die Straffung der Geldpolitik ließ neben den Sekundärmarktrenditen auf Staatsanleihen auch die Kreditzinssätze für private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen ansteigen (Abbildung 1). Im Euro-Raum sind die Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen derzeit so hoch wie zuletzt vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09. Den Höhepunkt erreichten sie im Oktober 2023 mit 5,27%; seitdem sind sie leicht auf 5,12% (Februar 2024) gesunken. Die Zinssätze für Kredite privater Haushalte stiegen etwas schwächer, erreichten mit 4,02% im November 2023 ein ähnliches Niveau wie 2011 und sind seither etwas auf 3,84% zurückgegangen.

Im Verlauf des Jahres 2023 verlangsamte sich die Inflation gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) deutlich, da nachfragedämpfende Faktoren und die geldpolitische Straffung zusammentrafen. Anfang 2023 hatte die Inflation im Durchschnitt des Euro-Raumes noch 8,6% betragen, womit sie mehr als viermal so hoch war

wie das Inflationsziel der EZB. Bis November 2023 sank sie auf 2,4%. Im Dezember folgte aufgrund des Auslaufens fiskalischer Maßnahmen zur Dämpfung der Energiepreise ein leichter Anstieg. Auch die Kerninflation ging im Laufe des Jahres 2023 zurück (Euro-Raum: Jänner 5,3%, Dezember 3,4%). Der Inflationsrückgang ist vor allem der gestrafften Geldpolitik und dem Auslaufen des Pandemie-Notfallankaufprogrammes (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) zuzuschreiben. Für 2024 erwartet das WIFO eine weitere Verlangsamung des Preisauftriebs und somit eine erneute Lockerung der Geldpolitik.

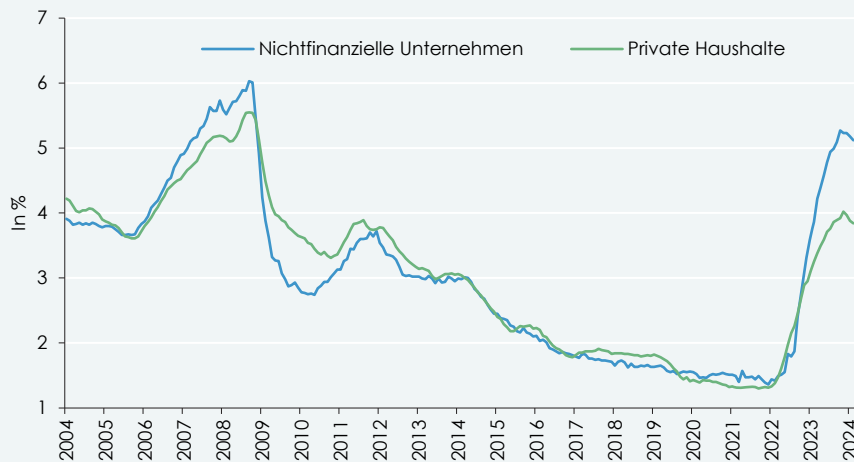
In Österreich blieb die Inflationsrate gemäß HVPI allerdings deutlich über dem Durchschnitt des Euro-Raumes. Im Jänner 2023 betrug sie 11,6%, im Dezember 5,7%. Mit Blick auf die heimische Inflationsentwicklung würde es also Sinn machen, die Finanzierungsbedingungen länger straff zu halten als in anderen Euro-Ländern.

**Die starke geldpolitische Straffung hat zu einer deutlichen Reduktion der Inflation im Euro-Raum beigetragen.**

<sup>1)</sup> Europäische Zentralbank – EZB (2022, 21. Juli). Geldpolitische Beschlüsse. <https://www.ecb.europa>.

[eu/press/pr/date/2022/html/ecb.mp220721~53e5bdd317.de.html](https://www.wifo.at/press/pr/date/2022/html/ecb.mp220721~53e5bdd317.de.html) (abgerufen am 17. 3. 2023).

Abbildung 1: **Kreditzinssätze für das Neugeschäft im Euro-Raum**



Q: EZB. Private Haushalte: Zinssatz für Wohnbaukredite.

**Die Bilanz des Eurosystems ist schneller und stärker reduziert worden als jene der Federal Reserve Bank oder der Bank of England.**

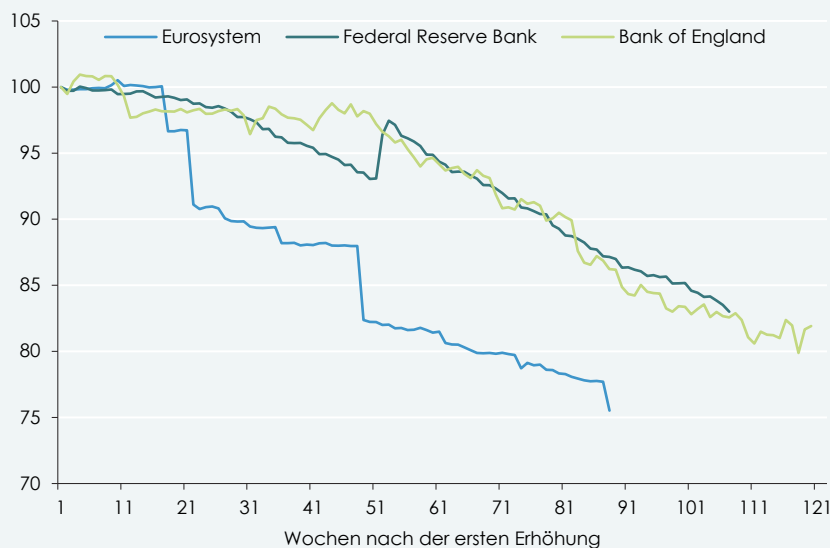
Die geldpolitische Straffung war begleitet von einer kräftigen Reduktion der konsolidierten Bilanz der EZB und der nationalen Zentralbanken. Im Dezember 2023 lag sie um 12,8% unter dem Niveau des Vorjahres. Die Politik der Bilanzreduzierung (Quantitative Tightening) wurde durch das Auslaufen der Wertpapierankaufprogramme, des Asset Purchase Programme (APP) und mit Ende 2024 auch des PEPP, bedingt. Tilgungszahlungen aus abreifenden Wertpapieren des APP werden nicht mehr reinvestiert, was das APP-Portfolio allmählich verkleinert. Ab Juli beginnt auch für das PEPP die Bilanzverkürzung, da die Tilgungszahlungen nicht mehr vollständig reinvestiert werden, wodurch das

Portfolio pro Monat um durchschnittlich 7,5 Mrd. € schrumpft, bis das Programm zu Jahresende vollständig ausläuft. Hinsichtlich der Wertpapierankäufe wird die EZB bis zum Auslaufen des PEPP weiterhin flexibel agieren, um möglichem Druck auf den geldpolitischen Übertragungsmechanismus entgegenzuwirken.

Die Bilanz des Eurosystems ist schneller und in höherem Ausmaß reduziert worden als jene der Zentralbanken der USA oder des Vereinigten Königreichs. Abbildung 2 zeigt die relative Entwicklung der Bilanzen seit dem Höhepunkt des Quantitative Easing während der COVID-19-Pandemie.

Abbildung 2: **Bilanzen der führenden Zentralbanken**

Indexiert auf 100 zu Beginn des jeweiligen Leitzinserhöhungszyklus

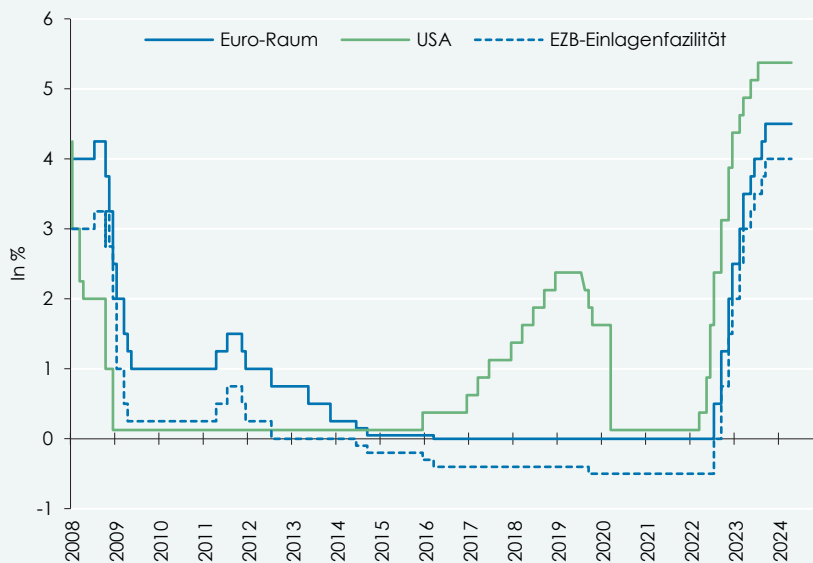


Q: EZB, Federal Reserve Bank, Bank of England.

Die Geldpolitik wurde 2023 auch in den USA weiter gestrafft. Die Leitzinssätze erreichten somit historisch hohe Niveaus (Abbildung 3). Im Euro-Raum wurden die Geldmarktzinssätze von den Entscheidungen der EZB getrieben. Der Zinssatz für die Einlagenfazilität stieg von 2,0% im Jänner auf 4,0% im Dezem-

ber 2023, der Euribor-Dreimonatzinssatz von 2,34% auf 3,93%. Die Differenz zwischen den beiden Zinssätzen schwankte im Jahresverlauf zwischen 0,3 und 0,5 Prozentpunkten und reduzierte sich zu Jahresende auf 0,05 Prozentpunkte.

Abbildung 3: **Leitzinssätze**



Q: EZB, Federal Reserve Board (Mittelwert der Bandbreite).

Die Federal Reserve Bank hatte wegen der höheren Inflation schon im März 2022 und damit früher als die EZB mit den Zinsanhebungen begonnen. 2023 setzte sie vier weitere Zinsschritte (im Februar, März, Mai und Juli), kombiniert mit einer Reduktion der Wertpapierankaufprogramme. Seit Juli 2023 hat die Federal Reserve Bank die Leitzinsen unverändert bei 5,375% belassen.

In den USA war der Anstieg der Inflation im Jahr 2022 viel stärker als im Euro-Raum durch die lebhaftere Konsumnachfrage getrieben, die durch staatliche Transfers an die privaten Haushalte gestützt wurde (Blanchard & Bernanke, 2023). Mit dem Auslaufen der einkommensstützenden Maßnahmen ist somit ein wichtiger Inflationstreiber weggefallen. Da auch die angebotsseitigen Triebkräfte wie etwa Energiepreisschocks schwächer werden, ist in den USA in den kommenden Monaten ein weiterer Rückgang der Inflation zu erwarten.

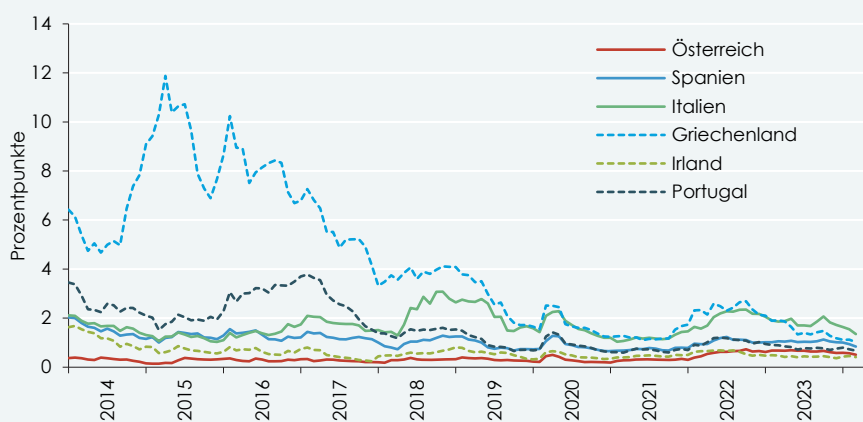
Der Anstieg der Renditen auf Staatsanleihen der Euro-Länder, der 2022 eingesetzt hatte, hielt getrieben von den Zinsschritten der EZB bis in den Herbst 2023 an. Die deutliche Erhöhung der Renditen im Jahr 2022 war auf die aggressive geldpolitische Straffung und die Reduktion der Nettozukäufe von Wert-

papieren zurückzuführen. Die Renditen auf festverzinsliche österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren legten 2023 weiter zu und erreichten im Oktober mit 3,5% einen Höhepunkt, sind aber seither wieder zurückgegangen. Ende 2023 befanden sie sich mit 2,7% auf einem ähnlichen Niveau wie zu Jahresbeginn. Ähnlich entwickelten sich die Renditen von deutschen und französischen Staatsanleihen. Im Falle Italiens waren sie zu Jahresende sogar deutlich niedriger als Anfang 2023 (Jänner 4,2%, Dezember 3,8%). Der Zinsabstand der Staatsanleihen Österreichs zu deutschen Bundesanleihen erhöhte sich mit Ausbruch des Ukraine-Krieges von 0,3 Prozentpunkten im Jänner 2022 auf 0,6 Prozentpunkte im Mai, lag danach stabil zwischen 0,6 und 0,7 Prozentpunkten und verringerte sich erst Anfang 2024 etwas. Es ist fraglich, ob der erhöhte Zinsabstand aus der stärkeren Betroffenheit Österreichs von den geopolitischen Entwicklungen folgt; er dürfte vielmehr der allgemeinen Flucht zu den sichersten Staatsanleihen im Euro-Raum ("Flight to Safety") geschuldet sein. Darauf deutet die Tatsache, dass sich nach Ausbruch des Ukraine-Krieges der Zinsabstand gegenüber deutschen Bundesanleihen in den meisten Euro-Ländern vergrößert hat.

**Nach einer schnelleren Reaktion im Jahr 2022 stellte die Federal Reserve Bank auch früher die Zinserhöhungen ein.**

**Die Sekundärmarkrenditen auf österreichische Benchmark-Anleihen stiegen 2022 überdurchschnittlich.**

Abbildung 4: Zinsabstand 10-jähriger Staatsanleihen ausgewählter Euro-Länder zu deutschen Staatsanleihen



Q: OeNB.

**Ratingagenturen bestätigten 2023 die Kreditwürdigkeit Österreichs. Im April 2024 entzog Scope Österreich jedoch das höchste Rating.**

**Die Ex-post-Realzinsen näherten sich aufgrund der sinkenden Inflation deutlich der Nulllinie.**

**Im Euro-Raum schrumpfte die Geldmenge 2023.**

Das Budgetdefizit des österreichischen Gesamtstaates sank 2023 merklich von  $-3,3\%$  auf  $-2,7\%$  des BIP, nachdem es während der COVID-19-Pandemie erhöht gewesen war. Im August 2023 bestätigten Standard & Poors sowie Fitch das AA+-Rating der Republik Österreich, Fitch hob zudem den Ausblick an. Die Verbesserung basierte auf einer Minderung der Risiken bezüglich der Energie- und vor allem der Erdgaslieferungen. Die positive Einschätzung gründete zudem darauf, dass trotz einer höheren Verschuldungsquote als in ähnlichen EU-Ländern, die Refinanzierungsrisiken der Republik Österreich durch eine relativ lange Laufzeit der bestehenden Staatsanleihen sowie durch niedrige Finanzierungskosten gering sind (Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, 2023). Ende April 2024 entzog die Rating-Agentur Scope Österreich die Bestnote, indem sie die langfristige Bonitätsbewertung von "AAA" auf "AA+" senkte. Als Grund nannte sie vor allem die zunehmende Divergenz des Defizits im Vergleich zu anderen hoch bewerteten Euro-Ländern. Der Ausblick wurde von zuvor "negativ" auf "stabil" gesetzt.

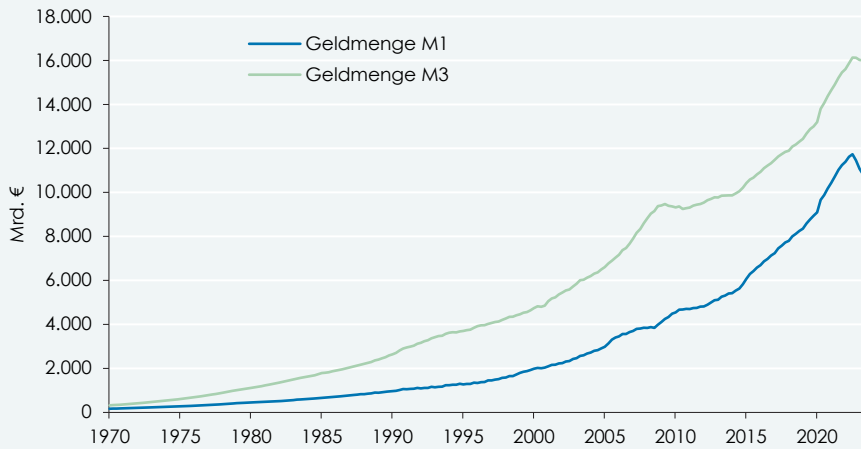
Die Staatsschuld sank 2023 nur langsam von  $78,4\%$  des BIP Ende 2022 auf  $77,8\%$  Ende 2023. Die Zinszahlungen blieben mit unter  $1\%$  des BIP weiterhin niedrig und lagen deutlich unter den Höchstwerten aus den 1990er-Jahren (Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, 2024). Die gute Bewertung Österreichs durch die wichtigsten Rating-Agenturen war auch darauf zurückzuführen, dass die Gesamtverschuldung der heimischen Realwirtschaft klar unter dem Durchschnitt des Euro-Raumes lag und die Risiken hinsichtlich der Finanzmarktstabilität somit als gering eingeschätzt wurden. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Staatsschuld belief sich Ende 2023 auf  $11,1$  Jahre (OeBFA, 2024). Die Verschuldung der Republik Österreich war mit einer durchschnittlichen Ver-

zinsung von  $3,3\%$  ausgestattet, sodass die Effektivverzinsung im gesamten Schuldenbestand weiter auf  $1,79\%$  anstieg (2022:  $1,2\%$ ; OeBFA, 2024).

Wegen des Rückgangs der Inflationsraten fiel die Realverzinsung auf Staatsanleihen 2023 weniger negativ aus als im Vorjahr. Im Dezember 2022 hatte der reale Verlust für Investor:innen in österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren (Benchmark) noch  $7,5\%$  betragen, da die Renditen nicht ausreichend zugelegt hatten, um die hohe Inflation zu kompensieren. Bis Dezember 2023 erhöhte sich die Realverzinsung auf  $-2,9\%$ , nachdem sie im Jänner noch  $-8,4\%$  betragen hatte. Die im Vergleich zum Durchschnitt des Euro-Raumes noch relativ ungünstige Realverzinsung ist teilweise auf die höhere Inflation in Österreich zurückzuführen – im Euro-Raum lagen die Realzinsen Ende 2023 hingegen nahe bei  $0\%$ . In den USA drehte die Verzinsung auf Fed Treasuries im Jahresverlauf in den positiven Bereich (Dezember 2023:  $0,7\%$ , real).

Getrieben durch die straffe Geldpolitik war das Geldmengenwachstum im Euro-Raum 2023 deutlich negativ. Die Geldmenge M1 schrumpfte um  $8,5\%$  gegenüber dem Vorjahr. Das M3-Aggregat war im 2. Halbjahr 2023 etwas rückläufig, schloss das Jahr jedoch mit einem leichten Wachstum ab. Im Juli 2023 schrumpfte M3 erstmals seit Mitte 2010 ( $-0,4\%$  gegenüber dem Vorjahresmonat). Der Rückgang verstärkte sich im August 2023 weiter auf  $1,3\%$  – ein klares Zeichen für die Wirksamkeit der geldpolitischen Straffung durch die EZB. Er war hauptsächlich auf die Schrumpfung der Sichteinlagen zurückzuführen, während die mehr als 3 Monate gebundenen Einlagen um  $86\%$  zunahmen (Juni 2023). Wegen der hohen Verzinsung hielt die Verschiebung von täglich fälligen Sichteinlagen zu kurzfristig gebundenen Einlagen mit fixen Laufzeiten an.

Abbildung 5: **Geldmengenaggregate im Euro-Raum**



Q: EZB. Geldmengen saisonbereinigt. Euro-Raum: 19 Euro-Länder.

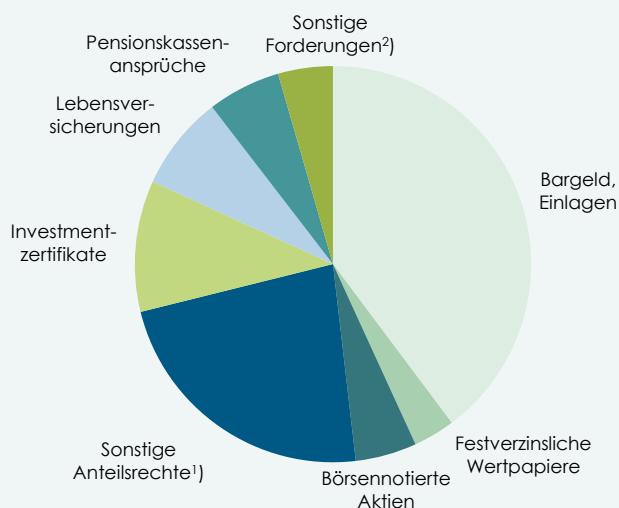
### 3. Einlagenzinssätze für private Haushalte stiegen 2023 rapide

Die Sparquote (einschließlich betrieblicher Versorgungsansprüche) reduzierte sich 2023 leicht auf 9,0% (2022: 9,2%), da die Konsumausgaben stärker wuchsen als die Spareinlagen. Die finanziellen Aktiva lagen 2023 knapp über dem Vorjahresniveau (+3,4% auf 833 Mrd. €). Während auf Bargeld und Einlagen ähnliche Summen entfielen wie 2022 (2023: 332 Mrd. €), legten festverzinsliche Wertpapiere, börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate zu.

Die Struktur des Finanzvermögens der privaten Haushalte blieb gegenüber dem Vorjahr stabil – 40% ihres Geldvermögens entfielen 2023 auf Bargeld und Einlagen (Abbildung 6). Trotz der strafferen Geldpolitik wuchsen die Anteile von festverzinslichen Wertpapieren (von 2,6% 2022 auf 3,4% 2023) und börsennotierten Aktien (von 4,6% auf 5%) leicht. Wenngleich in absoluten Zahlen alle Veranlagungsformen Zuwächse verzeichneten, waren sie bei festverzinslichen Wertpapieren (+36,2%) und börsenorientierten Aktien (+12,4%) besonders hoch.

Abbildung 6: **Struktur des Finanzvermögens der privaten Haushalte**

2023



Q: OeNB. Das Geldvermögen der privaten Haushalte belief sich 2023 insgesamt auf 833 Mrd. €. – <sup>1)</sup> Nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. – <sup>2)</sup> Kredite, Nicht-Lebensversicherungsansprüche, Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen, sonstige Forderungen einschließlich Finanzderivate.

**Der Aufbau des Geldvermögens der privaten Haushalte konzentrierte sich 2023 auf sonstige Einlagen, festverzinsliche Wertpapiere und Investmentzertifikate.**

Die finanziellen Anreize zur Aufbewahrung von Geldvermögen in liquiden Einlagen nahmen 2023 deutlich ab. Die Einlagenzinssätze für kurzfristig gebundene Neueinlagen privater Haushalte stiegen bereits ab Ende 2022 an. Für Einlagen mit Laufzeiten von bis zu 1 Jahr verdoppelten sie sich 2023 beinahe von 1,9% im Jänner auf 3,6% im Oktober und sanken gegen Ende des Jahres wieder auf 3,3%. Die Zinssätze für Neueinlagen mit einer Laufzeit von mehr als zwei Jahren hatten bereits davor angezogen; seit September 2023 sind sie mit 3,1% etwas niedriger als für Einlagen mit kurzer Laufzeit.

Die Neuveranlagung des Geldvermögens der privaten Haushalte (Transaktionen) war

2023 wesentlich durch das Hochzinsumfeld geprägt. Ein Großteil der Neuveranlagung floss in festverzinsliche Wertpapiere – mit 6,6 Mrd. € deutlich mehr als in den Jahren davor, eine logische Reaktion auf die hohe Verzinsung auf Staats- und Unternehmensanleihen. Von Bedeutung waren auch die Neuveranlagungen in Investmentzertifikate; Lebensversicherungen verzeichneten hingegen ähnlich wie in den Vorjahren Abflüsse aus dem Bestand. Die Neuveranlagung in sonstige Anteilsrechte war 2023 rückläufig (-0,1 Mrd. €), während die Investitionen in börsennotierten Aktien nur leicht ausgeweitet wurden.

#### **4. Kreditwachstum in Österreich schwächer als 2022, aber stärker als im Euro-Raum**

Die Finanzschulden der privaten Haushalte gingen 2023 vor allem deshalb zurück, da die Transaktionen an Wohnbaukrediten, die den größten Anteil an den Finanzschulden ausmachen, um 5,9 Mrd. € schrumpften. Dieses Muster passt gut zum ungünstigen Finanzierungsumfeld und war von der Geldpolitik teilweise beabsichtigt. Hohe Immobilienpreise und Kreditzinssätze beschränkten die Schuldentragfähigkeit der privaten Haushalte. Regulatorische Vorgaben verknappten zusätzlich das Kreditangebot. Vor diesem Hintergrund stagnierten die Immobilienpreise 2023 österreichweit.

Die Zinssätze für Neukredite an nichtfinanzielle Unternehmen mit einer Ursprungslaufzeit von mehr als einem Jahr und einem Volumen von über 1 Mio. € stiegen im Jahresverlauf 2023 weiter von rund 3,5% im Jänner auf 5,1% im Dezember. Die Kreditrichtlinien wurden strenger gefasst. Trotzdem weiteten die nichtfinanziellen Unternehmen ihr Kreditvolumen im Vorjahresvergleich um 2,7% aus (2022 +9,1%). Die Finanzierungsstruktur der nichtfinanziellen Unternehmen blieb 2023 stabil. Bankenfinanzierung dominierte weiterhin; Kredite waren mit etwa 40% der Passiva die wichtigste Quelle der Unternehmensfinanzierung. Die hohen Zinssätze haben demnach die Bedeutung der Kreditfinanzierung bisher nicht geschmälert. Einen ähnlich hohen Anteil wie die Kredite stellten auch die sonstigen Anteilsrechte (Abbildung 7).

Der Anteil der börsennotierten Aktien an den Finanzverbindlichkeiten nichtfinanzieller Unternehmen erhöhte sich 2023 leicht auf 10,4% und erreichte wieder den langjährigen Durchschnitt. Der Anteilsrückgang im Jahr 2022 war durch Kursverluste bedingt, durch die die Außenfinanzierung über Aktienemissionen unattraktiver wurde. Das Ende der Phase niedriger Zinssätze wurde von den nichtfinanziellen Unternehmen nicht dazu genutzt, um die Emission festverzinslicher Wertpapiere auszuweiten, und auch Handelskredite verloren weiter an Bedeu-

tung. Im Laufe des Jahres 2023 glichen sich die Anteile der Eigen- und der Fremdfinanzierung beinahe aus (50,1% zu 49,9%).

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen wuchs 2023 um 13% und erreichte damit das höchste Niveau seit 10 Jahren. In absoluten Zahlen wurden 5.380 Insolvenzen angemeldet, das ergibt etwa 15 Unternehmenspleiten pro Tag (laut Kreditschutzverband von 1870 – KSV1870). Der Anstieg kann teilweise als ein Ausgleich nach der COVID-19-Pandemie interpretiert werden, in der die Insolvenzen eingebrochen waren. Besonders oft wurden 2023 Unternehmen in Handel, Bauwirtschaft sowie Beherbergung und Gastronomie zahlungsunfähig. Der enorme Anstieg in den vorläufigen Passiva der insolventen Unternehmen (+534% gegenüber 2022) ist vor allem den SIGNA-Insolvenzen zuzuschreiben. Die Passiva würden aber auch ohne die drei größten Pleiten des vergangenen Jahres (und zugleich der österreichischen Nachkriegszeit) um rund 50% über dem Vorjahresniveau liegen. Für das Jahr 2024 erwartet der Kreditschutzverband zwischen 5.800 und 6.000 Firmeninsolvenzen (KSV1870, 2024).

Das Kreditwachstum (ohne Interbankkredite) blieb in Österreich während des gesamten Jahres 2023 leicht höher als im Durchschnitt des Euro-Raumes. Im 1. Halbjahr 2023 verlangsamte es sich von rund 5,1% auf 2,6%, während es im Euro-Raum von über 4% auf 1,2% abnahm. In der zweiten Jahreshälfte begann sich dieser Unterschied zu verringern, aber noch im Dezember lag der Kreditzuwachs in Österreich bei 0,7%, während er im Euro-Raum 0,1% betrug und in den Monaten davor sogar negativ gewesen war. Das höhere Kreditwachstum in Österreich wurde durch Kredite der nichtfinanziellen Unternehmen getrieben. Es war im Sommer 2023 mit rund 5% sehr lebhaft und betrug im Herbst immer noch rund 3% (Oktober 2023: 3,6%, November 2023: 2,8%), während es im Euro-Raum zeitweise sogar negativ war

**Kredite dominierten 2023 wieder als wichtigste Finanzierungsquelle für nichtfinanzielle Unternehmen.**

**Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stieg 2023 um 13% auf das höchste Niveau seit 10 Jahren.**

**Das Kreditvolumen wuchs in Österreich etwas stärker als im Euro-Raum.**

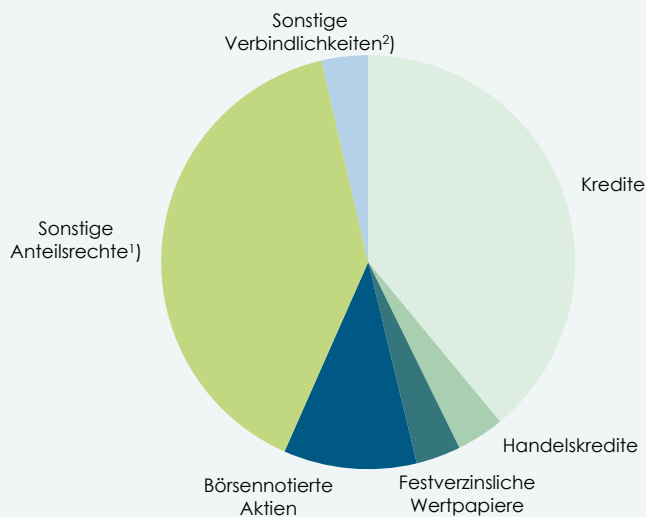
(Oktober -0,2%). Die Interbankkredite entwickelten sich in Österreich deutlich volatil und schrumpften in einigen Monaten des Jahres 2023 sogar.

Zugleich reduzierten die privaten Haushalte ihre Kredite – in diesem Segment war das Kreditwachstum in Österreich negativ (-1,9% am Jahresende 2023), während es im Euro-Raum immer noch bei +0,3% lag. Der Rückgang wurde teilweise durch die verschärften makroprudenziellen Vorgaben im Bereich der Wohnbaukredite (Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung – KIM-VO) verursacht. In der Folge waren

Wohnbaukredite an private Haushalte ab Juli 2023 rückläufig (Dezember -2,4% gegenüber dem Vorjahr). Das aushaftende Volumen für Wohnbaukredite belief sich 2023 auf rund 132 Mrd. €, während es für Konsumkredite 17 Mrd. € und für sonstige Kredite 38 Mrd. € betrug. Die Konsumkreditnachfrage entwickelte sich in Österreich zwar ebenfalls schwächer als im Euro-Raum, aber immer noch positiv. Bei den Wohnbaukrediten dürfte der Tiefpunkt 2023 erreicht worden sein, eine Verbesserung wird erwartet, sobald die Leitzinsen wieder gesenkt werden.

Ein Rückgang der Kreditvergabe war vor allem bei Wohnbaukrediten zu verzeichnen.

Abbildung 7: **Struktur der Finanzverbindlichkeiten der nichtfinanziellen Unternehmen** 2023



Q: OeNB. Die Verpflichtungen der nichtfinanziellen Unternehmen beliefen sich 2023 auf insgesamt 1.016 Mrd. €. – <sup>1)</sup> Nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. – <sup>2)</sup> Kapitalgedeckte Pensionsansprüche und sonstige Verbindlichkeiten einschließlich Finanzderivate.

Eine weitere wichtige Entwicklung war die deutliche Reduktion des Anteils an Krediten mit variablen Zinssätzen. Sie kann zur Verringerung von Risiken für die Finanzmarktstabilität beitragen. Da rund die Hälfte der in den letzten Jahren vergebenen Kredite variabel verzinst sind, bestehen solche Risiken jedoch weiterhin.

In den Österreich-Ergebnissen der Umfrage über das Kreditgeschäft im Euro-Raum (Bank Lending Survey) vom Oktober 2023 führten die befragten Geldinstitute die abnehmende Attraktivität von Immobilien, steigende Zinssätze und schärfere makroprudenzielle Anforderungen als Gründe für die gedämpfte Kreditnachfrage an. Die Nach-

frage nach Wohnbaudarlehen wird voraussichtlich wieder etwas anziehen. Die nichtfinanziellen Unternehmen bauten 2023 ihre kurzfristigen Schulden weiter ab (Juli 2023 -5% gegenüber dem Vorjahr, Oktober -13,4%) und erhöhten ihre langfristigen Kreditaufnahmen (Juli +6,3%, Oktober +5,7%). Die Nachfrage nach Unternehmenskrediten war laut Kreditumfrage vom Oktober 2023 weiter rückläufig. Die Umfragedaten vom April 2024 (OeNB, 2024) bestätigten diesen Trend, der von den pessimistischen Konjunkturerwartungen bestimmt ist. Die Nachfrage nach privaten Wohnbaukrediten hat sich dagegen schon im I. Quartal 2024 etwas verbessert und dürfte weiter anziehen.

## 5. Ertragsentwicklung im Kreditwesen weiter günstig

Für den österreichischen Bankensektor war 2023 trotz der nachlassenden Kreditdynamik ein sehr erfolgreiches Jahr. Die kräftige Ausweitung der Gewinne (vor Steuern und

Minderheitenanteilen) um fast 50% auf 18,3 Mrd. € ist auf höhere Margen zurückzuführen. Die Inflation sowie einige Wertkorrekturen dämpften den Gewinn.

**Digitalisierung und Automatisierung begünstigen die Schließung von Filialen.**

**Trotz der hohen Unsicherheit, der schwachen Konjunktur und Problemen im Bauwesen blieb die Kreditqualität hoch.**

**Die von der BIZ errechnete negative Kreditlücke deutet auf eine Unterauslastung des heimischen Kreditmarktes hin.**

Nettozinserträge waren 2023 vor den Provisionserträgen die wichtigste Ertragsquelle des Kreditwesens. Die Kehrtwende in der Geldpolitik Mitte 2022 führte zur Einstellung von Zinszahlungen der Kreditinstitute an die EZB. Im Jahr 2023 stieg der Nettozinsbetrag somit weiter auf 25,4 Mrd. € (2022: 19,3 Mrd. €). Auch die sonstigen betrieblichen Erträge wuchsen leicht, nur der Saldo aus dem Provisionsgeschäft sank etwas (-6,1%). Trotz des Anstiegs der Verwaltungs- und der sonstigen Aufwendungen stieg das Betriebsergebnis abermals deutlich (+45,2%). Filialschließungen ermöglichten einen weiteren Abbau des Personal- und Sachaufwands. Das Aufwands-Ertrags-Verhältnis (Cost-Income-Ratio) konnte damit weiter merklich auf 50% im 1. Halbjahr 2023 gesenkt werden (2022: 59%).

Automatisierung und Digitalisierung von Finanzdienstleistungen schreiten fort und treiben vor allem über die virtuelle Verbuchung von Finanztransaktionen die Ausdünnung des Filialnetzes. Internet- und Mobile-Banking sowie Transaktionen in Selbstbedienungsportalen treten zunehmend an die Stelle des persönlichen Kundenkontakts. Fintech-Unternehmen entwickeln zwar neue Lösungen, haben es aber bisher nicht geschafft, klassische Banken zu verdrängen, sodass Kooperationen mit Kreditinstituten überwiegen. Eine radikale Neuordnung des Kreditwesens ist bisher nicht zu erwarten (Finanzmarktaufsicht, 2022).

Die seit Jahren beobachteten Filialschließungen wurden auch 2023 weiter fortgesetzt. Die Anpassung des Filialnetzes führte 2023 zur Schließung von 21 Haupt- und 91 Zweiganstalten. Die Konsolidierung verlief aber sehr fokussiert – die Schließungen der Hauptanstalten entfielen fast vollständig auf den Raiffeisensektor (19), jene der Zweiganstal-

ten betrafen in ähnlichem Ausmaß Aktienbanken (26), die Sparkassen (29) und den Raiffeisensektor (31). Gegenüber 2008, dem ersten Jahr der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, hat sich die Zahl der Hauptanstalten damit um 395 bzw. 46%, jene der Zweiganstalten um 1.056 bzw. 25% verringert.

Die Kreditqualität blieb trotz der verstärkten Insolvenzen, der trüben wirtschaftlichen Aussichten und der hohen Zinsen hoch. Einige dieser Faktoren werden sich zwar erst in Zukunft auswirken, Mitte 2023 lag der Anteil notleidender Kredite (Non-Performing Loan-Ratio – NPL-Rate, konsolidierte Bankdaten) jedoch noch relativ niedrig zwischen 2% und 3%, während die Liquidität deutlich über den Mindestanforderungen von jeweils 100% für den Liquiditätsdeckungsgrad und die stabile Nettofinanzierungsquote lag. Im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode gelang es der Kreditwirtschaft, den Anteil der notleidenden oder uneinbringlichen Forderungen am begebenen Kreditvolumen (NPL-Rate, unkonsolidierte Bankdaten) stabil zu halten (2021: 1,4%, 2022: 1,3%, 1. Halbjahr 2023: 1,4%).

Die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) berechnete Lücke im Verhältnis zwischen Kreditvolumen und BIP<sup>2)</sup> zeigt bei negativen Werten eine Unterausnutzung von Kreditfinanzierungen. Ein positiver Wert deutet hingegen eine Überhitzung des Kreditmarktes an. Die Lücke war bereits 2022 zu Beginn der geldpolitischen Straffung negativ gewesen (I. Quartal 2022 -2,2%, IV. Quartal 2022 -9,9%). Wegen der fortgesetzten Straffung und der strengen regulatorischen Vorgaben rutsche die Lücke noch weiter in den negativen Bereich (-12,6% im III. Quartal 2023). Dies signalisiert klar ein zusätzliches Potenzial zur Kreditvergabe in Österreich.

## 6. Internationale Börsen 2023 im Aufwind

Angesichts der kräftigen Straffung der Geldpolitik und erhöhten geopolitischen Risiken erwiesen sich die Aktienmärkte 2023 als sehr widerstandsfähig. Der ATX (+9,8%) entwickelte sich schwächer als der deutsche DAX (+20,3%) bzw. der Standard & Poors 500 der USA (+24,2%). Die Handelsverflechtungen österreichischer Unternehmen mit Russland resultierten auch 2023 nicht in direkten Verlusten auf den Aktienmärkten – die Aktie der Raiffeisen Bank International (RBI) gewann sogar weiter an Wert.

Der MSCI-Weltindex legte 2023 auf Dollarbasis um rund 22% zu (Euro-Basis +18%). Unter Berücksichtigung von Zinserträgen (wie Dividenden und zusätzlichen Ausschüttungen) und umgerechnet in Euro gewann ein

internationales MSCI-gewichtetes Portfolio 2023 20% an Wert. Die implizite Volatilität von Optionen auf Aktien der Chicago Board Options Exchange (VIX) lag im Jahresdurchschnitt bei 16,8% und damit sowohl unter dem langfristigen Durchschnitt der Jahre 1991/2023 (19,5%) als auch unter dem Vorjahreswert von 25,6%.

Die Marktkapitalisierung der Wiener Börse lag 2023 stabil bei 26% des nominellen BIP (2021: 35,4%, 2022: 25,7%), obwohl sie in absoluten Zahlen von 114,9 Mrd. € auf 125,6 Mrd. € zulegte. Der durchschnittliche Umsatz je Monat reduzierte sich hingegen um 23% auf 4,5 Mrd. € (2022: 5,9 Mrd. €). Die monatlichen Aktienumsätze blieben mit einem Volumen zwischen 3,4 und 7,1 Mrd. €

<sup>2)</sup> Die Lücke ergibt sich aus dem Unterschied zwischen dem aktuellen und dem über die Zeit mittels

Hodrick-Prescott-Filtern geglätteten Kredit-BIP-Verhältnis.



stabil. Die Anzahl der gelisteten Anleihen erreichte mit 16.789 einen neuen Höchststand; dies entspricht einem Anstieg um 28,4% gegenüber 2022 (13.074) bzw. um 363% gegenüber 2018 (3.628). Auf ausländische Investor:innen entfiel mit 38% (48,8 Mrd. €) der Großteil der österreichischen börsennotierten Aktien, gefolgt von inländischen

Unternehmen (19%), dem Staat (18%) und dem Finanzsektor (17%). Die fünf wichtigsten institutionellen Investoren an der Wiener Börse waren 2023 The Vanguard Group (USA), Black Rock (USA), Erste Asset Management (Österreich), Norges Bank Investment Management (Norwegen) und Amundi Asset Management (Frankreich).

## 7. Nominell- und real-effektive Aufwertung des Euro

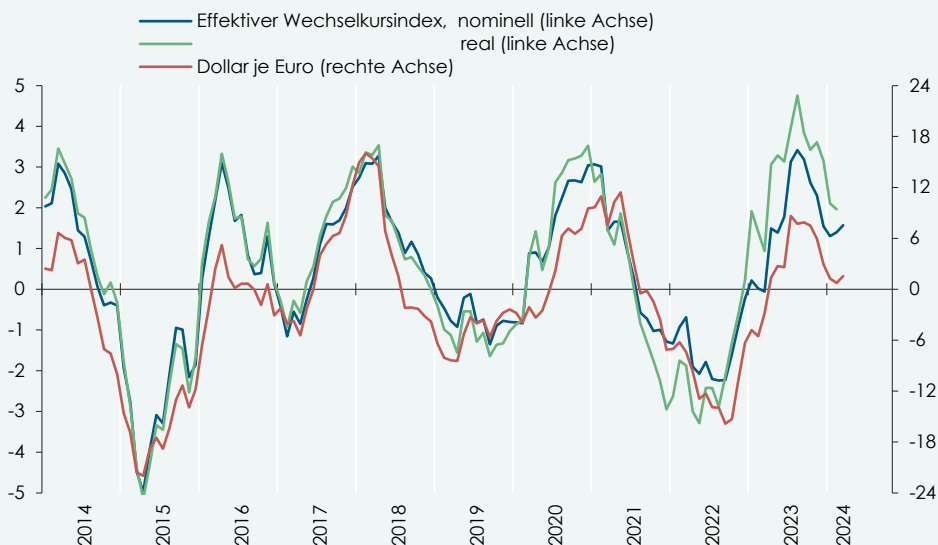
Die Entwicklung des effektiven Wechselkursindex wird kurzfristig von Bewegungen des Dollar dominiert, weil es innerhalb der Europäischen Währungsunion keine Wechselkurschwankungen gibt und einige Währungen im asiatischen Raum an den Dollar gebunden sind. Bis zum Sommer 2023 hielt eine Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar an; danach setzte eine Korrekturbewegung ein, die sich bis ins I. Quartal 2024 fortsetzte. Der Euro wurde gestärkt, da die EZB 2023 mehr Zinserhöhungen setzte als die Federal Reserve Bank. Insgesamt ergab sich im Jahresdurchschnitt 2023 eine nominell-effektive Aufwertung um 1,7% im Vergleich zum Vorjahr (Abbildung 8), die überwiegend durch die Kursverluste des Dollar gegenüber dem Euro geprägt war.

Die Verknüpfung von Veränderungen der relativen Preise zwischen Österreich und seinen Handelspartnern mit dem jeweiligen Wechselkurs liefert ein umfassenderes Bild der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Die Entwicklung der relativen Preise lässt sich näherungsweise ermitteln, indem man den Verbraucherpreisindex in Österreich mit jenem des jeweiligen Handelspartners vergleicht. Da 2023 die Inflation in Österreich höher war als bei den Handelspartnern, wurde die nominell-effektive Aufwertung noch verstärkt und lag real-effektiv bei 3%, womit sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs verschlechterte.

Der Euro wertete 2023 nominell- und real-effektiv auf.

Abbildung 8: **Effektiver Wechselkursindex und Dollar-Euro-Kurs**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: OeNB, WIFO.

## 8. Ausblick

Im März 2024 verlangsamte sich die Inflation im Euro-Raum auf 2,4% und näherte sich damit dem mittelfristigen Ziel der EZB von 2%. Die Kreditkosten im Euro-Raum befinden sich derzeit auf dem höchsten Niveau seit Ende 2008. Im Juni 2024 wird die EZB neue

wichtige Indikatoren veröffentlichen, darunter solche zur Lohnentwicklung im Euro-Raum für das I. Quartal 2024. Im wahrscheinlichsten Szenario wird der EZB-Rat im Juni 2024 eine erste Leitzinssenkung beschließen.

Bis Ende 2024 dürften zwei weitere Senkungsschritte folgen.

In den USA blieb die Inflation laut neuesten Daten hartnäckiger als erwartet. Die Federal Reserve Bank dürfte die Leitzinsen daher erst verzögert senken. Dies hat Diskussionen

darüber angestoßen, ob die Zinsentwicklung im Euro-Raum zu stark vom globalen Zinszyklus divergieren würde, wenn die EZB die Leitzinsen früh senkt, und welche Folgen eine divergierende Geldpolitik auf den Euro-Dollar-Kurs und den transatlantischen Außenhandel haben würde.

## 9. Literaturhinweise

Blanchard, O., & Bernanke, B. S. (2023). *What caused the U.S. pandemic-era inflation?*. <https://www.brookings.edu/articles/what-caused-the-u-s-pandemic-era-inflation/>.

Europäische Zentralbank – EZB (2023). *Geldpolitische Beschlüsse*. <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2023/html/ecb.mp230914~aab39f8c21.de.html>.

Finanzmarktaufsicht Österreich – FMA (2022). *Digitalisierung am österreichischen Finanzmarkt 2021*. <https://www.fma.gv.at/wp-content/plugins/dw-fma/download.php?d=5520&nonce=f780f43b222be2d4>.

Kreditschutzverband von 1870 – KSV1870 (2024, 12. Jänner). *Insolvenzstatistik 2023 final. Unternehmensinsolvenzen um 13 Prozent gestiegen*. <https://www.ksv.at/insolvenzstatistik/insolvenzstatistik-2023-final>.

Österreichische Bundesfinanzierungsagentur – OeBFA (2023, 28. Februar). *Fitch bestätigt AA+ Rating der Republik Österreich hebt den Ausblick an*. <https://www.oebfa.at/presse/presseuebersicht/2023/fitch-news-08-2023.html> (abgerufen am 16. 4. 2024).

Österreichische Bundesfinanzierungsagentur – OeBFA (2024). *Investoren Präsentation der Republik Österreich*. <https://www.oebfa.at/investor-relations/investor-presentation.html>.

Österreichische Nationalbank – OeNB (2024, 9. April). *Tiefpunkt bei der Nachfrage nach privaten Wohnbaukrediten durchschritten*. <https://www.oenb.at/Presse/Pressearchive/2024/20240409.html> (abgerufen am 17. 4. 2024).

# Preistransparenzmaßnahmen im Lebensmittelhandel

## Kurzanalyse der Potenziale und Risiken für den Wettbewerb

Michael Böheim



WIFO ■

**Preistransparenzmaßnahmen im Lebensmittelhandel**

Kurzanalyse der Potenziale und Risiken für den Wettbewerb

**Michael Böheim**

Wissenschaftliche Assistenz: Anna Strauss-Kollin

Mai 2024  
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Im Zuge des ursprünglich von den Energiepreisen induzierten allgemeinen Preisauftriebs haben sich auch die Preise für Lebensmittel in Österreich stark erhöht. Aufgrund der stark konzentrierten Marktstruktur des Lebensmittelhandels erfolgte auch sehr bald der Ruf nach wettbewerbsaktivierenden Maßnahmen. Ein Weg, um den Wettbewerb zu beleben, stellt die Erhöhung der Preistransparenz auf Märkten dar. In einer digitalisierten Wirtschaft haben sich zu diesem Zweck betriebene internetbasierte Preisvergleichsportale für eine Vielzahl von Produkten etabliert. Ziel jeder staatlichen Intervention zur Erhöhung der Preistransparenz muss es sein, den Wettbewerb zu stärken, weshalb die Potenziale und die Risiken von Maßnahmen zur Erhöhung der Preistransparenz im Lebensmittelhandel analysiert und gegeneinander abgewogen werden, um nicht den gegenteiligen Effekt einer Wettbewerbsbeschränkung zu erreichen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft • Mai 2024 • 16 Seiten • Kostenloser Download:  
<https://www.wifo.ac.at/publication/49436/>

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

## **8/2024**      **Mind the Gaps. Zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Österreich**

Christine Mayrhuber (WIFO), Andrea Leitner (IHS), Trude Hausegger (prospect Unternehmensberatung), Nadja Bergmann (L&R Sozialforschung GmbH)

Der Research Brief fasst eine umfassende Analyse der ökonomischen, sozialen, politischen und gesellschaftlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in Österreich zusammen. Die exemplarische Darstellung von Indikatoren entlang verschiedener Gleichstellungsdimensionen zeigt, dass in den letzten zehn Jahren eine Verringerung der strukturellen Unterschiede, jedoch keine vollständige Angleichung der Lebensbedingungen von Frauen und Männern erreicht wurde. Trotz dieser positiven Entwicklung besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf, um eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter in allen Lebensbereichen zu gewährleisten.

April 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/264378/>

## **Frühere Ausgaben**

### **7/2024**      **Das "Anti-Coercion"-Instrument. Ein neues Sanktionsinstrument der EU zur Abwehr wirtschaftlichen Zwangs durch Drittländer**

Yvonne Wolfmayr

April 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/256946/>

### **6/2024**      **Zur Sorgfalt verpflichtet: entwaldungsfreie Lieferketten**

Birgit Meyer

März 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/218185/>

### **5/2024**      **Prognose von "Beyond GDP"-Indikatoren zur Einkommensverteilung**

Stefan Ederer, Marian Fink, Silvia Rocha-Akis (WIFO), Vanessa Lechinger (AK Wien)

März 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/182663/>

### **4/2024**      **Nachhaltigkeit entlang globaler Lieferketten. Wirtschaftliche Effekte der EU-Richtlinie für Sorgfaltspflichten von Unternehmen**

Birgit Meyer

März 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/182649/>

### **3/2024**      **Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Österreich von 2011 bis 2022**

René Böheim, Marian Fink, Christine Zulehner

März 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/182643/>

### **2/2024**      **EU-Grenzausgleich. Ambitionierte Klimaziele und Wettbewerbsfähigkeit in Einklang bringen?**

Elisabeth Christen

März 2024 • <https://www.wifo.ac.at/publication/182589/>

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-research-briefs/>

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autorinnen und Autoren wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 674/2024**    **Life Course Heterogeneity and the Future Labour Force – a Dynamic Microsimulation Analysis for Austria**  
Thomas Horvath, Martin Spielauer, Philipp Warum
- 673/2024**    **Assessing the Labour Supply Effect of Harmonising Regular Retirement Age in Austria**  
Benjamin Bittschi, Thomas Horvath, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Martin Spielauer, Philipp Warum
- 672/2024**    **Impact Evaluation of a New Counselling and Support Programme for Unemployed with Multiple Placement Obstacles**  
René Böheim, Rainer Eppel, Helmut Mahringer
- 671/2024**    **Active Labour Market Policies: What Works for the Long-term Unemployed?**  
Rainer Eppel, Ulrike Huemer, Helmut Mahringer, Lukas Schmoigl
- 670/2024**    **Assessing Regional Production Potential to Strengthen the Security of Supply in Strategic Products**  
Matthias Firgo, Fabian Gabelberger, Andreas Reinstaller, Yvonne Wolfmayr
- 669/2024**    **Designing EU Supply Chain Regulation**  
Gabriel Felbermayr, Klaus Friesenbichler, Markus Gerschberger, Peter Klimek, Birgit Meyer
- 668/2023**    **Behavioral Responses to Inheritance Taxation. A Review of the Empirical Literature**  
Margit Schratzenstaller
- 667/2023**    **Can Green Hydrogen Exports Contribute to Regional Economic Development? Exploring Scenarios from the Dutch-Brazilian Green Hydrogen Corridor for the State of Ceará**  
Clara Rabelo Caiafa, Amaro Olimpio Pereira, Henny Romijn, Heleen de Coninck
- 666/2023**    **Stabilizing Asset Prices through Transition from Continuous Trading to Electronic Auctions**  
Stephan Schulmeister
- 665/2023**    **Don't Stop Believin'. Heterogeneous Updating of Intergenerational Mobility Perceptions across Income Groups**  
Anna Schwarz, Philipp Warum
- 664/2023**    **Production Structure, Tradability and Fiscal Spending Multipliers**  
Jesús Crespo, Christian Glocker
- 663/2023**    **Propagation of Price Shocks to CPI Inflation: The Role of Cross-demand Dependencies**  
Christian Glocker, Philipp Piribauer
- 662/2023**    **Evolutionary Economic Policy and Competitiveness**  
Michael Peneder
- 661/2023**    **Energy, Greenhouse Gas Emissions and Climate Policies – Austria and Poland Compared**  
Daniela Kletzan-Slamanig, Claudia Kettner
- 660/2023**    **Intangible Capital as a Production Factor. Firm-level Evidence from Austrian Microdata**  
Klaus Friesenbichler, Agnes Kügler, Julia Schieber-Knöbl
- 659/2023**    **Trade in Times of Uncertainty**  
Anna Matzner, Birgit Meyer, Harald Oberhofer
- 658/2023**    **Transformation to a Renewable Electricity System in Austria. Insights from an Integrated Model Analysis**  
Claudia Kettner, Michael Böheim, Mark Sommer, Robert Gaugl, Udo Bachhiesl, Lia Gruber, Thomas Florian Klatzer, Sonja Wogrin, Kurt Kratena

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-working-papers/>

**6/2023** Stagnation der Wirtschaftsleistung bei nach wie vor hoher Inflation • Unternehmensinvestitionen wachsen 2023 nur verhalten. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2023 • Regionale Konjunktur zwischen Erholung und Energiekrise. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2022 • Ausgaben der Unternehmen für Produktneueinführungen 2022 gekürzt

**7/2023** Schwaches Wachstum bei hoher Unsicherheit. Prognose für 2023 und 2024 • Mittel-, Ost- und Südosteuropa zwischen hoher Inflation und Konjunkturlaute im Euro-Raum • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Bedeutung der Plattformarbeit • Regionalwirtschaftliche und touristische Effekte von Sportgroßveranstaltungen

**8/2023** Auf Stagnation folgt Abschwung – Frühindikatoren verschlechtern sich weiter • Konjunkturschätzungen trüben sich ein. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2023 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung 2022 leicht rückläufig • Abgabenbelastung bei Kombination von Pensions- und Erwerbseinkommen

**9/2023** Vertiefung der Rezession bei steigenden Zinsen und hoher Inflation • Geldpolitische Wende schmälerte 2022 das Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2023. Sonderthema: Das "Fit for 55"-Paket der Europäischen Kommission • Kollektivvertragsverhandlungen in Zeiten hoher Inflation

**10/2023** Kaufkraft steigt nach milder Rezession. Prognose für 2023 und 2024 • Österreichs Wirtschaft wächst mittelfristig nur verhalten. Mittelfristige Prognose 2024 bis 2028 • Verbesserung der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2022 • Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich • Österreichs Land- und Forstwirtschaft 2022 trotz schwierigen Umfelds außergewöhnlich erfolgreich

**11/2023** Österreichs Wirtschaft in Rezession – Inflation geht zurück • Konjunkturabschwung hält an. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2023 • Tourismus trotz anhaltender Teuerung wieder deutlich erstartet • Armut und Sozialhilfe in Österreich • Entwicklungspolitik als geoökonomisches Instrument. Eine Einordnung vor dem Hintergrund globaler Trends

**12/2023** Kaum Anzeichen für Erholung der heimischen Industriekonjunktur • Budgetpolitik in einem unsicheren ökonomischen und geopolitischen Umfeld. Bundesvoranschlag 2024 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2024 bis 2027 • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2023 • Zur öffentlichen Finanzierung der Langzeitpflege in Österreich • Wer finanziert den Wohlfahrtsstaat? Erkenntnisse aus der WIFO-Umverteilungsstudie

**1/2024** Editorial • Konjunkturerholung verzögert sich. Prognose für 2023 bis 2025 • Investitionspläne für 2024 weiter gekürzt. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2023 • Finanzausgleich 2024 bis 2028. Erste Schritte zu einer Wirkungsorientierung • Die Produktivitätsentwicklung österreichischer Unternehmen in den Jahren 2013 bis 2020. Eine Auswertung von Mikrodaten

**2/2024** Österreichs Industrie verharrt in Rezession • Konjunkturstimmung zu Jahresbeginn gedämpft. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2024 • Einbruch im europäischen Bauwesen. Euroconstruct-Prognose bis 2026 • Wo steht Österreich im fünften Jahr multipler Krisen? Eine makroökonomische Betrachtung

**3/2024** Hohe Zinsen belasten die Konjunktur • Europäische Wirtschaftspolitik 2023. Robuster Arbeitsmarkt trotz schwacher Konjunktur und gestraffter Geldpolitik • Institutionalisiertes Vertrauen als Standortqualität. Zur ökonomischen Bedeutung des Eich- und Vermessungswesens • Unternehmensausgaben für neue Produkte dürften 2024 nur schwach wachsen • Herausforderungen des alpinen Wintertourismus in Österreich

**Präsident**

**Dr. Harald Mahrer**, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

**Vizepräsidentin**

**Renate Anderl**, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

**Vorstand**

**Dr. Hannes Androsch**

**Kommerzialrat Peter Hanke**, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

**Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann**, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

**Wolfgang Katzian**, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

**Georg Knill**, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

**Abg.z.NR Karlheinz Kopf**, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

**Kuratorium**

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Anton Mattle, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

**Direktorium**

**Direktor:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

**Stellvertretende Direktor:innen:**

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

**Ökonom:innen**

Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittsch, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Hendrik Mahlkow, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Anna Renhart, Silvia Rocha-Akis, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

**Wissenschaftliche Assistent:innen**

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Elisabeth Arnold, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie

**Konsulent:innen**

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

**Vizepräsidentin**

**Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin**, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

**Dr. Markus Marterbauer**, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

**Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

**Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny**, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

**Mag. Harald Waiglein, MSc**, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

**Mag. Markus Wallner**, Landeshauptmann von Vorarlberg

**WIFO-Partner**

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische Hagelversicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mBH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

**WIFO Associates**

Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Martin Halla, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Gertrude Tumpel-Gugerell, Josef Zweimüller

Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauninger, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Moritz Uhl, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

**Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich**

Birgit Agnezy, Daniel Luca Agnezy, Bettina Bambas, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Gina Feichtinger, Tamara Fellingner, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Lucia Glinsner, Thomas Haas, Claudia Hirschschall, Brigitte Hofer, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Peter Janecek, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klozar, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Thomas Leber, Sarah Ledl, Tong Li, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppi-Oswald, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Elisabeth Schörkhuber, Kristin Smeral, Klara Stan, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

**Emeriti Consultants**

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

